

COMPACT



Ausgabe 12/2017 | 4,95 EUR
www.compact-online.de

C MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

Gangster in Uniform

Wie Clans unsere
Polizei unterwandern

SPD und NSU

Sozis, Nazis & Mafiosi

Nie wieder Kinder

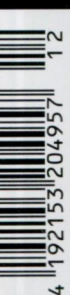
Der ultimative Klimaschutz

China-Böller

Ein Volk, ein Reich, ein Xi

Negerkönig

Pippi in Ballaballa-Land



Dossier: Das neue Europa

Von Wien bis Helsinki: Rechte regieren mit

Sie kämpften für Deutschland

Von Arminius, dem Römerschreck, bis zu Erwin Rommel, dem Wüstenfuchs – unser Vermächtnis aus 2000 Jahren Geschichte

COMPACT Geschichte

MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

COMPACT-Geschichte Nr. 2 | 8,80 EUR (D) · compact-online.de

**Jetzt am
guten Kiosk!**

Jan von Flocken

Deutsche Helden

Unser Vermächtnis aus 2000 Jahren

Bestellung unter shop@compact-mail.de · FAX 03327-569 86 17 · compact-shop.de

#metoo: Sahra und Sawsan

Da jetzt die ganze Welt über sexuelle Belästigung diskutiert, will ich mich auch mal outen: Ja, ich habe ungefragt eine Frau angebaggert, und es war auch noch Sahra Wagenknecht. Das muss 1994 oder 1995 gewesen sein, Sahra war damals die Ikone der Kommunistischen Plattform in der PDS und galt als «das schönste Gesicht des Stalinismus», ich schrieb für die Linkspostillen *Junge Welt* und *Konkret*. Alle Genossen waren kirre wegen ihr und tuschelten aufgeheizt hintenrum, aber ich habe mir immerhin ein Herz gefasst und sie zum Essen eingeladen. Hinterher brachte ich sie zum Hotel und wollte ihr einen Abschiedskuss geben – zweifellos mit Hintergedanken über eine Fortsetzung auf ihrem Zimmer. Doch Pustekuchen: Als ich ansetzte, gab sie mir durch leichten Druck auf den Oberarm zu verstehen, dass sie davon nicht so begeistert war. Ende gut, alles gut – unser Verhältnis wurde dadurch nicht getrübt, im Jahr darauf schrieben wir zusammen sogar ein Buch. Erst viel später haben sich unsere Wege getrennt, und das hatte rein politische Gründe.

Ob die Sache für mich so gütlich ausgegangen wäre, wenn ich den erotisch motivierten Vorstoß 2017 gewagt hätte – zum Beispiel bei Sawsan Chebli? Jeder Mann mit mittlerem Hormonspiegel muss zugeben, dass er die Palästinenserin nicht von der Bettkante stoßen würde. Doch Vorsicht: Die Exotin mit deutschem Pass und SPD-Parteibuch versteht überhaupt keinen Spaß. Mitte Oktober sorgte sie mit einem Facebook-Posting für Furore: «Unter Schock – Sexismus», lautete der Titel. War sie bedrängt, genötigt und begripscht worden, hatte einer versucht, sie zu küssen? Keineswegs. Vorgefallen war dies: Die Staatssekretärin sollte bei einer Veranstaltung ein Grußwort sprechen. Einer der Gastgeber, ein deutscher Botschafter a. D., erkannte sie zunächst nicht und kommentierte dann überrascht: «Ich habe keine so junge Frau erwartet. Und dann sind Sie auch so schön.» In den guten alten Zeiten hätte jede Frau das als Kompliment betrachtet. Chebli aber griff zur Keule: «Klar, ich erlebe immer wieder Sexismus (...). Aber so etwas habe ich auch noch nicht erlebt.»

Zwischen den beiden Ereignissen liegen nur etwas mehr als 20 Jahre – aber ein Abgrund an Entfremdung zwischen den Geschlechtern. Die Mädels damals waren emanzipiert, aber nicht männerfeindlich. Machte ein Typ Avancen, begann das uralte Spiel mit Worten, Blicken und Berührungen – und wenn es einer zu weit trieb, gab es im Extremfall was auf die Flossen, und damit war die Sache geregelt. Keiner Frau wäre es eingefallen, schon einen Flirtversuch und Komplimente als Sexismus in die



Öffentlichkeit zu trompeten. Denn allen war klar: Wie sollen zwei zusammenkommen, wenn nicht einer den ersten Schritt macht? Die Alternative dazu wäre die vertragliche Aushandlung des Vorgehens, möglichst in gerichtsfester Form. Tatsächlich wird das an amerikanischen Universitäten schon praktiziert – und auch von einem Schwurbelkopf in der *Zeit* gefordert: Vor dem Sex sollen die Beteiligten schriftlich festlegen, was im Bett gemacht werden darf. Das ist der Tod der Spontanität, der Erotik. Muss man sich wundern, dass bei diesen Aussichten die Leute in Pornos flüchten und Singles bleiben?

Chefredakteur Jürgen Elsässer.
Foto: Jörg Gründler

Unter der Überschrift «Sexismus» wird mittlerweile zusammengepanscht, was nicht zusammengehört: ein mutmaßliches Vergewaltigungsmonster wie Harvey Weinstein und ein alter Charmer wie Rainer Brüderle. Vor allem fällt auf: Die #metoo-Kampagne nimmt ausschließlich die «bösen weißen Männer» ins Visier – die epidemische Zunahme von Vergewaltigungen durch Migranten dagegen wird von Chebli und Co. bagatellisiert. «Islam macht mir das Leben leicht», zitierte der *Tagesspiegel* ihr Credo. Dass den deutschen Frauen vom Vordringen dieser Religion das Leben schwer gemacht wird – ist ihr das völlig wurscht?

M. Wittenberg



Titelthema
Gangster in Uniform



Politik
Nie wieder Kinder



Dossier
Das neue Europa



Leben
Pippi im Ballaballa-Land

- 05 Foto des Monats
- 06 COMPACT Intern
- 08 Zitate des Monats
- 09 Leserbrief
- 11 Kultur des Monats

Titelthema

- 13 Gangster in Uniform
Kriminelle Clans unterwandern Polizei
- 16 Atmosphäre der Angst
Interview mit einer Berliner Polizistin
- 18 «Europäische Richter fesseln unsere Justiz»
Interview mit Staatsanwalt Roman Reusch
- 21 Sozis, Nazis & Mafiosi
Killerkommandos im braunen Gewand
- 24 V-Mann im Zwielicht
Anis Amris Freund und Helfer

Politik

- 27 Stürmchen auf den Reichstag
Oktoberrevolution als Farce
- 30 Pumuckl zwischen allen Stühlen
Schwarz-blauer Flirt in Sachsen
- 32 Nie wieder Kinder
Babys als Klimakiller?
- 35 «Ich hoffe, dass alle Afghanen zurückkehren»
Interview mit Hamid Karzai
- 36 Ein Volk, ein Reich, ein Xi
Chinas neue Großmachtpolitik
- 38 Entscheidungsschlacht um Kirkuk
Die kurdische Tragödie

Dossier

- 42 An der schönen blauen Donau
ÖVP und FPÖ auf Regierungskurs
- 44 Zoff im Front National
Frankreichs Rechte im Umbruch
- 46 Für eine Rechte, die ihre Werte verteidigt
Interview mit Laurent Wauquiez
- 48 Rechte Parteien in Europa
Übersichtskarte
- 50 Echt hyggelig!
Das Kopenhagener Modell
- 52 Realos im Elchtest
Spaltung in Helsinki

Leben

- 53 Letzte Bestellung in Auerbachs Keller
Kalte Küche im Mutti-Staat
- 56 Ein Café am Ende der Zeiten
Hans-Jürgen Syberberg baut auf
- 59 Wenn die Berge rufen
Eine Reise in die Seealpen
- 62 Pippi im Ballaballa-Land
Zensur eines Kinderbuch-Klassikers

Kolumnen

- 64 Unsere Helden _ Eleonore Prochaska
- 65 Hartlages BRD-Sprech _ Opferrolle
- 66 Bartels Schmah _ Jamaika-Fusel

COMPACT Impressum ©

Herausgeber & Verlag

COMPACT-Magazin GmbH
Geschäftsführer Kai Homilius
Am Zernsee 9, 14542 Werder (Havel)
E-Mail verlag@compact-mail.de
Website www.compact-online.de

Vertrieb, Bestellungen, Abo-Betreuung

Fon 03327-5698611
Fax 03327-5698617
E-Mail vertrieb@compact-mail.de

Bankverbindung COMPACT-Magazin GmbH

Mittelbrandenburgische Sparkasse
BIC: WELADED1PMB
IBAN: DE74 1605 0000 1000 9090 49

COMPACT Redaktion

Französische Str. 12, 10117 Berlin
(Großbriefe und Päckchen an den Verlag)
Fon 030-20188322
Fax 03327-5698617
E-Mail redaktion@compact-mail.de

Chefredakteur Jürgen Elsässer (V.i.S.d.P.)
Chef vom Dienst Martin Müller-Mertens
Redakteure Marc Dassen (Politik), Tino Perlick (Korrespondent), Daniell Pföhringer (Politik)

Cover Iris Fischer

Fotoquelle Cover iStock.com, Fotografixx
Layout/Bild Steffen Jordan

Anzeigenakquise

E-Mail anzeigen@compact-mail.de

Gedruckt in Deutschland

Redaktionsschluss
8.11.2017



Erscheinungsdatum
der nächsten Ausgabe
Samstag, 23.12.2017



Die Katalonen geben nicht auf. Rund 750.000 gingen nach Polizeiangaben am 11. November gegen die Inhaftierung mehrerer Minister der Autonomieregierung auf die Straße. Die spanische Justiz – und vor allem die Madrider Führung – wirft ihnen Rebellion, Aufruhr und die Veruntreuung öffentlicher Gelder vor. Zuvor hatte sich die politische Krise in der Region zur Farce entwickelt. Nach vollmundigen Erklärungen zur Unabhängigkeit war Regionalpräsident Carles Puigdemont eilig nach Brüssel geflohen. Mehrere seiner Minister erschienen sogar freiwillig vor einem Madrider Gericht, das sie umgehend hinter schwedische Gardinen steckte. Dass Spaniens Regierung auf die Forderung der Demonstranten eingeht, ist nicht zu erwarten. Doch der Massenaufmarsch war wohl ohnehin eher der inoffizielle Wahlkampfauftakt. Am 21. Dezember sollen die Katalanen ein neues Regionalparlament wählen. Nach Umfragen lagen die Parteien für und gegen die Unabhängigkeit Ende Oktober praktisch gleichauf. Foto: picture alliance/AP Photo



COMPACT 12/2013 – noch unter compact-shop.de erhältlich. Foto: COMPACT



Drachen gegen Adler: Um das Duell der Supermächte geht es in COMPACT-Spezial Nr. 16. Foto: COMPACT



Bei Piringçi und den COMPACT-Redakteuren rauchen schon die Köpfe. Foto: COMPACT

Verwirrung

Ist COMPACT jetzt links oder rechts? In den Schreibstuben der SPD-Parteizeitung *Vorwärts* rauchen die Köpfe, während man über den Monatsheften des Magazins für Souveränität brütet. Ein Interview mit CDU-Urgestein Wolfgang Bosbach, dann eins mit der 68er-Ikone Rainer Langhans – und dann auch noch Willy Brandt als einen «Patrioten von links» aufs Cover hieven! Spielt COMPACT etwa ein «ideologisches Verwirrspiel», wie der *Vorwärts* Ende Oktober unterstellte? Der empört sich sogar darüber, dass auf COMPACT-Veranstaltungen «Menschen mit SPD-Parteibuch» auf derselben Bühne auftreten «wie Politiker von AfD und FPÖ». Ja, also so geht's ja nun nicht! Wo bleibt denn da der Hass?

Dass sich Patrioten von rechts und von links bei COMPACT wiederfinden, bestätigt der Dresdner Soziologe Felix Schilk in seinem neuen Buch *Souveränität statt Komplexität*, das sich intensiv mit COMPACT beschäftigt. Er hat etwas ganz Erstaunliches bei uns entdeckt: einen «Diskursmix» nämlich, der linke und rechte Themen aufgreift, unterschiedliche Stimmen zu Wort kommen lässt und so die Leser anspricht. Holla die Waldfee!

Ob es dafür einen Soziologen gebraucht hätte? Wohl kaum, denn die Sache ist einfach: Erst kommt die Heimat, dann die Ideologie. Loskübeln wollen hier nur die Linksradi-kalen, die freilich in Gestalt von Ralf Stegner auch in der SPD-Chefetage sitzen. Beim *Vorwärts* bibbert man bereits, dass «höchste Vorsicht geboten ist, wenn die Grenzen zwischen rechts und links verwischt werden – denn profitieren werden davon immer nur die Rechten». ■

Vorfreude

Mit COMPACT ins neue Jahr: Eine Vielzahl spannender Titel erwarten Sie 2018. Im Grunde geht es sogar schon vor Weihnachten los: Die Januarausgabe unseres Monatsmagazins liegt nämlich bereits am 23. Dezember am Kiosk, Abonnenten haben sie schon einige Tage zuvor. Überhaupt: Wäre es nicht eine hübsche Idee, ein COMPACT-Abo unter den Christbaum zu legen? Wenn Sie bis Mitte Dezember ein Geschenkabo abschließen, wird der Glückliche schon zum 24. das erste Heft bekommen haben! Geschenkabos können über das ganz normale Bestellformular unter compact-abo.de ausgewählt werden. Ende Januar erscheint COMPACT-Spezial Nummer 16 *China gegen USA – Der Kampf um Nordkorea und ganz Asien*. In einer weit gespannten Betrachtung analysieren wir die Konflikt- und möglichen Schlachtfelder eines Dritten Weltkrieges. Ende März folgt dann COMPACT-Geschichte Nr. 3 *Mythische Stätten der Deutschen*. Unser Erfolgsautor Jan von Flocken lädt zur Rundreise vom Holsten-tor bis zur Wartburg und dem Kyffhäuser ein. Ende April gehen wir mit COMPACT-Spezial Nr. 17 an den Start: *Deutscher Fußball – Warum wir die Besten sind*. Pünktlich zur WM in Russland lassen wir die großen Siege, die begnadetsten Spieler und die schönsten Tore seit den 1930er Jahren wiederauferstehen. Das Programm der zweiten Jahreshälfte ist noch nicht genau fixiert. Freuen Sie sich auf jeden Fall auf COMPACT-Spezial *Musikrebel-len* – ein Muss für alle Fans von den Böhsen Onkelz bis zu Andreas Gabalier. Sie können COMPACT-Spezial zusätzlich zum COMPACT-Magazin abonnieren. Wer keinen Titel aus dem Hause COMPACT verpassen will, wird Mitglied in unserem Gold-Club (club.compact-online.de). ■

Spannung

Akif Piringçi ist zurück! Seine Katzenkrimis (*Felidae*) erzielten Millionenauflagen, einer wurde auch verfilmt, bis vor wenigen Jahren war er einer der bestverkauften Romanautoren in Deutschland. Doch sobald sich «der kleine Akif», so seine Selbstbezeichnung, auch politisch einzumischen begann, den Islam kritisierte und sich für Deutschland einsetzte, ja sogar bei Pegida auftrat, bekam er den grenzenlosen Hass des Establishments zu spüren. Heute kann man seine Werke, auch die belletristischen Frühwerke!, in Buchhandlungen und bei Amazon nicht mehr bestellen. Nur mutige Kleinverleger wie *antaios.de* vertreiben ihn weiter, aber außerhalb des etablierten Handels.

Doch mit Hilfe von COMPACT kommt Piringçi jetzt in den offenen Verkauf zurück. Der Name des Geächteten, den man aus jeder Buchhandlung von Flensburg bis Friedrichshafen getilgt hat, wird künftig in großen Lettern wieder auftauchen – und zwar an Tausenden von Kiosken und im Bahnhofshandel. COMPACT-Piringçi wird erstmals Ende Februar das Licht der Welt erblicken und in Anwesenheit des Protagonisten im März auf der Leipziger Buchmesse vorgestellt werden. Das Heft soll eine neue Reihe in der COMPACT-Publikationsfamilie eröffnen und die ganze Bandbreite von Piringçis Schaffen zeigen: Spannung und Witz, Sex und Zeitkritik, Gift und Galle jeder Art. Warum sachlich bleiben, wenn's auch persönlich geht? Es muss den einen Spaß machen und den anderen wehtun! COMPACT-Piringçi wird Kult werden – und die Zensoren im Wahrheitsministerium sowie die rot-grünen Anstandstanten in den Wahnsinn treiben. Schon in der Januar-COMPACT gibt es detaillierte Infos! Bleiben Sie dran! ■

**Nur Ihr
Abo macht
uns stark!**

Mut zur Wahrheit

COMPACT^C

Ehrlicher Journalismus in Zeiten der Lüge.

Die schweigende Mehrheit kann die Verhältnisse zum Tanzen bringen, wenn sie ihre Stimme wiederfindet. COMPACT ist ihr Lautsprecher, weil wir drucken und verbreiten, was andere nicht zu schreiben wagen.

Unterstützen Sie uns jetzt mit einem Abo! Als Dankeschön genießen Sie exklusive Vorteile:

COMPACT-Abonnenten

- bekommen das Magazin, bevor es am Kiosk erhältlich ist, jeden Monat in einer Versandtasche bequem nach Haus!
- zahlen kein Porto!
- erhalten eine Abo Prämie!
- sparen bei COMPACT-Konferenzen am Eintrittspreis!
- haben freien Eintritt zu der monatl. Veranstaltungsreihe COMPACT-Live!

www.mut-zum-abo.de

COMPACT^C
MAGAZIN FÜR SOUVÄRANITÄT

**Sprengsatz
Jamaika**

Die unmögliche Koalition

Kern-Schmelze
Sonne in Österreich

Katalonien
Pro und Contra Abseppung

Putins Kanzler
Schröders Russen-Pipeline

Las Vegas
Mythos Erneuerbare



**Jährlich nur
€ 59,40***

Land der Sachsen
DU im Freistaat

Wie geht es weiter mit Steve Bannon?

Bedrohungen und Volksaustausch

*gilt bei Versand innerhalb D., sonst 83,40 EUR



Diese Truppe bereicherte Wuppertal im September 2014. Eine Verurteilung der selbsternannten Sittenwächter um den Salafisten Sven Lau lehnte die Justiz ab. Foto: Screenshot Youtube

Gangster in Uniform

«Vor allem in öffentlichen Berufen, zum Beispiel als Lehrer oder Polizisten, haben Migranten nach Ansicht des SPD-Bundesvorsitzenden Sigmar Gabriel gute Aussichten. In Uniformen oder in Schulen seien sie für Ausländer wichtige Ansprechpartner.» (Bild Online, 4.2.2011)

«Wir brauchen dringend die doppelte Staatsbürgerschaft, wir brauchen mehr Richter, Lehrer und Polizisten mit ausländischen Wurzeln, wir brauchen mehr Sprachförderung in den Schulen und Kitas.» (Sigmar Gabriel, Welt Online, 29.5.2013)

«Mann kann niemanden ablehnen, weil er einen bestimmten Familiennamen hat. Das verbietet das Grundgesetz. Wir können leider kaum verhindern, dass kriminelle Großfamilien Leute straffrei halten, um sie in der Polizei einzuschleusen.» (Der Berliner Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Bodo Pfalzgraf, Bild am Sonntag, 5.11.2017)

«Es ist nämlich der besorgte Bürger, der uns glauben lassen will, dass Polizeianwärter mit Migrationshintergrund eine Gefahr sind. (...) Deshalb stellt sich hier eigentlich eine ganz andere Frage: Inwiefern ist die Polizei eigentlich vom besorgten Bürger unterwandert? Und inwieweit führt diese Unterwanderung dazu, dass rassistische Imaginationen systematisch in Politik und Medien sickern?» (daserste.ndr.de, 7.11.2017)

«Ich setze mich am Wochenende hin und lerne für meine Prüfungen. Die Kollegen mit Migrationshintergrund spicken einfach oder googlen mit den Handys bei der Prüfung, während die Lehrer wegschauen, um

keinen Ärger zu bekommen und die Quote zu erfüllen.» (Eine anonyme Polizeischülerin, Welt Online, 8.11.2017)

Fachkräfte im Puff

«Mitarbeiter von Berliner Sicherheitsfirmen vermitteln Flüchtlinge in die Prostitution. Das ergeben Recherchen von Frontal 21. Nach Schilderung von Sozialarbeitern, Insidern bei Sicherheitsfirmen und Flüchtlingen prostituieren sich auch Minderjährige.» (ZDF Frontal 21, 24.10.2017)

Asyl-Propaganda de luxe

«Es gibt ein Gerichtsurteil vom europäischen Gericht, das müssen wir Euch jetzt erzählen. Wer länger als sechs Monate in Deutschland ist und hier einen Asylantrag gestellt hat, der darf nicht in ein anderes europäisches Land zurückgeschickt werden, durch das er gekommen ist, bevor er nach Deutschland gekommen ist.» (Eine deutsch-arabische Sendung des WDR erklärt Asylbewerbern die Rechtslage, Facebook, 26.10.2017)

Eigentor

«Mit ihrem neuen ICE 4 will die Deutsche Bahn alles richtig machen. (...) Doch ausgerechnet jetzt gibt es heftige Diskussionen um den Namen des neuen Zugs, der symbolisch für die Gräueltaten des dunkelsten Kapitels in der deutschen Geschichte steht. Denn einer der neuen Züge, die im Dezember den Regelbetrieb aufnehmen, soll den Namen von Anne Frank tragen (...).» (der-westen.de, 30.10.2017)



«Berlin ist das, was Du draus machst.» Mit Plakaten wie diesem wirbt die parteieigene Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt. Foto: spd.berlin

Katz und Maus

«Ausgereist? Abgetaucht? Behörden wissen nichts über den Verbleib von 30.000 abgelehnten Asylbewerbern.» (Focus Online, 2.11.2017)

Frischfleisch-Import

«In Schweden tun sich Abgründe auf. Das asylfreundliche, auf Multikulti eingeschworene Land zeigt jetzt auch das andere Gesicht seiner grenzenlos liberalen Einstellung: Immer öfter wird publik, dass Asylbetreuerinnen sexuelle Beziehungen mit von ihnen betreuten, unbegleiteten minderjährigen Migranten haben.» (wochenblick.at, 4.11.2017)



Der schwule «Zipfelmann» sollte im November die Kassen bei Penny klingeln lassen. Immerhin: Auf den Verkauf von Weihnachtsgelben in Burka verzichtete der Discounter in diesem Jahr noch. Foto: Penny

GEZ-Abschlepper

«Am 02.11.2017 schaute ich morgens aus dem Fenster und musste feststellen, dass mein Auto gepfändet worden ist. Niemand hatte bei mir geklingelt und es befand sich weder die Pfändungsniederschrift, noch eine Forderungsaufstellung in meinem Briefkasten, wie es sein müsste.» (GEZ-Opfer Andreas Zeevaert, philosophia-perennis.com, 7.11.2017)

Porno-Sozis

«Berlins SPD-Nachwuchs hat das Thema Pornos entdeckt. In einem Antrag zum Landesparteitag am Samstag fordern die Jusos allen Ernstes realistische Sexfilme für Bildungsarbeit – finanziert mit TV-Gebühren! (...) Juso-Landeschefin Annika Klose (25) meint, dass vor allem die weibliche Lust in den meisten Produktionen zu kurz kommt.» (Bild Online, 7.11.2017)

Übungsschießen

«Türkische Hochzeit in Duisburg (...) Mann feuert aus Auto mehrere "Freudenschüsse" mit Pistole ab.» (Welt Online, 8.11.2017)



Zu COMPACT allgemein

Wieder eine Super-Ausgabe. Die NSU-Ausgabe war schon genial. Gott sei Dank gibt's COMPACT hier flächendeckend.

Hans Dampf, per Youtube-Kommentar

Ich habe das COMPACT-Magazin schon länger abonniert. Immer wieder gut. Auch das T-Shirt (Freiheit für Deutschland) und die Edition *Schwarzbuch Lügenpresse* sind der Hammer. Weiter so. Freue mich auf die nächste Ausgabe.

Björn Prediger, per Facebook-Kommentar

Mir widerstreben zwar Abos, kann aber monatlich das Magazin prinzipiell erwerben, um es dann an «Bedürftige» weiter zu geben. Ein kleiner Solidaritätsbeitrag sozusagen. Selbst

wenn mir der Sinn nicht nach Lesen um des Lesens willen stehen sollte, prüfe ich die Inhalte kritisch und bin durch die Betrachtung der Umstände zufriedengestellt.

Kultur als Fehler, per Youtube-Kommentar



Zum Titelthema «Sprengsatz Jamaika»

Wir werden sehen, wie die transatlantischen Eliten den Jamaika-Komparsen den Marsch blasen und eine Einigung erzwingen. Weitere Spannungen an den diversen Parteibasen sind zu erwarten, die Neigung zur Rebellion nimmt zu. Worin könnte die Lösung bestehen? Regieren unter Notstandsbedingungen? Beobachten wir die vielen Dampfer vor der nordkoreanischen Küste und den Besuchszirkus der nächsten Zeit in Asien, hoffen wir auf eine Vereitlung von False-Flag-Aktionen zur Sicherung des Friedens.

Lutz M., per E-Mail

Fällt das eigentlich niemandem auf? Der Jamaika-Parteien einzige Funktion wäre, die Kanzlerin vor dem Parlament zu schützen. Die politische Konstellation ist die perfekte Kulisse für den Zustand der politisch gewollten Staatsverwahrlosung. Noch mehr als bisher würde sich jeder auf jeden rausreden – perfekt für Merkel und das endgültige Ende für Deutschland.

Marco Lehmann, per Youtube-Kommentar

Der Name Merkel wird noch Jahrhunderte, wenn nicht mehr, mit der Totalbabilo-

nisierung Deutschlands verbunden bleiben. Die Koalition mit den Grünen ist nach acht Jahren SPD-CDU-Gekuschel das i-Tüpfelchen. Schwarz-Grün zeigt auch, dass das, was als demokratische Kompromissfindung gepriesen wird, nichts weiter ist als kalter Machterhalt. Das deutsche Volk wird diese Schreckgespenster jeden Tag, den sie dort oben sitzen, abgrundtief verachten.

Aristoteles, per Website-Kommentar

Wieder eine sehr gute Ausgabe und grundsätzlich alles richtig. Keine andere Partei hat die Steuern so dermaßen erhöht wie die Schwarzen mit ihrer Truppe und zwar vor allem beim Verbraucher! Von der Truppe Merkel ganz zu schweigen. Die Politiker der Union lügen den Leuten die Hucke voll, so etwas hat die Welt noch nicht gesehen! Und mit so jemandem will die AfD «vielleicht» mal zusammenarbeiten? Die AfD muss stärkste Kraft werden und alle anderen Parteien überholen. Aber die Merkel wird immer einen Koalitionspartner haben für ihre Politik, gesteuert von den Globalisten George Soros und Konsorten. Ich bin schon gespannt auf die nächste Ausgabe COMPACT-Spezial.

Erwin P., per E-Mail

Merkel könnte auch für unser Land als historisch symbolisches «Meneterkel» betrachtet werden. Da sie in diese Position von inzwischen sattem bekannten überstaatlichen Mächten gehievt wurde, wird sie von da auch abberufen werden und in den endgültigen Ruhestand versetzt nach Paraguay, wo inzwischen heimlich, still und leise alles für ihren Ruhestand aufbereitet wurde. Aus der

Jetzt COMPACT-Magazin abonnieren und Prämie sichern!

Abo-Prämie ankreuzen, Rückseite ausfüllen und abschieken!



Nie wieder Grüne!

Portrait einer gefährlichen Partei
COMPACT-Spezial 12
84 Seiten

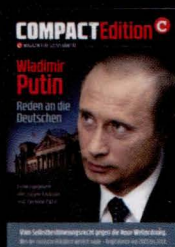
Prämie Nr. 1 ☐



Schwarzbuch Lügenpresse

Wie uns Medien und Politiker für dumm verkaufen
COMPACT-Edition Nr. 2
124 Seiten

Prämie Nr. 2 ☐



Wladimir Putin

Reden an die Deutschen
COMPACT-Edition Nr. 1
124 Seiten

Prämie Nr. 3 ☐



Schwarzbuch Angela Merkel

Originalzitate der Rautenfrau von 1990 bis heute
COMPACT-Edition Nr. 3
124 Seiten

Prämie Nr. 4 ☐

COMPACT C
MAGAZIN FÜR SOUVERANITÄT

Freiheit für Deutschland!

COMPACT-Shirt zum Abo-Vorzugspreis von 10 EUR inkl. MwSt

«Freiheit für Deutschland» Klassisches T-Shirt für sie & ihn, aus 100% Baumwolle. Farbe: Schwarz;

Größe	M	L	XL	XXL
Anzahl	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Nur 10,00 € Jetzt mitbestellen!

bekannten Geschichte der Menschheit Jahrtausende rückblickend überschlagen, ist mir solch ein verantwortungsloses Staatsoberhaupt nicht begegnet, aber auch kein Volk, dass sich solchen Irrsinn schafsgläubig, geradezu schlafwandlerisch gefallen ließ.

Friedrich Bode, per Website-Kommentar



Zu «Putins Kanzler: Schröder und die neue Pipeline»

Die Deindustrialisierung Deutschlands, ein lang gehegter Plan der USA zur Destabilisierung Europas, schreitet voran! Und da wir besetzt sind, wedeln wir noch freudig mit dem Schwanz.

Sascha Mundi, per Facebook-Kommentar



Zu «Pro & Contra zu Katalonien»

Der Artikel bzw. der Kommentar von Martin Müller-Mertens über Katalonien war super. Mehr davon!

Daniel Knight, per Youtube-Kommentar

Wenn jemand glaubt, man könne unterschiedliche Völker gegen ihren Willen zu einem Superstaat (Europa, Jugoslawien, Sowjetunion) zusammenführen, hat er keine Ahnung, wohin das führt. Ein Blick in die Geschichte genügt, um zu wissen, was das Ergebnis sein wird!

Thomas Meierle, per Facebook-Kommentar

Ein Zusammengehörigkeitsgefühl und Zusammenleben erwächst nur aus dem Inneren der Gesellschaft, aber nicht durch Repression und Verbote. Der Kontinent Europa lebt von der Vielfalt und den Regionen, aber nicht vom Zentralismus und der Gleichschaltung. Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann nicht das gesamte Volk die ganze Zeit täuschen.

Contra-Linksgrün, per Facebook-Kommentar



Zu «Deutschland sucht das Superkopftuch»

Akif Piringci schreibt in Ihrem Magazin, meine Gratulation: «Susanne ist bekloppt geworden». Dem ist nichts hinzuzufügen, bis auf eines: Der Autor möge bitte bei seinen berechtigten Schmäh-Beiträgen auf das Unwort verzichten, das mit S beginnt. Das hat unsere schöne Sprache nicht verdient. Doch sonst kann man seine Deutschbeherrschung und Wortgewandtheit nur bewundern. Und der geistigen Führung für unser geschundenes Land danken, dass es die Familie Piringci 1959 nach Deutschland zog. Dadurch haben wir einen genialischen Durchblicker mehr. Dieser Dank gilt auch Ihrem Magazin!

Peter G., per E-Mail

Klasse Ausgabe! Am besten ist der Artikel von Akif Piringci – alleine der ist das Geld schon wert.

MsFreedomforeveryone, per Youtube-Kommentar



Zu «House of Chaos»

Österreichs immerwährende Neutralität war in den Reden der Staatsspitzen zum Nationalfeiertag nur rhetorisches Beiwerk. Die meisten Regierungsvertreter haben die Abkehr von diesem friedenssichernden Bundesverfassungsgesetz innerlich längst vollzogen. Ob eine sich abzeichnende ÖVP-FPÖ Regierung die Neutralität weiter aufweicht, bleibt abzuwarten. Auf anderen Gebieten sind die Ansagen von Sebastian Kurz und Heinz-Christian Strache jedenfalls vielversprechend. Dafür wurden diese zwei Parteien von nahezu 60 Prozent der Österreicher am 15. Oktober 2017 gewählt. Versagen sie oder gehen sie diese Themen nur halbherzig an, dann ist es mit dem Glaubwürdigkeitsbonus dahin, und die Frustration der Wähler könnte in Wut umschlagen. Und das kann sich niemand wirklich wünschen! Bildet eine Regierung und macht Euch an die Arbeit! Löst Eure Wahlversprechen, trotz des Widerstands des alten Systems und der Linken Polit-Schickeria, konsequent ein. Die Österreicher werden es Euch danken. Und die SPÖ? Die sollte sich, trotz der Angst vor einem «Rechtsruck» in der eigenen Partei, vom seltsamen Herrn Kern trennen. Denn Prinzessinnengehabe und Eitelkeit sind vor allem in der Opposition kontraproduktiv.

Jahn K., per E-Mail

Tu felix Austria – dort sind die Grünen immerhin weg vom Fenster!

Marco S., per E-Mail

Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Prämie sichern!

hier abtrennen ✂

☐ Ja, ich will COMPACT ab Nr. /20..... mit 59,40 EUR (inkl. Versandkosten*) innerhalb Deutschlands für 12 Ausgaben abonnieren und meine Wunschprämie kassieren!

☐ Ja, ich will COMPACT ab Nr. /20..... mit 83,40 EUR (inkl. Versandkosten*) ins Ausland für 12 Ausgaben abonnieren und meine Wunschprämie kassieren!

Ich wünsche die umseitig angekreuzte **Abo-Wunschprämie**.

☐ Ja, ich will das **COMPACT-Shirt** «Freiheit für Deutschland» zum Abo-Vorzugspreis von nur 10,00 EUR* (statt 19,95 EUR). Anzahl und Größe habe ich umseitig notiert. Dazu kommen Versandkosten von 1,90 EUR | Inland und 3,00 EUR | Ausland. Bitte senden an ☐ Rechnungsadresse oder ☐ Lieferadresse.

*Alle Preise verstehen sich inkl. MwSt.

Rechnungsadresse

Name, Vorname _____
 Straße, Hausnummer _____
 PLZ, Ort _____
 Email _____ Telefon _____
 Unterschrift ☒ _____

Lieferadresse

Name, Vorname _____
 Straße, Hausnummer _____
 PLZ, Ort _____

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich COMPACT-Magazin GmbH widerruflich, den Betrag umgehend zu Lasten meines Kontos per Lastschrift einzuziehen.

Bankverbindung

Kontoinhaber _____
 Bank _____
 IBAN _____
 BIC _____

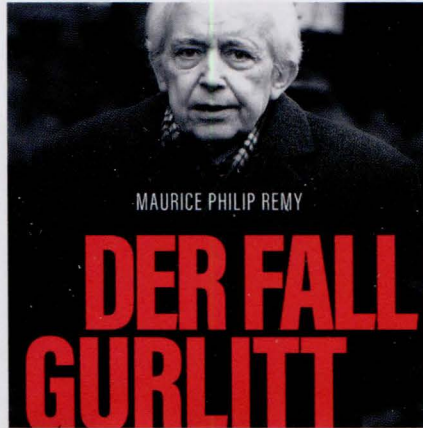
Kündigung

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch um weitere 12 Ausgaben, wenn es nicht bis 14 Tage vor Erscheinen der jeweils letzten Ausgabe gekündigt wurde.

Unterschrift ☒ _____



Peter Cornelius «Unverwüstlich», 12 Tracks, Reif für die Insel, Warner, 2017. Foto: Warner



Maurice Philip Remy, «Der Fall Gurlitt», 672 Seiten, Europa Verlag, 2017, 35 Euro. Foto: Europa-Verlag



Die zweite Staffel von «Stranger Things» ist seit Kurzem auf «Netflix» vollständig verfügbar. Foto: Netflix

Klartexter

Mit «Der Kaffee ist fertig» säuselte er jeden Morgenmuffel aus dem Schlaf, bei «Du entschuldige, i kenn Di» dachte jeder an seine eigene Jugendliebe zurück. Anfang der 1980er Jahre landete der österreichische Liedermacher Peter Cornelius auch bei uns eine Reihe von Hits, die noch heute in jeder guten Schlagerdisco gespielt werden.

Gerade ist ein neues Album des 1951 in Wien geborenen Musikers erschienen, das mittlerweile zweiundzwanzigste. *Unverwüstlich*, so der Titel, ist eine ziemlich bluesige Scheibe geworden, die prominente Paten wie Tom Petty nicht verleugnen kann. In die Schlagzeilen ist Cornelius jedoch vor allem wegen eines Interviews geraten, das er vor einigen Wochen der auflagenstarken *Kronen-Zeitung* gegeben hat. In dem Gespräch teilt er ordentlich aus – gegen die politische Klasse, die EU und vor allem die deutsche Kanzlerin. Angela Merkel habe die Deutschen «praktisch ins Koma regiert», so der Songwriter, und nun kämen «noch Zustände, dass wir in Europa eigentlich umgevollt werden sollten». Dies sei «eine groß angelegte Geschichte», klagt er.

In Brüssel sei eine «Berufsverbrecherbande» am Werk, die «ein zusammengemanschetes Insgesamt-Europa fabrizieren» wolle. Dagegen helfe eine «Rückbesinnung auf unsere Kultur und Werte». Political Correctness gehöre, so Cornelius, «sowieso abgeschafft», denn die nutze eine «verschlagnete Politikaste» nur als «ein Mittel, um so bequem wie möglich lügen zu können.» Chapeau, Peter Cornelius! Wirklich «unverwüstlich» und alles andere als «reif für die Insel». (dp) ■

Richtigsteller

Der Kunsthändler Hildebrand Gurlitt war ein ganz übler Lump, der sich zu Zeiten des Dritten Reiches überall Bilder zusammengeklaut hat – besonders bei Juden. Deswegen war es auch richtig, dass man seinem Sohn Cornelius 2012 den ganzen Raubkunstschatz wieder abgenommen und ein Strafverfahren gegen den damals 80-Jährigen eingeleitet hat. So die landläufige Meinung über diesen «Kunstskandal», der die Nachrichten seinerzeit wochenlang beherrschte.

Stimmt nicht! Schreibt der Autor und Filmmacher Maurice Philip Remy in seinem neuen Buch, für das er jahrelang recherchiert hat. Hildebrand Gurlitt war weder ein Nazi noch ein Kunsträuber. Auch den Vorwurf, er habe die Not verfolgter Juden ausgenutzt und Gemälde für NS-Parteigrößen beschafft, hält er für aus der Luft gegriffen. Der eigentliche Skandal ist für ihn der Umgang mit Gurlitt junior: Die Beschlagnahmung der angeblichen Raubkunst sei Unrecht gewesen, das bayerische Staatsministerium für Kultur müsse sich dafür entschuldigen.

Remy geht sogar noch weiter und meint, dass die Öffentlichkeit Cornelius Gurlitt förmlich zu Tode gehetzt habe. «Sie haben ausgenutzt, dass der alte Mann krank war», so der Autor bei einer Buchvorstellung in Berlin. Und nein, Remy ist keiner dieser notorischen Revisionisten, sondern produzierte mehrere Filme für Guido Knopp. Man kommt nicht umhin, den «Fall Gurlitt» als einen weiteren Kollateralschaden des deutschen Bewältigungsdrangs zu sehen. Der gerne bemühten «besonderen Verantwortung» wurde dabei keiner der Beteiligten gerecht. (dp) ■

Geisterjäger

«Hätten Steven Spielberg, John Carpenter und Stephen King ein gemeinsames «Serien-Baby» entworfen, es wäre vermutlich ganz ähnlich geworden wie die neue Netflix-Mystery-Serie *Stranger Things*, urteilte die Fernsehzeitschrift *TV Movie*. Mich als Deutschen erinnert die Handlung zu allererst an eines unserer großen Kinderbücher, nämlich *Emil und die Detektive* von Erich Kästner. Ein Trupp Teenager betreibt auf eigene Faust Verbrecherjagd und ist den Großen immer eine Nasenlänge voraus...

Natürlich sollte man die Ami-Serie nicht seinen Sprösslingen zeigen – im Unterschied zum 1929 erschienenen deutschen Roman ist der Horrorfaktor immens. Gerade deswegen aber macht das Ganze jung gebliebenen Erwachsenen umso mehr Spaß. Wer seinen Kästner nicht gelesen hat, wird auf andere Weise an seine Kindertage erinnert. *Stranger Things* spielt in den Jahren 1983 und 1984: Alle coolen Typen rauchen und fahren spritfressende Straßenkreuzer, rauf und runter dudeln die Oldies (*Ghostbusters*), man kämpft mit Kabeltelefonen – und fürchtet die Invasion der Kommunisten. Das führt zum politischen Hintergrund des Ganzen: In einer Kleinstadt verschwinden Kinder, die vom US-Militär für Experimente mit Psychodrogen missbraucht werden und telekinetische Fähigkeiten entwickeln. Ein ähnliches Programm mit dem Namen MK-Ultra gab es tatsächlich!


Einziges Ärgernis: Girlie-Hauptdarstellerin Natalia Dyer ist ein runtergehungertes Magersuchtmodel aus dem postmodernen Heute. In den 1980ern gab es diesen gemeingefährlichen Trend noch nicht. (km) ■

Kühle Fakten in heißen Zeiten

Fällt der Weltuntergang aus?

Seit Jahrzehnten treibt das Gespenst der Klimakatastrophe sein Unwesen. COMPACT lädt zur Debatte ein: unvoreingenommen, wissenschaftlich fundiert und garantiert politisch unkorrekt.

COMPACTSpezial

 MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

Sonder-Ausgabe Nr. 15 | 9,90 EUR (D) · www.compact-online.de

Klimawandel

Fakten gegen Hysterie



**Jetzt am
guten Kiosk!**

Kontroversen
Klimakiller Mensch?
CO₂, Polyschmelze,
Treibhauseffekt

Energiewende
Amok gegen
Stromkunden
und Autofahrer

Profiteure
Die Angstmacher,
die Aufsteiger,
die Abkassierer

Alternativen
Die Versöhnung
von High-Tech
und Ökologie

Einzelheft oder SPEZIAL-Abo bestellen unter shop@compact-mail.de
Im Webshop: compact-shop.de · Im SPEZIAL-Abo unter: abo.compact-shop.de



Gangster in Uniform

von Martin Müller-Mertens

Verbrecherbanden unterwandern den Staat: Berlins Polizeischule ist zur multikriminellen Hölle verkommen. Orientalische Machos und der Islam-Nachwuchs randalieren in den Klassenräumen, kriminelle Familien-Clans infiltrieren die Behörden. Die Politik schaut weg...

Jeden Morgen beginnt der Horror aufs Neue. Wenn Sabrina (Name geändert) das Gelände der Berliner Polizeiakademie betritt, erkennt sie wohl wenig von den «zwei Häusern mit modernster Technik», die der Internetauftritt der Behörde verspricht. «Die Klassenräume und die Sporthalle sind ständig dreckig und vermüllt», sagte die 24-jährige Schülerin anonym der *Berliner Zeitung*. Migranten terrorisieren insbesondere die Schülerinnen. «Wir Frauen werden ständig angemacht, angeglotzt. Die können sich nicht vernünftig artikulieren. Da heißt es immer nur: Bruder, Digga, Alter. In fast jedem Satz...»

Als «moderne Hauptstadtpolizei stellt sich die Polizei Berlin den vielschichtigen Anforderungen einer multikulturellen Weltmetropole», heißt es in der Selbstdarstellung. Doch zumindest die Nachwuchsschule hat sich längst in eine multikriminelle Hölle verwandelt – begünstigt durch Vorgesetzte und Politik. Ende Oktober platzte einem Sanitäter nach einer Hospitanz an der Akademie der Kragen. «Ich hab noch nie so was erlebt, der Klassenraum sah aus wie Sau, die Hälfte Araber und Türken, frech wie Sau. Dumm», so die drastische Beschrei-

bung in einer anonym im Internet veröffentlichten Sprachnachricht. Deutschen Polizeischülern seien «Schläge» angedroht worden. «Das sind keine Kollegen, das ist unser Feind, das ist der Feind in unseren Reihen.»

Polizisten mit Straftakte

Wenige Tage später folgte der nächste Brandbrief – dieses mal von einem langjährigen Mitarbeiter des Landeskriminalamtes. Der erfahrene Beamte warnte unter anderem vor einer Islamisierung der Polizei. «Wenn Frauen als Vorgesetzte nicht mehr akzeptiert werden, weil sie Frauen sind, wenn Auszubildende sich beim Dienstschwimmen verweigern, weil in dem Becken vorher eine "Unreine" geschwommen sein könnte, dann hören die Toleranz und Willkommenskultur und "Multikult" auf.» In dem ebenfalls anonym verfassten Schreiben ging es auch um das Einsickern krimineller Orientalen-Sippen in die Behörde. «Bewerber aus diesen Großfamilien werden – trotz Straftakte – in der Polizei angenommen. Es steht zweifelsohne im Raum, dass diese Unterwanderung der Polizei bereits begonnen hat.»

Ist das die Kantine im Polizeipräsidium? Noch nicht. In der Serie «4 Blocks» des Bezahlsenders TNT wird die Clan-Gewalt in Berlin jedoch bereits romantisiert. Die staatliche Filmförderung Medienboard Berlin-Brandenburg beteiligte sich mit 250.000 Euro. Foto: TNT

«Die Hälfte Araber und Türken, frech wie Sau.»

Sanitäter an der Polizeiakademie



Das Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg ist seit Jahren fest in der Hand orientalischer und afrikanischer Dealer und Kleinkrimineller. Mittlerweile stellte die Polizei eine eigene Truppe für den Platz zusammen. Foto: picture alliance / Paul Zinken/dpa

«Die Zustände sind furchtbar, aber die kehren hier seit Jahren alles unter den Teppich.»

Polizeischülerin

Den ersten Hinweis auf diese Entwicklung gab es bereits im Jahre 2003. Bei Ermittlungen nach einer Messerstecherei zwischen zwei arabischen Clans wurde ein Angehöriger des Berliner SEK erschossen. Opfer und Täter dürften sich gekannt haben. «Einer unserer Polizisten arbeitete in der Diskothek, wo es die Messerstecherei gab, in seiner Freizeit als Türsteher. Sie gehörte seinem Onkel. Er war Mitglied in einem der rivalisierenden Clans», sagte der damalige Leiter der Polizeidirektion 6, Michael Knappe, dem *Focus*. Demnach wurde die Nebentätigkeit des Beamten als Türsteher von der Behörde sogar geduldet.

Was vor 14 Jahren noch ein Ausnahmefall war, ist inzwischen schon fast die Regel. So sollen in den letzten Jahren gleich mehrfach Razzien im Vorfeld an Kriminelle verraten worden sein. Aus LKA-Kreisen heißt es, dass mindestens ein Polizeischüler bereits im Bereich Organisierte Kriminalität (OK) aufgefallen sein soll. Hinzu kommen nach *Bild*-Angaben mindestens zwei Clan-Mitglieder. Anfang September trafen Beamte bei der Kontrolle in einer von Mitgliedern der berüchtigten kurdisch-libanesischen Miri-Sippe frequentierten Bar auf einen Polizeischüler. Der 27-Jährige war Personal und Gästen gut bekannt. Er soll zudem Mitglied der Rockertruppe Guerilla Nation sein, die nach Auskunft der Staatsanwaltschaft in der OK operiert.

Die Hilferufe aus der Polizei riefen Anfang November auch die Opposition auf den Plan. Eine Sitzung des Innenausschusses zu den Vorwürfen beantragten CDU, AfD und FDP gemeinsam. «Wir erwarten vom Innensenator die Abwehr jeglicher Versuche der Organisierten Kriminalität, unsere Polizei zu infiltrieren», so CDU-Innenpolitiker Burkard

Dregger. Doch ein Durchgreifen des rot-rot-grünen Senats oder der ihm unterstellten Polizeiführung ist kaum zu erwarten. «Mir ist kein Fall bekannt, in dem etwas anderes passiert wäre, als das Problem zu leugnen», sagte der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Marcel Luthe. Auch Kronzeugen innerhalb der Akademie werden sich kaum finden, wie ein Polizeiführer anonym erklärte: «Es gab Lehrer, die sich mit den Vertretern der Parteien treffen wollten, um über Missstände zu sprechen. Doch auf diese wurde Druck ausgeübt.»

Kritiker zum Schweigen gebracht

Wie dieser Druck konkret aussieht, lässt sich nur erraten. Polizeipräsident Klaus Kandt drohte den beiden Whistleblowern jedenfalls kaum verhohlen mit juristischen Schwierigkeiten, faselte von «haltlosen, diffamierenden, möglicherweise sogar strafrechtlich relevanten Bemerkungen». Auch die Nazi-Keule nahm der Behördenchef routiniert zur Hand. Frust dürfe nicht in einer Weise formuliert werden, die «rassistisch anmutet». Der Sanitäter der Polizeiakademie kann sich nach einem Gespräch in der Behördenleitung übrigens nicht mehr an Gewaltvorfälle in der Polizeischule erinnern. «Er befand sich eindeutig in einer überforderten Situation», erklärte Pressesprecher Thomas Neuendorf. Polizeischülerin Sabrina widersprach: «Das, was geschrieben wurde, stimmt alles. Es ist teilweise sogar noch schlimmer. Die Zustände sind furchtbar, aber die kehren hier seit Jahren alles unter den Teppich.»

Manches deutet darauf hin, dass die Unterwanderung der Polizei durch kriminelle Orientalen von Politik und Polizeiführung mindestens billigend in Kauf genommen wurde. Grundlage des Zustroms

ist das 2010 erlassene Partizipations- und Integrationsgesetz. Demnach legt die Stadtregierung «Zielvorgaben zur Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund und Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung fest». An der Polizeischule soll der Migrantenanteil 30 Prozent betragen, Insider gehen jedoch von 50 Prozent aus. Im Zuge dieser Öffnung hätten sich die Probleme überhaupt erst entwickelt, heißt es in einem internen Papier einer Führungsbesprechung in der Akademie vom August.

Um die Multikulti-Vorgaben umzusetzen, wurden offenbar die Anforderungen an die Bewerber gesenkt. Nach Angaben des früheren Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin (SPD) muss die letzte Straftat eines Anwärters nun nicht mehr mindestens zehn, sondern lediglich fünf Jahre zurückliegen. Auch frühere Intensivtäter hätten somit ihren Platz in der Berliner Polizei gefunden. Mehr noch: «Als sich vor Jahren abzeichnete, dass in dieser Gruppe nur 30 bis 40 Prozent die Abschlussprüfungen bestehen würden, gab der damalige Polizeipräsident [und heutige Staatssekretär für Flüchtlingsfragen] Dieter Glietsch eine entsprechende Weisung. So bestehen jetzt durchweg an die 100 Prozent», schrieb Sarrazin 2014 in der *Weltwoche*. Diesen Verdacht kann selbst eine eilig veröffentlichte Erklärung der Polizei nicht ausräumen. «Das Auswahlverfahren wird seit Sommer 2010 in seiner derzeitigen Form durchgeführt und wurde zwischenzeitlich nicht verändert», heißt es dort. Übersetzt: Vor sieben Jahren wurden die Kriterien also durchaus modifiziert – exakt in jenem Zeitraum, in dem der damalige rot-rote Senat das Partizipations- und Integrationsgesetz erarbeitete.

Clan-Anwalt vertritt Polizei-Vize

Als Exekutorin der Politvorgaben innerhalb der Behörde fungiert die stellvertretende Polizeipräsidentin Margarete Koppers. Die als Grünen-nah geltende Juristin war 2011 Favoritin der SPD für die Behördenleitung, musste sich jedoch auf Druck der damals mitregierenden CDU mit dem Stellvertreterposten begnügen. Besonders pikant: Koppers «lässt sich strafrechtlich vertreten von einem Anwalt, welcher auch eine arabische Großfamilie vertritt», schreibt der oben zitierte LKA-Mann. Ein Vorwurf, den Koppers oder die Polizei bislang nicht dementierten.

Auch die Polizeiakademie fällt in Koppers Verantwortung. Eine umstrittene Strukturreform der früheren Landespolizeischule setzte sie gegen das Veto der Personalvertretung durch. Seit die Zahl der Schüler dort von 500 auf 1.200 pro Jahr erhöht wurde, soll in der Akademie das blanke Chaos herrschen. Praktika in unterbesetzten Dienststellen ersetzen zunehmend bewährte Lehrmethoden

und Unterricht etwa in Deutsch, Politik oder Verhaltenslehre. Eine tatsächliche Auswahl der Bewerber findet offenbar kaum noch statt. «Dass sich unter diesen vielleicht der eine oder andere wiederfindet, der es vor Jahren nicht geschafft hätte, liegt in der Natur der Sache», so Benjamin Jendro, Sprecher der Gewerkschaft der Polizei.

Die Polizeivizepräsidentin soll denselben Anwalt haben wie ein Araberclan.

Schon zuvor war Koppers nicht zuletzt mit Affären aufgefallen. Dass Berliner Polizisten beim Übungsschießen wegen defekter Belüftung giftigen Dämpfen ausgesetzt waren, soll ihr seit 2011 bekannt gewesen sein. Mittlerweile werden fünf Todesfälle mit den Schießständen in Verbindung gebracht, die Staatsanwaltschaft ermittelt «aufgrund individualisierter Strafanzeigen» gegen Glietsch und Koppers. 2013 soll die Vizepräsidentin nach Medienberichten das Zeugnis eines Referatsleiters nachträglich geändert haben, mutmaßlich, um eine ihr genehme Kandidatin für die Besetzung eines hochrangigen Postens zu bevorzugen. Ein rechtswidriger Eingriff, urteilte später das Bundesverwaltungsgericht. Geschadet haben der heute 56-Jährigen diese Affären nicht. Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) setzte die «beste Kandidatin» mittlerweile als künftige Generalstaatsanwältin der Hauptstadt durch. ■

Familien-Clans

Experten gehen derzeit von zwölf bis 20 Clans in der Hauptstadt aus. Gemeinsam sollen sie zwischen 8.500 und 9.000 Mitglieder haben. Die Strukturen der Familienbanden sind nach außen strikt abgeschottet. Zu überregionaler Bekanntheit brachte es vor allem der kurdisch-libanesisch Miri-Clan, der hauptsächlich in Bremen, jedoch auch in Berlin und Essen aktiv ist. Selbst zurückhaltende Schätzungen gehen von 45 Prozent Straftätern unter den Familienangehörigen aus. Neben der Miri-Sippe sind in der Hauptstadt etwa die Clans al-Zein, Remmo, Omeirat und die palästinensischen Abou-Chaker aktiv. «Wir sind schlimmer als die Familie Corleone im Kino, glaub mir das bitte», brüstete sich etwa ein Mitglied des al-Zein-Clans in einem seltenen Interview. Ein Teil der Sippen agiert auch in der Öffentlichkeit. Am bekanntesten ist dabei wohl Arafat Abou-Chaker, der als Geschäftspartner des Gangster-Rappers Bushido auftritt.

Klaus Kandt und Margarete Koppers am 8. November vor dem Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses. Foto: picture alliance / Paul Zinken/dpa



Atmosphäre der Angst

– Polizistin Manuela B. im Gespräch mit Martin Müller-Mertens

Die fortschreitende Unterwanderung der Polizei durch Gangster-Clans wird von der Behördenleitung geduldet. Und wenn Beamte Kritik daran äußern, werden sie von oben eingeschüchtert.



Angehörige des Al-Zein-Clans 2016 vor dem Berliner Landgericht. Deren Präsident Mahmoud gilt laut Presseberichten als Unterweltkönig der Hauptstadt. Foto: Screen-shot SpiegelTV

Orientalische Machos randalieren an der Polizeiakademie. Muslime verweigern dort den Schwimmunterricht, weil zuvor Frauen im Becken waren. Solche Vorwürfe wurden jüngst anonym aus den Reihen der Berliner Polizei erhoben. Was ist dran?

Über diese Zustände wurde innerhalb der Polizei schon länger gesprochen, und ich habe nur darauf gewartet, dass die Bombe irgendwann platzt. Mir hat ein Schüler selbst berichtet, dass bei ihm in der Klasse fünf Personen sind, die Deutsch weder sprechen, noch lesen, noch schreiben können. Da frage ich mich: Wie kommen die in die Polizeischule rein? So etwas muss man im Einstellungstest doch feststellen. Oder gibt es eine interne Flüchtlingsquote?

Ein weiterer Vorwurf ist, dass Angehörige krimineller Familien-Clans in die Polizei einsickern.

Ich habe gehört, dass sich jemand aus einem Familienclan, ich glaube Abou-Chaker, in die Behörde ein-

geklagt hat, nachdem er drei Mal abgelehnt wurde. Dann findet man im Internet Bilder von Polizisten, die Mitglieder des Miri-Clans und vom El-Zein-Clan sind, allerdings in Nordrhein-Westfalen.

Anfang November lud die Pressestelle der Polizei Journalisten in eine Klasse der Akademie. Dort wurden sämtliche Vorwürfe bestritten. Nach Angaben der Zeitung BZ wirkten die präsentierten Schüler «gehemmt, ihre Antworten auf die Fragen der Reporter vorgefertigt». Es ist interessant, dass diese Klasse bis heute [Stand: 8. November] frei hat. Wahrscheinlich hat man Angst, dass die Journalisten die Schüler vor der Tür abfangen.

Abou-Chaker in Uniform

Die Polizeiführung sagt, nicht alle Angehörigen solcher Clans seien kriminell.

Natürlich darf man Menschen nicht in Sippenhaft nehmen. Aber bevor ich jemanden aus der Abou-Chaker-Familie einstelle, muss ich zumindest prüfen, ob der Kontakt zur Familie noch besteht. Es geht um die innere Einstellung, wir müssen unser Grundgesetz schützen. Darauf leisten wir einen Eid. Wobei ich es für gefährlich halte, Muslime einzustellen, denn Scharia und Grundgesetz schließen sich gegenseitig aus.

«Scharia und Grundgesetz schließen sich gegenseitig aus.»

Sollte die Polizei grundsätzlich keine Muslime einstellen – oder muss man da nicht unterscheiden?

Doch, natürlich. Ich bin in den 1990er Jahren auch mit türkischen Kollegen an die Polizeischule gegangen. Aber für die war die Religion nicht sonderlich wichtig. Damals wurde der Islam auch noch nicht so hofiert. Heute ist es anders, und ich sehe konkrete Gefahren. Nehmen wir an, zwei muslimische Polizisten kommen wegen häuslicher Gewalt, weil Ali die Aische verknopft hat. Was passiert dann? Sagen die: Keine Straftat feststellbar?

Sehr fähig sind dagegen Frauen mit Migrationshintergrund. Die sind richtig taff. Wahrscheinlich, weil sie sich aus den Fesseln des Islam und ihrer Familien befreit haben, denn sonst wären sie ja nicht zur Polizei gegangen.

Manuela B. arbeitet seit Mitte der 1990er Jahre bei der Berliner Polizei. Das Interview gab sie COMPACT anonym. Ihre tatsächliche Identität ist der Redaktion bekannt.

Werden einfach die falschen Leute eingestellt, weil es zu wenig Bewerber gibt? Oder ist das Teil eines politisch gewollten Multikulti-Umbaus der Polizei?

Ich will es mal so sagen: Eine Kollegin, auch mit Migrationshintergrund, wollte ins Beamtenverhältnis wechseln. Die wurde aber nicht übernommen, weil sie beim Stufenbarren den Holm gestreift hat. Dann höre ich aber, dass Leute eingestellt werden, die kein Deutsch können, die keine Umgangsformen haben, die ihre Mitschüler nicht achten. Da passt doch etwas nicht zusammen.

«Geprobt werden jetzt immer öfter Amoklagen.»

Die Polizeischüler von heute sind die Polizisten von morgen. Spürt man bereits Veränderungen in der Truppe?

Bisher noch nicht. Aber ich habe einen Kollegen und Freund mit Migrationshintergrund. Der sagt: Was jetzt kommt, kannst Du Dir nicht vorstellen. Mir ist der Fall eines muslimischen Polizisten bekannt, der gerade ausgebildet wurde. Er hat angekündigt, nicht mit einer Frau Streife fahren zu wollen.

Das hat er offen angekündigt?

Soweit ich es gehört habe, ja. Die Behörde geht dann immer den Weg des geringsten Widerstands. Und bei Widerspruch gibt es Rassismussvorwürfe. Wenn die Lehrer auf der Schule etwas sagen, werden sie strafversetzt. So wie der Sanitäter, der die Zustände an der Polizeischule öffentlich gemacht hat, der ist jetzt weg.

Herrscht eine Atmosphäre der Angst, Missstände öffentlich auszusprechen?

Ja. In Berlin wird schlecht bezahlt, Beförderungen sind sehr rar. Wenn man dann befördert werden könnte, hat man natürlich Angst, in Misskredit zu geraten und vielleicht sogar strafversetzt zu werden.

Außer diesen beruflichen Sorgen: Gibt es auch regelrechte Drohungen?

Die gibt es, zum Beispiel in der Polizeischule. Ein Lehrer hat dort Schüler darauf hingewiesen, dass sie im Dienst die Amtssprache Deutsch und nicht Arabisch verwenden sollen. Danach wurde er zum Lehrgangsleiter zitiert und zusammengefasst. Nur weil der Mann selbst einen Migrationshintergrund hatte, konnte man ihm keinen Rassismus unterstellen. Dann gab es nach den Enthüllungen dieses Sanitäters auch eine interne Mail von Polizeipräsident Klaus Kant, wonach die Vorwürfe vielleicht doch rassistisch motiviert seien. Jetzt traut sich keiner mehr, den Mund aufzumachen.

Freiraum für Kriminelle

Wie hat sich die Arbeit der Polizei mit dem steigenden Ausländeranteil Berlins verändert? Ist es rauer geworden?

In den Brennpunkten natürlich. Etwa am Alexanderplatz, auch an den Bahnhöfen. In den Außenbezirken ist es noch nicht spürbar. Aber Berlin gibt auch Raum preis, um zu deeskalieren. Etwa bei den Dealern im Görlitzer Park. Die frühere Drogenszene am Breitscheidplatz wurde rigoros bekämpft. Dafür gab es eine extra Dienststelle. Die rot-rote Regierung ab 2001 hat diese Dienststelle dann eingestampft. Genauso ist es bei der linken Szene. In der Rigaer Straße [wo Linksradike Häuser besetzt halten] dürfen Kollegen keine Strafbzettel mehr schreiben. Man fährt dann da auch selbst nicht mehr rein. Unser Schießtraining hat sich auch verändert. Geprobt werden jetzt immer öfter Amoklagen.

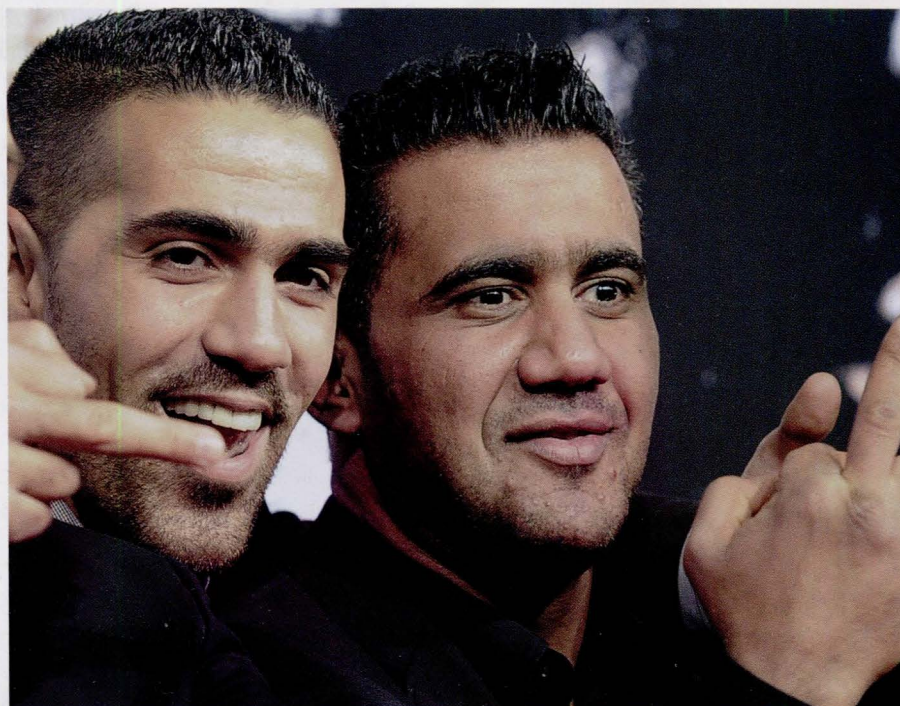
Heißt «Raum preisgeben», dass sich die Polizei aus Teilen der Stadt zurückzieht?

Im Zentrum wird ausgebaut, aber gleichzeitig an der Peripherie ausgedünnt. Sagen wir, es gab bislang zwei Dienststellen mit jeweils 100 Planstellen, aber tatsächlich nur 70 Leuten. Die werden zusammengeschlossen, und plötzlich sind es sogar über 100 Leute. Die Überzähligen machen dann gerne Verkehrskontrollen, um Statistiken zu füllen. Da fällt mir übrigens noch eine andere Geschichte ein: Wir hatten spezialisierte Teams für die Kontrolle von Fahrern unter Drogeneinfluss aufgebaut. Erst fanden sie 400 Fälle im Jahr, dann immer mehr. Irgendwann wurden dann keine Tests mehr ausgeliefert und die Teams aufgelöst, damit es nicht heißt, Berlin sei eine Drogenstadt. ■

«Disziplinlosigkeiten»

Nach den Enthüllungen über die Berliner Polizeiakademie hat die Pressestelle der Behörde die Vorwürfe zurückgewiesen. Zugleich gesteht der Text zumindest zwischen den Zeilen Unzulänglichkeiten ein. So heißt es: «Unsere Polizeischülerinnen und -schüler sind zum größten Teil ohne Fehl und Tadel. Und doch gibt es auch Disziplinlosigkeiten. Die Auszubildenden der Polizei Berlin erscheinen mit einer Vorprägung, einer Vorsozialisation, die nicht immer abgeschlossen ist und einer Abrundung oder gar einiger «Orientierungsleitplanken» bedarf. Hier setzt die Polizei Berlin als Ausbildungsbehörde an. Die verschiedenen kulturellen Hintergründe unseres Nachwuchses bergen mitunter ebenfalls Herausforderungen. Der Blick aus der Polizei heraus zeigt, dass der Umgang mit Vielfalt kein Phänomen der Polizei allein ist.»
Quelle: berlin.de/polizei

Bushido (links) im Februar 2010 mit Arafat Abou-Chaker. Beide Männer sollen sich gegenseitig Generalvollmachten über ihr Vermögen ausgestellt haben. Foto: picture alliance / dpa



«Europäische Richter fesseln unsere Justiz»

— Roman Reusch im Gespräch mit Jürgen Elsässer

Haben die Araber-Clans neben der Polizei auch unsere Gerichte unterwandert? Oder wie erklärt sich sonst der Kuschelkurs gegenüber Migranten und Asylkriminellen? Keiner könnte diese Fragen besser beantworten als unser Gesprächspartner, der sich als Oberstaatsanwalt in Berlin jahrelang um Intensivtäter kümmerte.

Der linke Flügel der SPD machte Druck auf Reuschs Entlassung.

*Regelmäßig stürmen wie hier im Februar 2017 Afrikaner die Grenzanlagen der spanischen Exklaven Ceuta und Melilla. Beide Städte gehören zur Europäischen Union.
Foto: picture alliance/AP Photo*

Herr Reusch, Sie wurden Ende 2015 bei der Generalstaatsanwaltschaft Berlin zum Leiter der Abteilung «Internationale Rechtshilfe/Auslieferung, Einlieferung» befördert. Prompt kritisierte die Vereinigung Berliner Strafverteidiger, da sei der Bock zum Gärtner gemacht worden. Wie hat es ein Jurist mit AfD-Partei-buch im linken Berlin so weit bringen können?
Da hatte ich großes Glück. Ich verdanke die Ernennung dem Generalstaatsanwalt Ralf Rother. Im Berliner Politiklängel hatte man zu die sem Zeitpunkt noch nicht mitbekommen, dass ich bereits zwei Jahre zuvor der AfD beigetreten war, weil das in Brandenburg geschah – und für die Berliner ist Brandenburg so weit weg wie der Mond.

Anfang 2008 wurden Sie ja noch aus einer wichtigen Position entfernt.
Damals hatte ich als Oberstaatsanwalt die sogenannte Intensivtäter-Abteilung geleitet. Ich wurde versetzt, nachdem die *Bild*-Zeitung auf zwei Titelseiten meine bereits veröffentlichten Thesen zur steigenden Gefahr durch ausländische Gewaltverbre-

cher wiedergegeben hatte, übrigens ohne mein Wissen. Dann machte – wie mir zugetragen wurde – der linke Flügel der SPD, die damals mit Klaus Wowereit den Regierenden Bürgermeister stellte, Druck auf meine Entlassung.

Araber als Intensivstraftäter

Warum hatten Sie sich damals den Zorn des Multikulti-Establishments zugezogen?

Weil ich öffentlich darüber sprach, dass bei Intensivstraftätern Migranten weit überrepräsentiert sind. Etwa 70–80 Prozent der Taten gingen auf ihr Konto, Bio-Deutsche machten nur etwa 20 Prozent aus. Wo bei bei den Migranten Araber mit etwa 45 Prozent die Mehrheit ausmachten, Türken etwa ein Drittel. Man kann aber auch nicht von «den Türken» sprechen: Ale viten zum Beispiel sind in Deutschland gut integriert.

Wie haben Sie das eigentlich ermittelt? In der Polizeistatistik wurde doch schon damals der ethnische Hintergrund von Straftätern zensiert, oder?

Je nach politischer Großwetterlage mal ja, mal nein. Aber unsere Untersuchung fußte auf den Fallakten: So konnten wir für jeden Verdächtigen den familiären und damit den ethnischen Hintergrund eindeutig bestimmen.

Die Richterin Kirsten Heisig hat das Problem ähnlich gesehen, sie starb 2010.

Ich kannte sie. Ihre Vorschläge gingen in die richtige Richtung: Hätte man Richter dezentral auf Polizeiabschnitten, könnten Festgenommene direkt abgeurteilt werden. Alles scheiterte aber an der Personalknappheit, die übrigens der ansonsten in der AfD hochgeschätzte Thilo Sarrazin mitzuverantworten hat. Als Finanzsenator war seine Devise: Sparen, bis es quietscht. Nach meinen Informationen gibt es seit Jahren in ganz Berlin nachts nur eine Eingreifreserve von 60 Polizisten. Braucht man mehr Beamte, muss man die aus den Betten holen und hoffen, dass sie da sind. Und diese 60 sind absorbiert durch Routineeinsätze, die es auch ohne besondere Gefährdungslagen gibt.

Sind Sie in der Berliner Justiz der letzte Mohikaner, der gegen die Multikulti-Seligkeit den Rechtsstaat verteidigt?

Da ich jetzt in den Bundestag gewählt wurde, ruht meine Funktion als Leitender Oberstaatsanwalt.



Aber ich muss mich vor meine Berufskollegen stellen: Die übergroße Mehrheit der Richter und Staatsanwälte leistet einwandfreie Arbeit. Ich würde sogar sagen, die Justiz ist in Deutschland die letzte Bastion, die das Land davor bewahrt, in eine Quasi-Diktatur abzugleiten.

Das müssen Sie erklären.

In Politik und Medien werden mit der Political Correctness Andersdenkende eingeschüchtert. Unserer Partei will man das Wasser abgraben, die uns von Rechts wegen zustehenden staatlichen Räumlichkeiten werden uns oft nicht bewilligt. Wenn wir dann dagegen klagen, wird dem regelmäßig nach Recht und Gesetz stattgegeben, und zwar von den Verwaltungsgerichten, wo die Kollegen oft Richtung Rot-Grün tendieren.

Die Diktate der Europa-Richter

Aber wie passt Ihr Lob für Richter und Staatsanwälte zu der Tatsache, dass etwa straffällig gewordene Asylanten so selten hinter Gittern landen und noch seltener abgeschoben werden?

Ein Grund liegt in den Rahmenbedingungen. Die Justiz ist strukturell überfordert. Unsere Strafprozessordnung stammt noch aus dem 19. Jahrhundert. Da kam vielleicht einmal pro Woche eine Akte auf den Tisch, alles konnte sorgfältig geprüft werden. Jetzt werden wir überschwemmt mit Strafdelikten, zu einer sorgfältigen Begutachtung bleibt keine Zeit. In der Folge muss man sich die Arbeit einigermaßen vom Hals schaffen, indem man «Deals» abschließt oder Verfahren von geringerer Bedeutung gleich ganz einstellt.

«Die Justiz ist die letzte Bastion, die das Land davor bewahrt, in eine Quasi-Diktatur abzugleiten.»

Ein Hauptproblem für die deutsche Justiz sind aber die Diktate des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, kurz EGMR. Dessen Rechtsprechung hat die Genfer Flüchtlingskonvention zum Teil ausgehebelt. Letztere sieht beispielsweise vor, dass im Falle schwerer Straftaten auch in Herkunftsländern abgeschoben werden kann, in denen der Abgeschobene gefährdet ist – ganz einfach deswegen, weil er durch sein verbrecherisches Tun das Gastrecht verwirkt hat. Im Gegensatz dazu hat der EGMR festgelegt, dass nicht dahin abgeschoben werden darf, wo «menschenunwürdige Bedingungen» herrschen. Dieser Begriff aber ist dehnbar und wird immer weiter ausgedehnt. Mittlerweile ist für den



Die Grenze in Melilla, wie auch in Ceuta, ist mit drei bis zu sechs Meter hohen Zäunen sowie Bewegungsmeldern, Nachtsichtgeräten und Kameras gesichert. Mit dem Bau wurde bereits in den 1990er Jahren begonnen. Foto: picture alliance / dpa

EGMR schon «menschenunwürdig», wenn eine Zelle von 12 Quadratmetern nicht nur von drei, sondern von vier Häftlingen belegt ist. Die Folge: Deutschland kann in bestimmte osteuropäische Staaten Kriminelle nicht mehr ohne Weiteres zurückführen, nach Nahost oder Afrika fast gar nicht.

Ein aktuelles Beispiel: Spanien hat zwei Afrikaner, die illegal in seine nordafrikanischen Besitzungen Ceuta oder Melilla eingedrungen waren, kurzerhand wieder hinter den Grenzzaun zurückgesetzt. Die beiden haben beim EGMR dagegen geklagt und Recht bekommen. Jetzt muss Madrid jedem eine Entschädigung in Höhe von 5.000 Euro zahlen.

Vor einigen Jahren wurde aber immerhin der Intensivstraftäter Mehmet von Bayern in die Türkei zurückgeschickt.

Ja, aber nicht auf Dauer. Der kam zurück! Überhaupt sind Türken hierzulande privilegiert, weil der Europäische Gerichtshof, kurz EuGH, den Beschluss Nr. 1/80 des Assoziationsrates EWG-Türkei neu interpretiert hat. Dieser sah vor, dass ein türkischer Gastarbeiter auch dann, wenn er seinen Job verliert, nicht in seine Heimat zurück muss. Der EuGH hat daraus einen Ausweisungsschutz sogar für die straffälligen Kinder und Enkel der damaligen Gastarbeiter gemacht.

Mit dem EGMR und dem EuGH maßen sich demokratisch kaum autorisierte Instanzen Befehlsgewalt über den demokratisch legitimierten deutschen Gesetzgeber an. Das ist ein Irrsinn, der sofort beendet werden muss. ■

Die Drohung der Araber-Clans

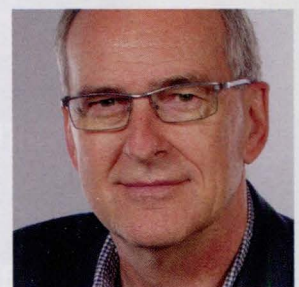


«Die Schilderungen, die ein Kripobeamter im Untersuchungsausschuss zur Kölner Silvesternacht gemacht hat, legen auf erschreckende Weise offen, wie stark kriminelle Clan-Strukturen in Deutschland inzwischen geworden sind.

Ralf Feldmann, Kriminalhauptkommissar in Gelsenkirchen, berichtete dem Ausschuss nun über ein Gespräch mit drei Vertretern der kurdisch-libanesischen Community, (...). Irgendwann sei die Atmosphäre des Gesprächs, bei dem es um Konflikte mit «renitentem Nachwuchs» gegangen sei, immer angespannter gewesen.

Schließlich habe Feldmann zu hören bekommen: «Die Polizei würde den Kampf mit uns nicht gewinnen, weil wir zu viele sind. Das würde auch für ganz Gelsenkirchen gelten, wenn wir wollten.» (Focus Online, 15.12.2016)

Der Kölner Hauptbahnhof wurde nach der Silvesternacht 2015 zum Symbol des Migrantenterrors. Foto: Screenshot Youtube



Roman Reusch. Foto: Privat

Roman Johannes Reusch, 61, ist seit 1986 Staatsanwalt in Berlin, derzeit Abteilungsleiter bei der Generalstaatsanwaltschaft. Sein Amt ruht mit dem Einzug in den Bundestag auf der Liste der AfD-Brandenburg. Er ist seit 2013 Mitglied der AfD.

Das Ende des Schau-Prozesses

Die Fakten zum Skandal. Jetzt lesen!

COMPACT Edition 

 MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

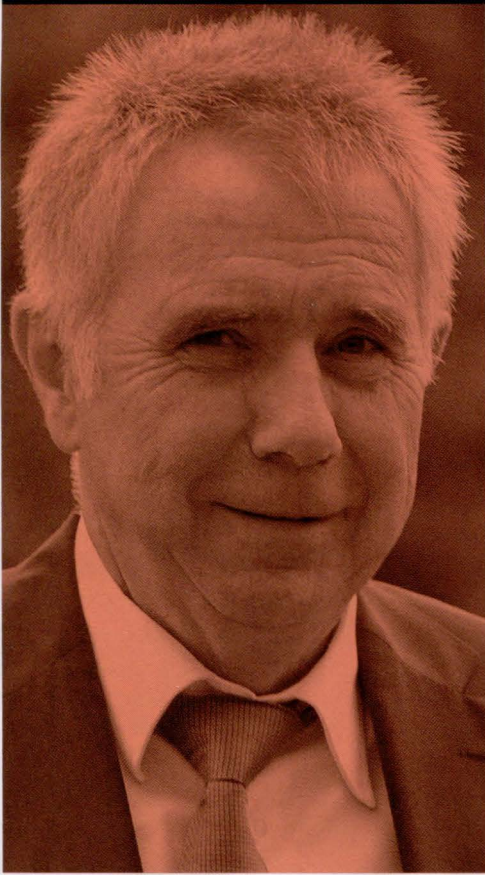
Ausgabe Nr 5 | Oktober 2017 | 8,80 EUR (D) - compact-online.de



**Jetzt am
guten Kiosk!**

Skandal: 120 Jahre Akten Sperre! Lesen Sie hier Originaldokumente
der NSU-Ausschüsse des Bundestages und der Landtage

Bestellung unter shop@compact-mail.de oder 03327-5698611, per FAX 03327-5698617
Im Webshop: compact-shop.de



Sozis, Nazis & Mafiosi

von Jürgen Elsässer

War der sogenannte NSU gar keine «nationalsozialistische» Untergrundgruppe, sondern eine Killerabteilung der Organisierten Kriminalität, die ihrerseits von der Politik gedeckt wurde? Die These klingt komplett verrückt, wird aber von einem hochrangigen Ermittler der Thüringer Polizei mit Fakten gestützt.

Thomas Dienel gehörte Anfang der 1990er Jahre zu den abstoßendsten Typen der Naziszene in den neuen Bundesländern. In einer *Spiegel-TV*-Dokumentation sieht man ihn mit hassverzerrtem Gesicht vor Anhängern herumschreien: «In Auschwitz wurde niemand umgebracht. Leider wurde niemand umgebracht!» Das war 1991 – das Jahr, in dem Dienel aus der NPD austrat und seinen eigenen Konkurrenzverein, die Deutsch-Nationale Partei, ins Leben rief. Am Ende dieses Kampfbahres hatte das Bleichgesicht einen neuen Job: Er wurde vom Thüringer Verfassungsschutz als V-Mann (Deckname: «Küche») unter Vertrag genommen. Zusammen mit einem anderen V-Mann, Tino Brandt, gehörte er zu den Strippenziehern des Thüringer Heimatschutzes, der alle rechtsradikalen Kameradschaften im Freistaat zusammenfasste und dem auch Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos angehörten.

Gesucht: ein Auftragskiller

Dieser Nazi stand – in Abwesenheit – im Mittelpunkt der Sitzungen des NSU-Untersuchungsausschusses im Thüringer Landtag im Mai und Juni dieses Jahres. Zur Aussage geladen waren zwei

hochrangige Ermittler: Uwe Friedrichs, heute Erster Kriminalhauptkommissar im LKA, und Andreas Gerstberger von der Landespolizeidirektion Erfurt. Beide leiteten Anfang der 1990 das Sonderdezernat 65 («Organisierte Kriminalität») im LKA. Es ging unter anderem um große Mengen Falschgeld, die in Israel hergestellt und über die Niederlande eingeführt worden waren, um schwere Waffen aus Beständen der abziehenden russischen Armee, um Sprengstoff aus dem Tagebau, um Rotlichtkriminalität. Alte Bekannte aus diesen Ermittlungsfällen begegneten den beiden Beamten wieder, als besagter Thomas Dienel berichtetet, so Gerstberger vor dem Ausschuss, «dass ein Geschäftsmann aus Kromsdorf von ihm verlangt hat, einen Auftragsmord auszuführen an seiner Frau». Holla – ein Nazi mit Mordauftrag – aber nicht um die NS-Ideologie umzusetzen, sondern um ein verbrecherisches Privatinteresse zu befriedigen?

Im Juni 2001 suchten Gerstberger und ein Kollege Dienel in seiner Wohnung auf, um ihn in einer anderen Angelegenheit zu vernehmen. Was sie dann zu hören bekamen, ist ungeheuerlich. «Herr Dienel sagte, dass er nicht mehr zur Sache aussa-

Eine illustre Runde: SPD-Minister Richard Dewes, Nazi-Führer Thomas Dienel und Polizeidirektor Michael Menzel (v.l.n.r.).

Fotos: picture alliance / dpa; Screenshot MDR

Ein Vorgesetzter gab dem Beamten Anweisung, das Protokoll zu vernichten.



Wer hat die Längste? V-Mann Tino Brandt (links) mit Gesinnungsgenossen während eines Besuchs in Südafrika, vermutlich 1999.

Foto: Privat

gen will. Der Grund dafür sei, dass er gestern durch Personen aus dem rechten Spektrum bedroht wurde. Eine dieser Personen kennt er namentlich und ist der Meinung, dass diese durch den Verfassungsschutz geführt wird. (...) Er sei durch die Person aufgefordert worden, seine Schnauze über die Sache mit dem Verfassungsschutz und Herrn Dewes zu halten.» Im Klartext: Ein Nazi und V-Mann wurde durch einen anderen Nazi und V-Mann bedroht, damit er keine Interna ausplaudert – aber nicht etwa Interna aus der Nazi-Szene, sondern über den Inlandsgeheimdienst und den damaligen Thüringer Innenminister, Richard Dewes von der SPD.

Ein glaubwürdiger Zeuge

Beide Aussagen, die Sache mit dem Auftragskiller und Dienels Bedrohung durch V-Leute im zumindest indirekten Interesse eines SPD-Politikers, klingen abenteuerlich – als ob sich der Nazi damals etwas ausgedacht hätte. Aber Gerstberger sagte auf Nachfrage im NSU-Ausschuss, dass sie Dienel an diesem Punkt für vollständig glaubwürdig hielten – zu «hundert Prozent». Zum einen wurde der «Geschäftsmann», der seine Frau um die Ecke bringen wollte, später tatsächlich deswegen verurteilt. Und was die Bedrohung angeht, urteilte der Beamte über Dienel: «Ja, ich kenne den. Wir haben den vorher dagehabt, (...) als Schwätzer und als alles – wie auch immer – können Sie ihn einordnen, und er erzählt viel, wenn der Tag lang ist (...). Aber Sie können mir glauben, wenn jemand wirklich Angst hat, das sieht man, und das hat man gesehen.»

Die Beamten schrieben über den Vorgang ein Protokoll und schickten es an die übergeordnete Dienststelle. «Dann hat man erst mal kurzzeitig durchge-

dreht in der Polizeiführung», berichtete Gerstberger vor dem Ausschuss. Anstatt eine Ermittlung gegen die Kreise einzuleiten, die Dienel bedroht hatten, hetzten ihm die Vorgesetzten einen ihrer schärfsten Aufpasser auf den Hals, einen gewissen Michael Menzel. Dieser zwang ihn, das Protokoll zu vernichten und sogar, in seinem Beisein, aus dem Computer zu löschen.

Die Jahre gingen ins Land, in Thüringen wechselten die Regierungen, es wuchs Gras über die Sache. Bis zum 4. November 2011, als Böhnhardt und Mundlos in ihrem Wohnmobil tot aufgefunden wurden und die Medien plötzlich von einer Organisation berichteten, die vorher gänzlich unbekannt war: dem Nationalsozialistischen Untergrund. Dass die beiden Uwes «erweiterten Selbstmord» begangen hätten und dass in ihrem Caravan die Dienstwaffe der 2007 ermordeten Streifenbeamtin Michèle Kiewewetter gefunden worden sei, stellte kein anderer als Polizeidirektor Michael Menzel fest – der Protokollvernichter aus dem Jahr 2001. Als Einsatzleiter am Tatort beschlagnahmte er die Filme der Feuerwehr – die hatte nämlich keine Pistole gesehen.

Gerstberger hatte ein Déjà-vu: «Als die Ermittlungen aufgenommen worden sind – NSU –, habe ich zu den Ermittlern im Bundeskriminalamt gesagt (...): In der jetzigen Situation – wo sicher war, dass Leute aus der rechten Szene Auftragsmorde ausgeführt haben – sollte man dieses Protokoll, das wir damals [2001] geschrieben haben, neu bewerten (...).» Der Beamte zählte eins und eins zusammen: Die als V-Leute beschäftigten Nazis, die Dienel 2001 Todesangst eingejagt hatten, stammten aus Jena – wie auch Böhnhardt und Mundlos. «Ich habe mir gesagt, wenn damals der Vorsitzende von

«...sicher war, dass Leute aus der rechten Szene Auftragsmorde ausgeführt haben...»

Gerstberger

einer rechtsradikalen Partei von einem Geschäftsmann einen Auftrag kriegt, (...) seine Frau umzulegen, dass man dann doch mal prüfen muss, ob das schon damals mit der Gruppe [NSU] zusammenhing (...).» Logisch: Wenn damals mit Dienel ein Nazi als Auftragsmörder in Frage kam, warum nicht auch seine Kumpels Böhnhardt und Mundlos?

Über diese sensationellen Aussagen verhängten die etablierten Medien ein Schweigegelembüde. Reporter überregionaler Zeitungen sieht man im Freistaat ohnedies selten. Die *Thüringer Allgemeine* und der MDR griffen zwar auf, was Friedrichs und Gerstberger über die Vorgänge im Ausschuss erzählten – aber erwähnten mit keinem Wort die von Letzterem gezogene Verbindung zum NSU.

Der rote Sumpf

Die Reaktion nach Gerstbergers NSU-Tipp 2011 kam prompt: Der Beamte wurde versetzt – wie auch seine Lebensgefährtin, die ebenfalls bei der Polizei arbeitete. «Das Protokoll [von 2001] ist in der Folge Gegenstand mehrerer Beratungen gewesen, auch im Jahre 2012 und 13 in der Polizeidirektion, weil man (...) versucht hat, mir aufzuzeigen, wo meine Grenzen sind.» Gerstberger sieht die letzten 20 Jahre in einer Kontinuität – immer sei er blockiert worden, wenn er bestimmten OK-Strukturen zu nahe kam. «Das waren immer die gleichen Leute, die mich weggeschossen haben. (...) Bis jetzt.» Das heißt: Hier geht es nicht nur um Geschichten aus der Vergangenheit – die Vertuscher sitzen immer noch an den Schalthebeln der Macht! Michael Menzel zum Beispiel war unter Innenminister Dewes 2001 Polizeioffizier und ist heute Polizeidirektor unter dessen Parteigenossen Georg Maier.

Die SPD, deren «Kampf gegen rechts» im Schlepptau von Linkspartei und Grünen immer hirnlöser wird, hat offensichtlich selbst ein Nazi-Problem. Gerstberger hat folgende Aussage Dienels notiert: «Seit Sommer 1996 ist er mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Heiko Gentzel des Thüringer Landtages gut bekannt. Dies geschah im amerikanischen Steakhaus in Erfurt, Nähe Schillerstraße. Dort soll sich an einem Abend Herr Gentzel mit weiteren SPD-Fraktionsmitgliedern aufgehalten und gefeiert haben. (...) Nach Angabendes Dienel will dieser dann zum Tisch des Herrn Gentzel gegangen sein und brachte dort zum Ausdruck, dass er ein Nazi sei, worauf ihm gesagt wurde, dass er dies nicht so ernst nehmen soll. Danach habe man gemeinsam gefeiert. In den Folgejahren soll es dann zu weiteren Treffen zwischen dem Dienel und dem Gentzel gekommen sein.» So habe der Nazi auch erfahren, dass Tino Brandt – Chef des neonazistischen Thüringer Heimatschutzes und Kontaktmann zu den untergetauchten Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt – V-Mann sei, dass ein Abteilungsleiter

des Verfassungsschutzes SPD-Minister Dewes über Interna informiere, und er wusste vorab über prominente Rücktritte in der Behörde Bescheid. Ende 1997 wurden sogar zwei Computer mit Geheimdienstdaten aus dem Innenministerium entwendet – ein Coup, der ebenfalls Dienel zugeschrieben wird.

Gentzel wies die Vorwürfe im Sommer 2017 auf MDR-Anfrage zunächst als «Unsinn» zurück. Später räumte er gegenüber DPA doch Kontakt zu Dienel ein, aber nicht bis zum Jahr 2000, wie dieser behauptet, sondern nur den einen erwähnten Treff in dem Steakhaus. Wenn das alles war: Warum wurde, Jahre später!, nicht nur Dienel massiv bedroht, sondern auch Gerstbergers Protokoll über seine Aussage auf Druck der damals von SPD-Minister Dewes geführten Polizeispitze vernichtet? Warum wird der Beamte bis zum heutigen Tag eingeschüchtert?

«Das waren immer die gleichen Leute, die mich weggeschossen haben.»
Gerstberger

Die entscheidende Frage ist aber: Wer steckt hinter dem rechten Rollkommando aus Jena, das Dienel von Aussagen abhalten wollte? Rekrutierte es sich aus den Jenensern Böhnhardt und Mundlos oder ihrem Umfeld? Haben Gangsterkreise Nazis als Auftragskiller benutzt – Gangsterkreise, die von der Politik geschützt wurden?

Um der Wahrheit näherzukommen, müsste nun endlich Dienel selbst vor den NSU-Ausschuss geladen werden. Doch die Blockparteien verweigern dies, man wolle dem Nazi kein Forum bieten... Da stinkt etwas gewaltig. ■



Thüringer Polizistensterben

Im Juni 2001 sagte Thomas Dienel – Nazi, V-Mann und Kontaktperson des SPD-Fraktionsvorsitzenden Heiko Gentzel – über ein Rollkommando rechter V-Leute aus. Wenig später sollen gleich drei Spitzenbeamte, die mit der Fahndung nach den untergetauchten Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe zu tun hatten, Suizid begangen haben.

August 2001: Kriminalkommissar Friese leitete die Abhörtechnik des LKA und war in dieser Funktion mit der Telefonüberwachung auch der rechtsradikalen Szene betraut. Er wurde erschossen in der Toilette seiner Behörde aufgefunden.

Ebenfalls August 2001: Achim Koch war Leiter der Einsatzgruppe ZEX gewesen, die gegen rechts ermittelte. Er hingte sich im Keller seines Hauses auf, an einer Hundeleine. «Für mein Dafürhalten ist das aufgrund der Tatsache, dass er in dieser besonderen Position war, Leiter dieser EG ZEX, (...) irgendwie ein Zeichen, was dieser Mensch setzt», sagte sein LKA-Kollege Mario Melzervor dem Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss. Kochs Abschiedsbrief wurde unter Verschluss genommen.

Völlig unerwartet verstarb Ende Mai 2002 der erst 58-jährige Polizeiabteilungsleiter Klaus-Jürgen Reimer, angeblich an Herzversagen. Er hatte im Juli 2000 darauf gedrängt, dass neben dem Landesamt für Verfassungsschutz auch die Polizei «selbständige, alleinige Info-Beschaffung» betreiben solle – ein Hinweis auf den Aufbau eigener V-Leute in der Szene. Ex-Innenminister Willibald Böck (CDU) orakelte, Reimer «sei nicht von ungefähr in dieser Nacht gestorben». (*Focus*, 22/2002)

(Mehr zum mysteriösen Zeugensterben in der NSU-Affäre können Sie in COMPACT-Edition Nr. 5 *NSU: Die Geheimakten* lesen. Bestellung über compact-shop.de)

Spurensuche nach dem Mord an Michèle Kiesewetter 2007 in Heilbronn. Foto: picture alliance / dpa

V-Mann im Zwielficht

— von Marc Dassen

Anis Amri steuerte kurz vor Weihnachten 2016 einen LKW in den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz und tötete zwölf Menschen. Jetzt erwecken neue Ermittlungen einen unheimlichen Verdacht: Hatte der Terrorist einen muslimischen Komplizen beim Verfassungsschutz?



Diesen Schwerlastler steuerte Anis Amri am 20.12.2016 in den Weihnachtsmarkt auf dem Berliner Breitscheidplatz. Foto: picture alliance / Michael Kappeler/dpa

Es hätte niemals so weit kommen müssen. Das geben sogar die Politiker zu. Den Toten und ihren Angehörigen hilft das freilich nichts mehr. Unzählige Gelegenheiten, den längst auf dem Schirm der Dienste befindlichen Amri zu verhaften und abzuschieben, ließ man ungenutzt verstreichen. Ob das Massaker tatsächlich nur auf Pleiten, Pech und Pannen im Sicherheitsapparat zurückzuführen ist, wie die Verantwortlichen betonen, darf aber bezweifelt werden.

Nach neuesten Erkenntnissen könnte ein V-Mann namens Murat, eingeschleust als Spitzel des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamtes (LKA), die wichtigen Weichen gestellt haben. Die

Frankfurter Allgemeine Zeitung stellt am 27. Oktober 2017 die entscheidenden Fragen: «Hat der V-Mann Murat den Attentäter vom Breitscheidplatz womöglich zu seiner Tat angestachelt? Gab es im Fall Anis Amri also einen Agent Provocateur? War der Staat gar an Amris Radikalisierung beteiligt?» Gedanken in diese Richtung machten erstmals die Runde, als bekannt wurde, dass Murat den Umzug des späteren Attentäters von Dortmund nach Berlin organisierte, ihn Ende Februar 2016 sogar persönlich mit seinem Auto kutscherte. Auf der langen Fahrt plauderte Amri aus dem Nähkästchen, drohte zum wiederholten Male mit Anschlägen und versprach sogar, Sprengstoffgürtel zu besorgen. Vertrauensvoll sagte er zu Murat: «Hab Geduld.» Ob das den Schluss zulässt, dass Murat nicht der stille Zuhörer, sondern der nervöse Antreiber des jungen Fanatikers war?

Versagen oder Verschwörung?

Kennengelernt hatten sich Amri und der türkische Polizeispitzel im Hinterzimmer eines Duisburger Reisebüros, wo sich ein gewisser Hasan C. als Chef einer IS-Zelle betätigte und junge Menschen «formte». Einer von ihnen war Anis Amri. Informant Murat berichtete seinem Dienstherrn schon bald von Amris glühendem Eifer. Der junge Tunezier wolle, beeindruckt vom Terroranschlag des IS in Paris mit rund 130 Toten, «unbedingt für seinen Glauben kämpfen» und könne dazu «problemlos eine Kalaschnikow» besorgen. Dass diese detaillierten Informationen schon so früh, mehr als ein Jahr vor der Tat, vorlagen, verhinderte das Massaker bekanntlich nicht. Warum nicht? Hielt jemand seine schützende Hand über den Gefährder?

«Komm, Du hast eh' keinen Pass, mach hier was, mach einen Anschlag.»

V-Mann Murat

VP-01, so wird Maulwurf Murat in den Akten des Amri-Verfahrens bezeichnet. Diese Akten wurden in den vergangenen Monaten dem Rundfunk Berlin-Brandenburg und der Berliner Morgenpost zu Recherchezwecken zur Verfügung gestellt. Der Türke soll sich, so der Rechtsanwalt Ali Aydin, der Aussagen aus Murats Salafisten-Umfeld gesammelt hat, als Anstachler hervorgetan haben. Dabei habe er mehrfach Sätze gesagt wie: «Lasst uns diese

Ungläubigen töten.» Unterfüttert wird diese Darstellung durch die Strafverteidiger Johannes Pausch und Michael Murat Sertsöz, die von ihren Mandanten zu hören bekamen, dass VP-01 sie regelrecht zum Verüben von Anschlägen aufgefordert habe. Mehrere junge Gotteskrieger aus der beobachteten Zelle hätten Murat gegenüber den Wunsch geäußert, nach Syrien zu reisen, was der wiederum mit dem Vorschlag kommentiert habe, die Angriffe doch besser in Deutschland durchzuführen. Genauer Wortlaut laut den Ermittlungsprotokollen: «Komm, Du hast eh' keinen Pass, mach hier was, mach einen Anschlag.»

Der Animateur

Murat soll aber nicht nur im Vorlauf zum Breitscheidplatz-Attentat eine zwielichtige Rolle gespielt, sondern auch Kontakt zum Iraker Abu Walaa unterhalten haben – einem Mann, den die Sicherheitsbehörden als «Deutschlandchef des IS» einstufen und der bis zu seiner Verhaftung im November 2016 aktiv Terrorschergen für das Kalifat rekrutierte. Seine Schaltzentralen sollen der Deutschsprachige Islamkreis Hildesheim e.V. und die an den Verein angegliederte Moschee gewesen sein, in der der 33-Jährige regelmäßig seine Hasspredigten vortrug. Murat soll für die Ermittlungen gegen Walaa laut LKA eine «überragend wichtige» Rolle gespielt haben. Wie genau die aussah, lässt ein Blick in die Akten vermuten. Bis zu 15.000 Euro soll der Informant Vertrauten des Hildesheimer Kreises für die Beschaffung von Sturmgewehren geboten und dabei immer wieder nachgefragt haben, wer denn nun tatsächlich für «Aktionen» bereitstünde...

Aus den Akten geht überdies hervor, dass VP-01 auch zu den muslimischen Drahtziehern des Bombenattentats auf einen Tempel der Religionsgemeinschaft der Sikh in Essen im April 2016 Kontakt gehalten hat. Die drei verhafteten Täter waren regelmäßig bei Hasan C. ein- und ausgegangen – bei dem Extremisten also, der auch Amri radikalisierte und den Murat ebenfalls regelmäßig besuchte. Immer wieder, so fasst die FAZ die Erkenntnisse aus dem Verfahren zusammen, habe Murat mit ihnen «über Anschläge und Waffen gesprochen», sogar ganz direkt mögliche Anschlagziele vorgeschlagen und «Islamisten in seinem Umfeld zu Attentaten animiert».

Nachdem Murat dem Terroristen vom Breitscheidplatz Anfang 2016 bei seiner Niederlassung in Berlin geholfen hatte, riss der Kontakt angeblich ab. Doch in einem internen Bericht des NRW-Verfassungsschutzes sind noch im Dezember 2016 – also kurz vor dem Anschlag – Warnungen eines Aussteigers aus der Islamistszene zu finden, wonach der V-Mann «nach einem zuverlässigen Mann für einen Anschlag mit einem LKW» gesucht habe... Das

nährt den Verdacht, dass Murats Kooperation mit Amri keineswegs neun Monate vor dem Anschlag endete. Er selbst rechtfertigte sich damit, dass er sich «absprachegemäß immer als "anschlagsbereit" dargestellt» habe, um in terroristische Operationen einbezogen zu werden und die Akteure rechtzeitig zu verpfeifen. Am 19. Dezember 2016 büßten 12 Menschen diese Kalkulation mit dem Leben.

Murat suchte «nach einem zuverlässigen Mann für einen Anschlag mit einem LKW».

Für welche Seite der V-Mann wirklich arbeitete, bleibt im Dunkeln. Selbst wenn er den deutschen Staat nicht verraten hat, sondern nur an seiner Aufgabe scheiterte, bleibt eine Frage: Warum müssen die Sicherheitsbehörden einen Agent Provocateur in Gefährderkreise einschleusen, um sie mit dessen Hilfe beweisfest anklagen zu können – anstatt diese Subjekte ganz einfach deshalb wegzusperren und abzuschieben, weil sie einer verfassungsfeindlichen Islamistszene angehören? Beim Einsatz von V-Leuten, das weiß man auch von der NSU-Affäre, bleibt immer ungewiss, ob sie Verbrechen verhindern helfen – oder überhaupt erst ermöglichen. ■

Spiel mit dem Feuer

«Wie kriminell oder extremistisch dürfen V-Leute sein? Es ist verboten, Schwerverbrecher wie etwa verurteilte Mörder anzuwerben. Wer für den Verfassungsschutz schnüffelt, darf laut Gesetzeslage lediglich "szenetypische Straftaten" begehen. Die Quelle soll schließlich in ihrem Umfeld nicht auffallen. Bei Neonazis würde beispielsweise ein Hitlergruß toleriert. Was aber ist mit einem Linksextremisten, der Steine auf Polizisten wirft? Schon hier wird es rechtlich heikel. Noch unklarer ist die Lage bei radikalen Islamisten. Was ist dort "szenetypisch"? Hetze gegen Ungläubige? Verbreitung von IS-Propagandavideos? Oder gar der Bombenbau?» (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.10.2017)

Abu Walaa, eigentlich Ahmad Abdulaziz Abdullah A., vor dem Oberlandesgericht Celle. Der Iraker, der 2001 als Flüchtling nach Deutschland kam, soll hochrangiges Mitglied des Islamischen Staates sein. Foto: picture alliance / Julian Stratenschulte/dpa





Stürmchen auf den Reichstag

von Tino Perlick

Zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution übte die Berliner Schaubühne schon mal den globalen Aufstand. Der Regisseur zählt nicht nur als Wunderkind seiner Zunft, sondern gehört auch politisch zur Avantgarde. Denn 2017 wird die Internationale im Namen der Migranten gesungen.

Als ein «Sturm auf den Reichstag» war es angekündigt worden. Der Eifer, mit dem die drei-, vierhundert Möchtegernrevolutionäre am 7. November, dem 100. Jahrestag der Oktoberrevolution, Lenins Sturm auf das Winterpalais imitierten und zum Absperrzaun vor dem Parlament rannten, ähnelte dann aber mehr dem von planschenden Kindern beim Anlauf an den Beckenrand, kurz vor der großen Arschbombe. Mit dieser Truppe hätte Lenin den Winterpalast in St. Petersburg 1917 gewiss nicht erobern können. Wer weiß, vielleicht hätte dann die zuvor im Februar zur Macht gekommene Kerenski-Regierung eine Chance gehabt, den schmalen Weg Russlands zur Demokratie zu zementieren, bevor ein gutes halbes Jahr später die Diktatur der Bolschewiki eingeläutet wurde.

Die Merkel-Regierung hatte mit dem Putsch auf Probe kein Problem. Die Kulturstiftung des Bundes förderte die Rahmenveranstaltung großzügig mit 100.000 Euro. Kein Wunder, die Revoluzzer sind nützliche Idioten beim Vorantreiben der Globalisierung. Als 2014 verwirrte Reichsbürger einen Sturm auf den Reichstag ankündigten, war dagegen schnell Schluss mit lustig.

Im Gruselkabinett

Die peinliche Attacke auf das Parlament bildete den Höhepunkt eines tagelangen Theaterprojekts namens «General Assembly» an der Berliner Schaubühne. Vom 3. bis 5. November hatten hier 60 aus aller Welt angereiste «Abgeordnete» – keiner hatte sie gewählt – eines fiktiven Weltparlaments die Weltrevolution simuliert. Die Versammlung als kurios zu bezeichnen, wäre eine Untertreibung. Neben einem Aktivisten gegen Palmölkonzerne in Indonesien, einer pakistanischen Textilarbeiterin, die den Kleidungsdiscounter KiK verklagt, sowie einem Experten für Rohstoffpolitik im Kongo gaben sich in Berlin nämlich unter anderem auch eine polnische Dragqueen und ein Aktivist für Cyborg-Rechte (!) die Ehre. Mit Théophile de Giraud war auch ein Vertreter der sogenannten Antinatalisten an Bord. Diese Bewegung macht sich für das Recht Ungeborener stark, gar nicht erst auf die Welt zu kommen... Der Schweizer Regisseur Milo Rau beschwichtigt im Gespräch mit der *Zeit*, dass es sich dabei um eine «Extremposition» handele. Vorsicht ist geboten! Bei den roten Revolutionären hatten die Radikalsten am Ende noch immer das Zepter in der Hand.

Der Schweizer Regisseur Milo Rau dirigierte die Randalen vor dem Reichstag. Der «politische Wirkkopf» (nachtkritik.de) hat mittlerweile die Saarbrücker Poetikdozentur für Dramatik inne. Foto: picture alliance / Michael Kappeler/dpa

Zum Weltparlament gehörten eine Dragqueen und ein Aktivist für Cyborg-Rechte.



Welch ein Fauxpas: Während ihres Sturmes auf den Reichstag versammelte sich die Rau-Truppe hinter einer Zigeunerfahne. In der politisch korrekten Diktion ein krasses Beispiel für kulturelle Aneignung.
Foto: picture alliance / Michael Kappeler/dpa

Dass das antinationalistische Programm zur Menschenrechtsabschaffung für Rau keine Grenzüberschreitung ist, wohl aber ein, wenn auch kruder, Nationalismus, machte das Weltparlament gleich am ersten Sitzungstag deutlich. Da wurde nämlich ein Unterstützer der türkischen Regierungspartei AKP von Rau vor die Tür gesetzt. Der kurze Auftritt des Erdogan-Anhängers war seitens der Abgeordneten mit dem für Progressive leider typischen Credo «Keine Toleranz den Intoleranten» begleitet worden. Es hätte schlimmer kommen können: Lenin ließ das Parlament nach seinem Putsch bekanntlich schon nach einer Sitzung schließen, weil es seine Ansichten nicht bedingungslos teilte.

Gemeinsam berieten die internationalistischen Theater-Revoluzzer, wie die «Ersetzung der Nationalparlamente durch das Globalparlament» erreicht werden könne, wie Rau den Sturm auf den Reichstag interpretierte.

Wie bei den sogenannten Social Justice Warriors, also den heutzutage allerorten lauernden Kriegern für soziale Gerechtigkeit, üblich, klingt einiges an ihren Plänen beim ersten Hinhören alles andere als schlecht. Die Ökologie oder ausgebeutete Land- und Fabrikarbeiter in Schwellenländern vor dem globalisierten Raubtierkapitalismus zu schützen, sind lobenswerte Ziele. Dass ganze Unterfangen in der blutigen Tradition der Oktoberrevolution gipfeln zu lassen, zeigt jedoch, welch Geistes Kind der 40-jährige Regisseur ist. «Wenn sich (...) heute in der Berliner Schaubühne ein paar Narren versammeln, um Revolution zu spielen, so sei ihnen dringend anempfohlen, einen Moment zu schweigen und den Band *Kinder im GULAG* zu studieren», kommentierte der

Historiker Klaus-Rüdiger Mai bei *Cicero*. «Es ist eine Lüge, zumindest Ausweis gewollter Unkenntnis der Geschichte, wenn man die Oktoberrevolution und Lenin verherrlicht und die Verbrechen nur Stalin anlastet. Mit welchem Vernichtungswillen, mit welchem nihilistischen Hang zum Totalitarismus, zur Zensur, zur Rechthaberei, zur Diktatur die Bolschewiki angetreten sind, lässt sich mit genügend Schriften belegen.»

Entweder – oder

Regisseur Rau personifiziert den Ungeist der Neolinken offenbar bis ins Mark. 2013 setzte er Pussy Riot, der Putin hassenden Punkband, mit seinen *Moskauer Prozessen* ein Denkmal. Lenin lässt er aktuell von einer Frau verkörpern. Zum letzten Schrei des erliberalen westlichen Kulturbetriebs dürfte ihn aber seine verächtliche Einstellung zum schnöden Westeuropäer machen. Dieser sei ein «Gewinner der Geburtslotterie», sagte er allen Ernstes der *Zeit*, denn «natürlich kommt eine Geburt in Europa einer hochherrschaftlichen Geburt gleich. Wir Europäer leben im Adelsstand.» Noch deutlicher wird er in der vierteljährlich erscheinenden linken Zeitschrift *Taz.Futurzwei*: «In der Welt, wie sie ist, sind wir Europäer die Arschlöcher, und zwar durch Geburt.»

Nichts drückt den pathologischen Selbsthass der heutigen Linken aber besser aus als Raus bedrohlich anmutender Ausspruch: «Entweder es gibt ein gutes Leben für alle, oder es gibt gar kein gutes Leben.» Das erinnert an den *Spiegel*-Erben Jakob Augstein: Dieser legitimierte Brandstiftungen an Privatautos während des G20-Gipfels in Hamburg, weil dadurch

«Wir Europäer sind die Arschlöcher, und zwar durch Geburt.» Milo Rau

deren Besitzer an ihre angebliche Mitschuld an ausbeuterischen Produktionsbedingungen auf anderen Kontinenten erinnert würden.

Raus Solidarität gilt nicht der Minijobberin in Köln, sondern dem Minenarbeiter im Kongo. «Unser eigenes Proletariat wird mindestversorgt und langweilt sich zu Tode», sagte er zur Begründung. Ersatzweise sind für Linke wie ihn Migranten das neue revolutionäre Subjekt. Die Zuwanderer, so Rau, «sind – wie im 20. Jahrhundert die sogenannten Proletarier – eine Gruppe, die reale gemeinsame Interessen hat». Ergo träumt er von einer Internationale der Migranten. Ausgerechnet bei Recherchen in Brüssels Salafistensumpf Molenbeek will dieser Groschen bei ihm gefallen sein. Dort, im europäischen Zentrum des Islam-Terrors, bestehe «die Chance auf eine positive, europäische Zukunft. Brüssel ist die erste Großstadt Europas, in der keine Nationalität, keine Ethnie, keine Kultur dominiert und die Mehrheit bildet.» Klar: Wo der Islam dominiert, sind tatsächlich alle anderen Herkunftsmerkmale der Menschen ausgelöscht.

Stämme und Weltstaat

Wer denkt, das Treiben im Berliner Schauspiel sei ein abseitiger Kosmos von Spinnern, irrt. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die tatkräftigsten Globalisten und die heutige Linke am selben Strang ziehen. Der berühmte US-Geostratege und Militarist Thomas P.M. Barnett träumt vom Aufstieg einer «globalen Mittelstandsperson». Das Theaterparlament fordert Hilfe für den «globalen Dritten Stand». Erreicht werden soll beides durch weltweite Umverteilung und Zersetzung des Nationalen.

Konkret wünscht sich Rau «eine regional organisierte Welt – dass es also Stämme gibt, sagen wir Katalonien, und dann keine Nationen mehr, sondern gleich das Weltbürgertum. Dazu braucht man regi-

onale Selbstverwaltung und darüber ein Weltbürgerrecht, ein Weltsteuerrecht, das kann man in den nächsten 30 Jahren schaffen.» Die Idee der Balkanisierung Europas in Stammesgebiete, die von einem Superstaat zusammengehalten werden, teilt auch die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot, die 2013 im Tross von Bundespräsident Joachim Gauck gesehen wurde. Kein Wunder, dass sie Raus Politoperetten an der Seite der Linksparteivorsitzenden Katja Kipping eröffnen durfte.

Für Linke wie Rau sind Migranten das neue revolutionäre Subjekt.

«Ein Nationalparlament kann keine global gerechte Politik machen», meint Rau. «Also muss man die Basis der über globale Politik Abstimmenden aufs Weltweite ausdehnen.» Wieso? Regionale Selbstverwaltung, ja gerne. Demokratie funktioniert dann am besten, wenn sie überschaubar ist. Aber warum sollte ein Weltparlament aus einer Myriade von «Stämmen» besser funktionieren als Diplomatie zwischen 200 Nationalstaaten? Das Zerquetschen der kleinen europäischen Völker zwischen den Milliarden Asiens und Afrikas wäre absehbar.

Raus Truppe hat es am Ende nicht geschafft, ihre großspurig angekündigte *Charta für das 21. Jahrhundert* zum Abschluss der Tagung vorzulegen. «Sie haben Angst vor dem Chaos», erklärt er sich das Verharren der Masse im Status quo, «vor der Gewalt». Die Avantgardisten schert das nicht: Sie wollen weitemarschieren – bis alles in Scherben fällt. ■

«Unsere terroristischen Mitbürger»

Keine zwei Wochen nach den Terrorangriffen in Paris im November 2015 mit 130 Toten erschien ein Interview mit Milo Rau in der *Zeit*, in dem er seine Ansichten über den Dschihadismus kundtat. Salafisten hätten «kein machtpolitisches Interesse im Westen», glaubt er. Es gingen mehr Fundamentalisten von Europa nach Syrien als umgekehrt. «Man müsste den Stachel nach innen kehren, damit unsere terroristischen Mitbürger nicht in den Nahen Osten ausreisen können.» Und überhaupt: Der islamische Gotteskrieger «bündelt die großen Entwicklungen von heute in sich: einerseits das Unheil und andererseits das ideologische Versprechen auf Transzendenz.» Klar soweit?

Raus *Idole Pussy Riot* 2012 in Moskau. Zuvor hatten drei der Mitglieder in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale randaliert.
Foto: picture alliance/AP Photo

Anzeige



**KAPITAL
SICHERN.DE**

ECHTE WERTE

- Gold und Silber als Münzen und Barren
- Strategische Metalle & Seltene Erden
- Einzigartiger Goldsparplan
- LV - Kündigung
- Beratung

www.KapitalSichern.de
Info@KapitalSichern.de
Telefon 07955 476583



Pumuckl zwischen allen Stühlen

von Daniell Pföhringer

Während Schwarz-Blau in Österreich regierungsfähig ist, hat das Modell in Merkel-Deutschland keine Chance. CDU-Politiker aus Sachsen stellen jedoch seit dem Wahldebakel am 24. September die Abgrenzung zur AfD in Frage. Die Führung mauert – doch der Geist ist aus der Flasche.

«Ich bin in einer christdemokratischen Partei, nicht in einer konservativen.»

Marco Wanderwitz

In Kretschmers Zeit als Generalsekretär bot die CDU Unternehmen ein «kurzes Gespräch mit dem Landesvorsitzenden Stanislaw Tillich» für bis zu 8.000 Euro feil. Nun will der 42-Jährige selbst an die Dresdner Regierungsspitze. Foto: picture alliance / dpa

Aufgeheizte Stimmung bei der sogenannten Verantwortungsträgerkonferenz, zu der die sächsische CDU-Führung Ende Oktober nach Dresden eingeladen hatte: Fast 200 Kreisvorsitzende, Landräte, Bundestags-, Landtags- und Kommunalvertreter kamen, um ihre Wunden zu lecken und ihren Frust abzulassen. Entsprechend deutlich fielen die Wortmeldungen aus: Die CDU sei «zur Linkspartei mutiert», beklagte ein Stadtrat aus Bad Schandau. Ein anderer warnte mit Blick auf die weiterhin sperrangelweit offenen Grenzen vor einer neuen «Lawine von Menschen». Die Union müsse wieder zu einer «Partei von Patrioten» werden.

Es brodelt in der CDU – vor allem in Mittelsachsen: Jörg Woidniok, Vorsitzender der dortigen Kreistagsfraktion, nennt Merkel «selbstherrlich» und beklagt, dass die Politik der Union «nicht mehr um die deutschen Bürger, sondern um Griechenland, Asylbewerber und Minderheiten» kreise. Holger Reuter, Baubürgermeister und CDU-Chef in Freiberg, sieht in der Bundestagswahl Niederlage ein Strafgericht. «Die letzte Konsequenz heißt: Die Partei-

vorsitzende muss zurücktreten. Sie ist für dieses Ergebnis verantwortlich», so der Kommunalpolitiker. Mit dem Ministerpräsidenten und CDU-Landeschef Stanislaw Tillich, der seinen Rücktritt von beiden Ämtern angekündigt hatte, forderten viele Basisaktivisten auf der Konferenz eine Rückkehr zu konservativen Positionen. Treue Merkelianer lehnten einen solchen Rechtsruck schroff ab. Marco Wanderwitz, Bundestagsabgeordneter aus dem Erzgebirge, blaffte: «Ich bin in einer christdemokratischen Partei, nicht in einer konservativen.»

Kurz vor dem Funktionärstreffen hatten die Freiburger Christdemokraten ein Thesenpapier verabschiedet, das zehn Forderungen beinhaltet: den Rücktritt Angela Merkels als CDU-Vorsitzende und von Generalsekretär Peter Tauber, einen sofortigen Aufnahmestopp für Migranten, die umgehende Abschiebung aller ausreisepflichtigen und kriminellen Asylbewerber, das Ende der Russland-Sanktionen, den Verzicht auf Verschärfungen des Umweltrechts, eine sachgerechte Diskussion über den Verbrennungsmotor, den Ausbau eines flächendeckenden Breitbandnetzes, die Berücksichtigung der Braunkohle als Brückentechnologie und die Rückverwandlung der CDU zu einer Volkspartei.

Flirt mit der AfD

Hinter das Anti-Merkel-Papier stellte sich die mittelsächsische Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann. «Die Freiburger Thesen drücken aus, was die Mehrheit der Mitglieder der Partei denkt und fühlt. Da kann es in der Parteiführung kein «Weiter so wie bisher» geben», so die CDU-Politikerin gegenüber dem Chemnitzer Lokalmedium *Wochenendspiegel*. Ihren Fraktionskollegen Wanderwitz, der ein konservatives Rollback auch mit Verweis auf ihre Erststimmenverluste zurückgewiesen hatte, griff Bellmann frontal an: «Das war klar, dass Herr Wanderwitz das Ergebnis so interpretiert. Er hatte 2013 49,6 und ich 51,9 Prozent – und zwar auch mit absolut konservativen Positionen damals gegen die Merkelsche Eurorettungspolitik.» Ihr Parteifreund habe bei der jetzigen Bundestagswahl mit seinen 35,1 Prozent lediglich «Glück» gehabt, da er einem «schwachen und wenig aktiven AfD-Kandidaten» gegenüberstand, «der nur 26,6 Prozent holte». Bellmann weiter: «Dieses Glück hatten weder ich mit einem Erststimmenergebnis von 31,5 Prozent für die AfD noch mein Kollege Brähmig im Nachbarwahlkreis mit Frauke Petry und ihren 37,4 Prozent oder Generalsekretär Kretschmer, der gewiss keinen Wahlkampf gegen Merkel machte, seinen Wahl-





kreis aber dennoch verlor.» Ihre Attacke schloss sie mit der Bemerkung: «Mag der Kollege triumphieren und in der Merkel-CDU weiter Karriere machen. Ich weiß, was mir mein Wahlsieg und meine konservativen Werte wert sind, und bleibe auch dabei!»

Wenig später legte Holger Reuter nach und brachte sogar ein schwarz-blaues Bündnis ins Spiel. «Wenn sich die AfD stabilisiert und zu einer Politik kommt, die dem Bürger auch wirklich Wege zeigt, wie es besser werden kann, dann halte ich persönlich auch eine Koalition mit der AfD für möglich», zitierte der *Mitteldeutsche Rundfunk* den Freiburger CDU-Rebellen. Schützenhilfe kam aus der Landeshauptstadt. Dort hatte Stadtverbandschef Christian Hartmann, der für die Union im Landtag sitzt, gegenüber den *Dresdner Neuesten Nachrichten* bekräftigt, die rot-rot-grüne Rathausmehrheit ablösen zu wollen. Dazu schließe er auch «eine Zusammenarbeit mit der AfD in der Perspektive nicht aus». Der sächsische Parteivorstand erteilte diesen Avancen umgehend eine Abfuhr. «Eine Zusammenarbeit der sächsischen Union mit der AfD kann und wird es nicht geben», so Sprecher Alexander Szymanski.

Wird's der Neue richten?

Die Frage ist, wie lange die CDU in Sachsen noch bereit ist, sich ausschließlich an Koalitionsoptionen mit links von ihr stehenden Parteien ketten zu lassen. Von Jamaika-Feeling ist im Freistaat nichts zu spüren – und auch die Landtagswahlen in Hessen und Bayern im kommenden Jahr dürften das Interesse an einem «österreichischen Modell» verstärken, wenn sich die AfD konsolidiert. Michael Kretschmer, Nachfolger Tillichs als Ministerpräsident und

Ob Sachsens Traditionen auch zu dem gehören, was Kretschmer 2016 als «verbindende Rahmenkultur» in Deutschland forderte? Foto: picture alliance / dpa

CDU-Landeschef, reagiert auf politisch korrekte Kritik immerhin wesentlich entspannter als viele seiner Kollegen. Nachdem die mit der Antifa bestens vernetzte Linken-Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz versucht hatte, das Interview mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Alexander Krauß in der letzten COMPACT-Ausgabe per Twitter zu skandalisieren, maßregelte er seinen erzgebirgischen Parteifreund nicht, sondern erklärte gegenüber dem Berliner *Tagesspiegel* sogar: «Wir brauchen solche Typen.»

Ob der 1975 in Görlitz geborene Wahlverlierer Kretschmer, der wegen seiner roten Haare von Helmut Kohl einmal als «Pumuckl» verspottet wurde, eine konservative Wende in der Sachsen-CDU einleiten wird, erscheint jedoch fraglich. Zwar verteidigte er vor zwei Jahren die Entscheidung Viktor Orbans, an der ungarisch-serbischen Grenze einen Zaun zu errichten, und betonte in seiner ersten Pressekonferenz als designierter Ministerpräsident, dass er für «deutsche Werte» stehe, doch selbst die in Sachsen mitregierende SPD hat ihn wegen seiner oft widersprüchlichen Aussagen als «politisches Chamäleon» bezeichnet. Veronika Bellmann, in deren Abgeordnetenbüro Kretschmer angestellt war, bevor er 2002 selbst in den Bundestag einzog, äußerte auf Facebook, dass der Nachfolger Tillichs «definitiv nicht ein Sebastian Kurz für Sachsen» sei. Gut zwei Jahre hat Kretschmer noch Zeit, das Gegenteil zu beweisen. Und wer weiß: Vielleicht wird nach der Landtagswahl 2019 nicht die Option Schwarz-Blau, sondern Blau-Schwarz zur Disposition stehen. ■

«Jammer-Ossi» und «CDU-Rassist»

Der Meißner CDU-Stadtrat Jörg Schlechte wurde von dem lokalen Linksaktivisten Andreas Vorrath beschimpft, nachdem er ein gemeinsames Foto mit dem Dresdner Kabarettisten Uwe Steimle auf Facebook veröffentlicht hatte: «Völkisch-antisemitischer Jammer-Ossi (...) trifft CDU-Rassist [sic!] in Meißen.» Schlechte und Steimle erstatteten daraufhin Anzeige. Im Prozess vor dem Amtsgericht Meißen Anfang November berief sich Vorrath unter anderem auf eine Äußerung Steimles in der WDR-Sendung *Mitternachtsspitzen*: «Wieso zetteln die Amerikaner und Israelis Kriege an, und wir Deutsche dürfen den Scheiß bezahlen?» Schlechte warf er einen Facebook-Post vom Oktober 2016 vor. Als Reaktion auf den tätlichen Angriff eines Migranten gegen einen Richter hatte der CDU-Politiker «Dem Mann kann geholfen werden» geschrieben und die Bemerkung mit einem Link zur Website des Meißener Krematoriums versehen. Das Amtsgericht urteilte, Vorraths Beschimpfungen seien durch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit gedeckt. Steimle und Schlechte hätten mit ihren eigenen Aussagen wiederholt Vorlagen geliefert, die eine solche Meinung zuließen. Speziell bei Schlechte müsse berücksichtigt werden, dass dieser Vorrath zuvor als «Feigling» und «grüne Zecke» bezeichnet habe. Deshalb könne dieser ein juristisch verbrieftes Recht zum Gegenschlag in Anspruch nehmen.

«Wenn sich die AfD stabilisiert ..., halte ich persönlich auch eine Koalition mit der AfD für möglich.» Holger Reuter



Nie wieder Kinder

– von Marc Dassen

Politisch motivierte Kinderfeindlichkeit findet heute unter Klima-Hysterikern ihre radikalste Ausprägung: Nur wer auf eigenen Nachwuchs verzichte, könne die Überhitzung des Planeten stoppen.

Mit etwa 1,5 Kindern pro Frau hat Deutschland eine der niedrigsten Geburtenraten der Welt.

Foto: CCO, Pixabay

Katharina Zoubek ist eine hübsche junge Frau, gerade mal 30 Jahre alt, erfolgreich und seit Jahren in festen Händen. Dem Leser des österreichischen Frauenmagazins *Woman* schenkt die dunkelblonde Akademikerin auf dem Beitragsbild ein strahlendes Lächeln. Hinter ihr ist ein Spielplatz mit Schaukel, Rutsche und Klettergerüst zu sehen, doch spielende Kinder sucht man vergeblich. Das passt, denn auf die zentrale Frage des im Oktober 2017 veröffentlichten Artikels, ob man heutzutage überhaupt noch Nachwuchs in die Welt setzen solle, findet die Dame eine klare Antwort: Nein! Der Beruf, so schreibt die Redakteurin des Artikels, fülle Katharina voll aus. Sie ist «Cutterin», schneidet unter anderem Dokumentarfilme. Ihr gehe bei einem Leben «ohne Kind nichts ab».

«Es ist nur eine Frage der Zeit, bis der Kollaps eintritt.» Katharina

Liest man Katharinas Ausführungen ein wenig gründlicher, beschleicht einen das Gefühl, dass nicht die Zufriedenheit einer emanzipierten Karrierefrau die Entscheidung für ein kinderloses Leben bestimmt hat, sondern vor allem eins: Angst. Mutterschaft sieht sie «als riesengroße Aufgabe», über die sie sich «nicht wirklich drüber traue». Besonders der hyperkritische Umgang mit jungen Müttern, der

«Leistungsdruck» und eine zum Teil familienfeindliche Unternehmenskultur bereiten ihr Sorgen. Sie spricht auch von der Verrohung und Spaltung der Gesellschaft und bezweifelt, dass in dieser Welt «ein kleiner Mensch ohne großen Knacks erwachsen» werden kann. Ihr Entschluss steht also fest: «Das Beste, das ich für mein mögliches Kind tun kann, ist, es sein zu lassen.»

Einsam in den Abgrund

Der wahre Grund für ihre Entscheidung, keinen Nachwuchs in die Welt zu setzen, ist aber weder der Druck, der auf Müttern und Kindern lastet, noch die Angst vor Armut oder die Erwartung einer stetig rauer werdenden Gesellschaft. Es ist «der Klimawandel». Den nämlich findet sie «schlimm», so schlimm, dass ihr «Ausblick in die Zukunft» doch «eher düster» aussieht. Einen weiteren Menschen in ein kollabierendes Ökosystem zu pflanzen, erscheint ihr wenig ratsam, die «Überbevölkerung» sei an sich ein gravierendes Problem. Und Katharina ist sich sicher: «Wir verschwenden immer mehr Ressourcen, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis der Kollaps eintritt.»

Wo liegt die Quelle dieses Zukunftspessimismus? Einen ersten Hinweis gibt Katharina selbst, wenn sie sagt: «Ich interessiere mich sehr für das Nachrichtengeschehen auf der Welt.» Kein Wunder, arbeitet sie doch für den *Österreichischen Rund-*

funk, den größten Staatssender unseres Nachbarlandes. Dieser hat mit so ziemlich allen Mainstreammedien der Welt, seien sie nun privat oder öffentlich-rechtlich, eines gemeinsam: Er verbreitet beim Thema Klimawandel regelrechte Massenpanik, die ihre Wirkung offensichtlich nicht verfehlt. Erfunden haben die von Schreiberlingen weltweit kolportierten Schreckensszenarien allerdings andere.

«Die derzeitigen globalen Trends sind absolut nicht enkeltauglich.» Club of Rome

An erster Stelle steht der Club of Rome, die international renommierteste Denkfabrik für Zukunftsängste. Schon mit seinem 1972 unter frenetischem Applaus der etablierten Medien eingeführten Katastrophenbericht *Die Grenzen des Wachstums* gelang es dem Zirkel hochstehender Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Medien, dem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufkommenden Fortschrittsoptimismus einen nachhaltigen Dämpfer zu verpassen. Alexander King, einer der Gründer des Club of Rome und Initiator der Studie, erklärte einst zum Thema der Malariabekämpfung: «Mein Problem ist, dass sie die Überbevölkerung verstärkt.»

Seit 1972 ist viel passiert, doch die zum Teil apokalyptischen Voraussagen des Clubs blieben fernab der Realität. Für die Mitglieder war das jedoch kein Grund, ihren neurotischen Alarmismus herunterzufahren. Unter anderem in den Jahren 1992, 2004 und

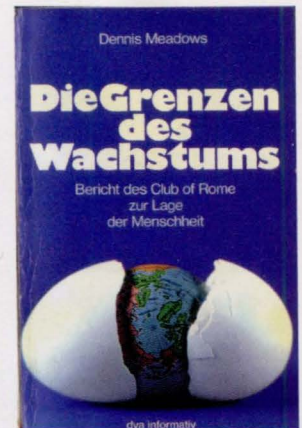
2012 erschienen Neuauflagen des Weltzustandsberichts, die keineswegs optimistischer klingen und – wie in dem Manifest mit dem Titel *Die Erste Globale Revolution* (1993) – den Menschen selbst zum «wahren Feind» der Menschheit erklären, weil er der Hauptverantwortliche für Klimakrise und Umweltzerstörung sei.

Mitte September 2017 ist nun ein weiterer Bericht der Römer erschienen, ein neuer «Donnerschlag», wie Ernst Ulrich von Weizsäcker, derzeit Co-Präsident des Clubs, in seinem Vortrag zur Premiere in der Osnabrücker Schlossaula verlauten ließ. Der Rapport trägt den wohl bewusst doppeldeutigen Titel *Wir sind dran* und warnt politische Führer davor, dass «ein starkes Bevölkerungswachstum dazu tendiert, die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Länder zu schwächen». Der Club sei «beeindruckt» von Ländern, «die eine rasche Stabilisierung der Bevölkerung erreicht haben», so Weizsäcker. Die derzeitigen globalen Trends seien «absolut nicht enkeltauglich», eine nachhaltige Zukunft sei nur durch «tiefgreifende Veränderung in unserem Denken und Handeln» möglich.

Zuckerbrot und Peitsche

Wie das umgesetzt werden soll, schlugen die Club-Mitglieder Jorgen Randers und Graeme Maxton in ihrer 2016 publizierte Studie mit dem Titel *Ein Prozent ist genug* vor: Jede Frau, die bei Vollendung ihres 50. Lebensjahres lediglich ein Baby in die Welt gesetzt habe, solle eine Prämie von 80.000 Dollar bekommen.

Auch für den Philosophen Travis Rieder, Bioethiker an der John Hopkins University (Baltimore) sind Kinder wandelnde Zeitbomben. Die *Rheinische*



Die nach ihrem Projektleiter benannte Meadows-Studie erschien 1972. Sie wurde vom Club of Rome und der Volkswagenstiftung mit einer Millionen D-Mark gefördert. Foto: dva

Die Autoren des Berichts an den Club of Rome «Ein Prozent ist genug» Jorgen Randers (links) und Graeme Maxton stellten ihr Buch 2016 auch in Berlin vor. Foto: picture alliance / dpa

Geburtenziffer 2015

Kinder je Frau

Frankreich	1,96
Irland	1,92
Schweden	1,85
Dänemark	1,71
Niederlande	1,66
Deutschland	1,50
Griechenland	1,33
Portugal	1,31

Quelle: Eurostat

Grafik: COMPACT



Demografie-Lüge



Mantraartig wird besonders den Deutschen immer wieder erklärt, dass der Geburtenrückgang einen stetigen Zustrom an Einwanderern nötig mache, um den Zusammenbruch der Sozialsysteme zu verhindern. Paradoxerweise empfehlen Klimaschützer uns Eingeborenen gleichzeitig den Verzicht auf eigene Kinder. Das versüßt etwa Christian Leßmann, Leiter des Instituts für Volkswirtschaftslehre der TU Braunschweig, mit folgendem Argument: «Eine schrumpfende Bevölkerung führt nicht zu einem Zusammenbruch einer modernen Volkswirtschaft. Problematisch sind in erster Linie die Alterssicherungssysteme, welche bei einer alternden Bevölkerung angepasst werden müssen.» Das könne durch eine Mischung aus Renten Kürzungen und Beitrags-satzerhöhungen gelingen. «Gleichzeitig steigt durch den technischen Fortschritt die Produktivität in der Zukunft, sodass weniger Personen nicht zwangsläufig weniger erwirtschaften.» (Rheinische Post, 5.9.2016)

Im 20. Jahrhundert brach die Geburtenrate in Deutschland drei Mal ein. Die relativ größte Generation ist heute die der 45- bis 55-Jährigen. Foto: Rawpixel.com, Shutterstock.com

Anzeige

Post setzte sich im September 2016 unter der Überschrift «Babysteuer gegen den Klimawandel?» mit seinen Ideen auseinander. In seinem Buch *Toward A Small Family Ethic* erklärt Rieder: «Wir Menschen haben sehr schnell sehr viele Menschen gezeugt. Es gibt sehr gute Beweise, dass wir zu viele gezeugt haben.» In seinem gemeinsam mit Kollegen verfassten Aufsatz *Population Engineering And The Fight Against Climate Change* schlägt er vor, Einkommensschwache mit Geldzahlungen zu belohnen, wenn sie ihr Rezept für die Antibabypille abholen. Negative Anreize, zum Beispiel eine Babysteuer, sollen Besserverdienende treffen. Denn: «Auch das erste Kind einer Familie wird für Treibhausgase sorgen, die irgendwie ausgeglichen werden müssen – was wiederum Geld kostet.»

«Werdet grün, oder wir bringen Eure Kinder um.»

Dem faulen Zauber die Krone aufgesetzt haben erst kürzlich Seth Wynes von der Universität Lund in Schweden und Kimberly Nicholas von der University of British Columbia im kanadischen Vancouver. In ihrer Studie vom Juli 2017 weisen sie darauf hin, dass die erfolversprechendste Klimaschutzmaßnahme bis heute kaum Eingang in öffentliche Debatten gefunden hat: der Gebärstreik. Eine «US-amerikanische Familie, die auf ein Kind verzichtet, spart genauso viel Emissionen ein wie 684 Teenager, die für den Rest ihres Lebens strikt recyceln», rechnen die Wissenschaftler vor.

Der WDR griff diese Studie wie viele andere Medien Mitte Juli 2017 auf, die beiden Moderatorinnen der Sendung *Leonardo* glaubten gar, ein unerhörtes «Tabu» in Sachen Klimaschutz zu brechen. Dabei entblödeten sie sich nicht zu beklagen, dass keine unserer westlichen Regierungen die eigenen Bürger «ermuntert», über «den Kinderwunsch nachzudenken und vielleicht ein Kind weni-

ger zu kriegen». Und weiter: «Ein Kind in Deutschland ist aufgrund seines großen Konsums natürlich viel klimaschädlicher als ein Kind, das jetzt in Kenia oder Tansania aufwächst.» Als ersten Schritt sieht man beim WDR die sofortige Aufnahme derartiger Lebensführungshinweise in Schulbücher, damit sich der Klima-Schuldskult entsprechend frühzeitig in den Köpfen auch der Kleinsten verankert.

Die Anti-Baby-Medien

Ob es wohl denkbar ist, dass diese Propaganda, betrieben von hochstehenden Eliten aus Wissenschaft und Forschung, hofiert von politischen Seilschaften und entsprechend beklatscht von Heerscharen von Systemjournalisten, etwas zu tun haben könnte mit der Entscheidung von Katharina und anderen jungen Frauen, auf Kinder zu verzichten? Ganz sicher ist jedenfalls, dass zahllose Medien die Anti-Baby-Propaganda, heruntergereicht aus den Elfenbeintürmen des politisch-akademischen Komplexes, mit großer Lust verbreiten. Einige aktuelle Beispiele im Schnelldurchlauf: «Kinderwunsch streichen, Klima retten» (*Spiegel Online*), «Wir sollten alle aufhören, Kinder zu bekommen. Denn das ist egoistisch!» (*Bento*), «Babys: Die fiesesten Klimakiller» (*Internationale Politik und Gesellschaft*), «20 BMW schädigen das Klima weniger als ein Baby» (*Stern*).

Wie lange unsere Fortpflanzung noch unsere Sache bleiben wird, ist schwer zu sagen. Franny Armstrong, die radikalste unter den CO2-Fanatikerinnen, ließ in einem Ende 2010 produzierten Werbeclip Teenager, die sich nicht an Klimaschutzmaßnahmen beteiligen wollen, kurzerhand in die Luft sprengen. «Werdet grün, oder wir bringen Eure Kinder um», fasste ein Journalist der britischen Tageszeitung *The Telegraph* den Plot zusammen. Frau Armstrong dagegen verstand die Aufregung nicht: «Natürlich denken wir nicht wirklich, dass die Leute, die nichts für die Umwelt tun, in die Luft gesprengt werden sollten. Das war nur ein Witz für den Kurzfilm, aber vielleicht könnte eine kleine Amputation ein erster Schritt sein.» Auch das war natürlich Satire, was sonst? ■



Jamaika
nur im
Urlaub-
nicht im
Bundestag!

Ja mai ka wird scheitern!

Bereit sein für Neuwahlen!

**Spenden Sie jetzt, damit wir
noch stärker in den Bundestag einziehen!**

Empfänger: Alternative für Deutschland
IBAN: DE94 1009 0000 2661 2620 20
Betreff: Parteispende

afdspenden.de

**Alternative
für
Deutschland**

«Ich hoffe, dass alle Afghanen zurückkehren»

– Hamid Karzai im Gespräch mit Juri Kofner

Alljährlich findet im Oktober in Sotschi das Treffen des Valdai-Klubs, so etwas wie Moskaus Gegenstück zur Münchner Sicherheitskonferenz, statt – ein Stelldichein von Politprominenz und Experten aus Ost und West. Der langjährige afghanische Präsident stellte sich den Fragen unseres Korrespondenten.



Herr Karzai, es ist eine Ehre, Sie kennenzulernen.

Die Ehre ist ganz meinerseits. Deutschland ist ein alter, ein sehr alter und guter Freund von Afghanistan. Und wenn wir zur Sicherheit Deutschlands etwas beitragen können, dann werden wir das gerne tun.

Was halten Sie von der Flüchtlingskrise in Europa? Sind alle Migranten Flüchtlinge?

Nun, ich kann nicht beantworten, ob alle Migranten Flüchtlinge sind. Aber ich kann Ihnen sagen, dass die Migrationkrise auf die Fehler zurückzuführen ist, die die Amerikaner und der Westen gemacht haben, indem sie in den Ländern des Nahen Ostens intervenierten und dort diese massive Instabilität und humanitäre Katastrophe verursachten. Wenn man ein Land destabilisiert, wenn man eine Gesellschaft destabilisiert, wenn man dort Chaos und Gräueltaten verursacht, werden die Menschen natürlich versuchen, einen sichereren Ort aufzusuchen. Genau das gleiche passierte auch in Afrika.

Als die ehemalige Sowjetunion [in Afghanistan] intervenierte, verließen Millionen von Afghanen ihre Heimat. Sie wanderten in die Nachbarländer, nach Europa und Amerika aus. Das gleiche geschah in Syrien, in Libyen, im Irak und anderswo. Es ist die Verantwortung [der westlichen Länder], und die müssen das verstehen. Wenn diese keine Flücht-

linge aufnehmen wollen, müssen sie helfen, unsere Länder wieder zu stabilisieren. Und sie müssen den USA klarmachen, dass die aufhören sollen, unsere Länder zu destabilisieren.

Einige Imame fordern die «Islamisierung Europas». Was halten Sie davon?

Nun, Europa ist keine muslimische Region. Es ist ein hauptsächlich christlicher Kontinent. Und wir Muslime sollten das respektieren. Und diese Imame riefen zur Islamisierung Europas auf? Die leben wo? In Europa?

Ja, meist sind es Migranten, aber auf Youtube gibt es auch Videos von Predigern aus Saudi-Arabien...

Das sollten sie nicht machen. Sie sollten selbst Muslime bleiben, aber auch die Religion der Menschen in Europa achten, friedlich leben und sich richtig integrieren. Und auch die europäischen Traditionen unbedingt respektieren! So ist es auch in unserem Land. Sollte ein christlicher Priester in mein Land kommen und meinem Volk predigen, Christen zu werden, dann würde uns so etwas natürlich auch nicht gefallen. So fühlen auch umgekehrt die Europäer. Wenn ein muslimischer Geistlicher sie auffordert, zum Islam zu konvertieren, dann gefällt ihnen das natürlich nicht. Wir sollten also alle in Harmonie miteinander leben und die Traditionen und Werte der anderen respektieren. Das ist der einzig richtige Weg.

Wenn Sie sich an die afghanischen Migranten wenden könnten, die in den letzten Jahren nach Deutschland gegangen sind, würden Sie diese wieder zurück nach Afghanistan einladen? Ist es für sie sicher zurückzukommen?

(Lange Pause) Afghanistan ist unser Land. Wir selbst müssen unser Land aufbauen. Wir können unser Land aber nicht aufbauen, wenn wir unser Land verlassen. Wir können unser Land nur dann aufbauen, wenn wir in unserem eigenen Land arbeiten. Ich hoffe also, dass die Zeit kommen wird, dass alle Afghanen nach Afghanistan zurückkehren, auf jeden Fall. ■

Abschiebungen rückläufig

«Es wurden im ersten Halbjahr 2017 mit 12.545 Personen weniger Menschen in ihre Herkunftsländer zurückgeführt als im Vergleichszeitraum 2016. (...) An Rückführungen nach Afghanistan zählte man 245. (...) 2010 zählte man 51.000 afghanische Staatsbürger in Deutschland, Ende 2016 waren es 253.000.» (Internetportal *Telepolis*, 16. August 2017)

Bild links: Hamid Karzai ist Nachfahre der Durrani-Dynasti, die Afghanistan zwischen 1747 und 1826 regierte. Foto: The White House

«Europa ist keine muslimische Region – und wir Muslime sollten das respektieren.»

– Hamid Karzai (*1957) war von 2001 bis 2014 Präsident Afghanistans. Er stützte sich vor allem auf die USA, durch deren Militärintervention nach dem 11. September die Taliban-Regierung gestürzt worden war. – Juri Kofner ist COMPACT-Korrespondent und lebt in Moskau.

Ein Volk, ein Reich, ein Xi

— von Daniell Pföhringer

Chinas Staatschef Xi Jinping regiert im Innern autoritärer als seine Vorgänger, bleibt aber wirtschaftlich auf Reformkurs. Mit diesem Erfolgsrezept soll die Volksrepublik bis Mitte des Jahrhunderts zur globalen Führungsmacht aufsteigen. Dafür spricht einiges.



Xi stammt aus einer wohlhabenden Funktionärsfamilie. Nach der Verhaftung seines Vaters während der Kulturrevolution hauste er jedoch zeitweise in einer Höhle. Foto: picture alliance / Photoshot

Der Beschluss auf dem 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas fiel wie gewohnt einstimmig: Alle 2.300 Delegierten, die sich Ende Oktober in der Großen Halle des Volkes am Tian'anmen-Platz in Peking versammelt hatten, stimmten dafür, das «Xi-Jinping-Denken über den Sozialismus chinesischer Prägung für eine neue Ära» in die Parteiverfassung aufzunehmen. Diese Ehre wurde bislang nur zwei Männern zuteil: noch zu Lebzeiten Staatsgründer Mao Tse-tung und posthum dem Reformler Deng Xiaoping.

Tatsächlich scheint das Denken – und Handeln – des seit 2013 amtierenden Staatspräsidenten zwischen diesen beiden Polen zu oszillieren: Auf der

einen Seite ein rigoroser Autoritarismus, der keinen Zweifel an den herrschenden Machtstrukturen lässt, auf der anderen Seite eine konsequente Fortsetzung der marktwirtschaftlichen Reformen, denen Xi zudem eine ökologische Note verpassen will.

Auf Dengs Spuren

Seit Maos Zeiten bestimmt die Festlegung des sogenannten Hauptwiderspruchs – ein philosophischer Grundsatz des «dialektischen Materialismus» – die Grundlinien staatspolitischen Handelns in China. Sah Mao diesen Hauptwiderspruch noch klassisch marxistisch zwischen Bourgeoisie und Proletariat, identifizierte Deng ihn als Gegensatz zwischen «den wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes und der rückschrittlichen Produktion».

Damit legte er vor fast vierzig Jahren den Grundstein für den Aufstieg des Roten Drachens vom Entwicklungsland zur heute zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt. Deng, der China faktisch, aber ohne offizielles Staatsamt, von 1979 bis zu seinem Tod 1997 regierte, schuf, wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schrieb, «auf den Ruinen des roten Terrors mit marktwirtschaftlichen Reformen die Basis für ein Wirtschaftswunder, das bis heute weit über eine halbe Milliarde Chinesen aus der Armut befreit hat».

«Die Steine ertastend den Fluss überqueren.» Deng Xiaoping

In seiner 2013 erschienenen Biographie *Deng Xiaoping and the Transformation of China* verdeutlichte der Harvard-Professor und Asien-Experte Ezra F. Vogel, dass das Reich der Mitte den eigentlichen «großen Sprung nach vorn» nicht unter Mao, sondern unter Deng geschafft hat, dieser aber nicht die Folge eines Großplans war, sondern das Ergebnis von vielen Einzelschritten. Deng, Intellektueller und politischer Praktiker zugleich, hatte dies mit dem schönen Bild «Die Steine ertastend den Fluss überqueren» beschrieben.

Getreu diesem Motto brachte der Reformler aus der Provinz Sichuan die Wirtschaft sukzessive voran. Er selbst bereiste – anders als Mao, der das Land nie verlassen hatte – schon als Jugendlicher Europa. Dorthin schickte er in den 1970er Jahren auch seine KP-Funktionäre. In Deutschland besuchten sie nicht

nur das Geburtshaus von Karl Marx in Trier, sondern auch die Kaianlagen in Bremerhaven und viele Fabriken. Wenig später gewann Deng ausländische Investoren für die neu errichteten Sonderwirtschaftszonen. Peking achtete jedoch streng darauf, dass es nicht zu einem Ausverkauf des Landes kam. Bis heute muss jedes ausländische Unternehmen in China mindestens zur Hälfte Einheimische beteiligen.

Pekings nationaler Sozialismus

Xi hat den Hauptwiderspruch neu bestimmt: Dieser besteht für ihn zwischen einer «unausgewogenen und inadäquaten Entwicklung und dem wachsenden Verlangen nach einem besseren Leben», woraus erricht nur eine stärkere Binnenausrichtung der einst extrem exportabhängigen Wirtschaft abgeleitet hat, sondern auch die Transformation Chinas von der Werkbank der Welt zu einem Innovationsland für Hochtechnologie. Der amerikanische Ökonom Doug Guthrie sieht darin eine neue Wirtschaftsform, «Innovation», die dem westlichen Kapitalismus überlegen sei und die er als eine wohl dosierte Mischung aus marktwirtschaftlich orientierter Innovation und staatlicher Intervention beschreibt. Durch eine zunehmende Dezentralisierung kommt der Aufschwung auch den Regionen zugute, die lange Zeit vernachlässigt wurden.

«Was Xi von Mao und Deng unterscheidet, sind seine außenpolitischen Ambitionen.»

«Berliner Morgenpost»

In seiner dreieinhalbstündigen Parteitagssrede propagierte der chinesische Staatschef, der sich unter dem Banner einer Anti-Korruptionskampagne so gut wie alle potenziellen Konkurrenten vom Hals schaffen konnte, eine Art nationalen Sozialismus fernöstlicher Prägung. «Das chinesische Volk, das in modernen Zeiten viel gelitten hat, tritt jetzt in eine neue Phase ein: erfolgreich, florierend und stark. Wir stehen vor einer großen Zukunft und der Wiedergeburt der großen chinesischen Nation», so Xi. Bis 2035 wolle man zu einer den USA zumindest ebenbürtigen Großmacht aufsteigen, bis 2050 zum – auch militärisch – bestimmenden Faktor der Weltpolitik.

Als Transmissionsriemen dient Peking das Projekt der Neuen Seidenstraße, das mit gewaltigen Infrastrukturinvestitionen einhergeht: Neue Verkehrswege, Eisenbahnstrecken, Stromleitungen und Kommunikationsverbindungen werden gebaut, Pipelines, Kraftwerke und Hafenanlagen errichtet und Hoch-

geschwindigkeitszüge zum Einsatz gebracht. Dafür stellt die Volksrepublik enorme Summen zur Verfügung: Über 40 Milliarden Dollar sind in den staats-eigenen Seidenstraßenfonds geflossen, weitere 50 Milliarden in die neue Asiatische Infrastruktur Investmentbank, an der sich neben China bis zu 40 weitere Staaten beteiligen wollen.

Toynbees Vorhersage

Ohne Zweifel ist die Neue Seidenstraße nicht nur ein wirtschafts-, sondern auch ein geopolitisches Projekt, mit dem Peking sowohl Washington als auch dem Partner und ewigen Rivalen Moskau den Schneid abkaufen will. Die *Berliner Morgenpost* schrieb: «Was Xi von Mao und Deng unterscheidet, sind seine außenpolitischen Ambitionen. Deng hatte auf Zurückhaltung und eine Politik der Nichteinmischung gesetzt, Mao schottete sein Land sogar komplett ab. Xi hingegen spricht unverhohlen vom Aufstieg seines Landes zu alter Größe.» Dessen Einfluss solle «rund um den Erdball reichen» – was die *Süddeutsche Zeitung* eifertig als «nationale Großmachtfantasie» schmähte.

Das 1,4-Milliarden-Volk steht weitgehend geschlossen hinter seinem Führer, der mit harter Hand regiert, dessen Macht aber auch dadurch legitimiert wird, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr schließt, während sie in vielen westlichen Staaten immer weiter auseinanderklafft. Geht es nach dem Parteitag in Peking verkündeten außenpolitischen Aufbruch. Der britische Geschichtsphilosoph Arnold J. Toynbee war fest davon überzeugt, dass, nachdem das 19. Jahrhundert ein britisches und das 20. Jahrhundert ein amerikanisches war, das 21. Jahrhundert China gehören werde. Es spricht einiges dafür, dass sich diese Vorhersage erfüllt. ■

Roter Kapitalismus

«Es scheint, als wehe der Geist von Marx durch die Große Halle des Volkes. Doch der einflussreiche deutsche Theoretiker des Kommunismus würde sich wohl im Grabe umdrehen, wenn er sähe, was in seinem Namen in China geschieht: Wilder Kapitalismus, Ausbeutung und Profitgier. Allein drei Delegierte des laufenden Parteikongresses in Peking besitzen ein Vermögen von 900 Millionen bis 1,3 Milliarden US-Dollar.

Die Zahl der Superreichen mit einem Eigentum von mehr als 300 Millionen US-Dollar stieg in diesem Jahr in China um 348 auf 2.130. «Das ist doppelt so viel wie vor fünf Jahren und viermal so viel wie vor zehn Jahren», berichtet Rupert Hoogewerf, der die Reichenliste des renommierten *Hurun-Magazins* jedes Jahr erstellt.

Ist China eigentlich noch kommunistisch? Nein, sagt der chinesische Historiker Zhang Lifan. «Es herrscht ein elitärer Kapitalismus, der eine sozialistische Flagge vor sich herträgt», sagt der Kritiker.» (NTV, 19.10.2017)

Deutsche Autos gelten in China nach wie vor als ultimatives Statussymbol. Allerdings hat das Reich der Mitte längst auch eine eigene Fahrzeugindustrie. Foto: picture alliance / dpa





Entscheidungsschlacht um Kirkuk

— von Sven Reuth

Die Kurden sind das weltweit größte Volk ohne eigenen Staat. Mittlerweile existieren zwar zwei Autonomiegebiete im Norden Syriens und im Irak – doch eine Unabhängigkeit wollen die mächtigen Nachbarn nicht zulassen.

Im Orient können
über Nacht aus
Todfeinden Verbün-
dete werden.

Der Dämon Sohak, ein Drache mit drei Augen und sechs Köpfen, musste täglich mit zwei Kinderhirschen gefüttert werden, um seinen Zorn zu besänftigen. Doch die gequälten Untertanen kamen auf die Idee, dem Tyrannen Schafshirne vorzusetzen. Nicht immer aber gelang die Täuschung. Als die Schergen des Ungeheuers zu dem Schmied Kaveh kamen, der schon acht seiner neun Kinder verloren hatte, band dieser seine Lederschürze ab, befestigte sie als Fahne an einer Stange und rief die Bauern seines Landes zum Kampf gegen das Ungeheuer auf. Gemeinsam stürmte man den Palast des Zwingherrn, und Kaveh erschlug Sohak mit seinem Hammer. Die geretteten Kinder wurden in die Berge gebracht, «wo sie den Anfang des kurdischen Volkes bildeten».

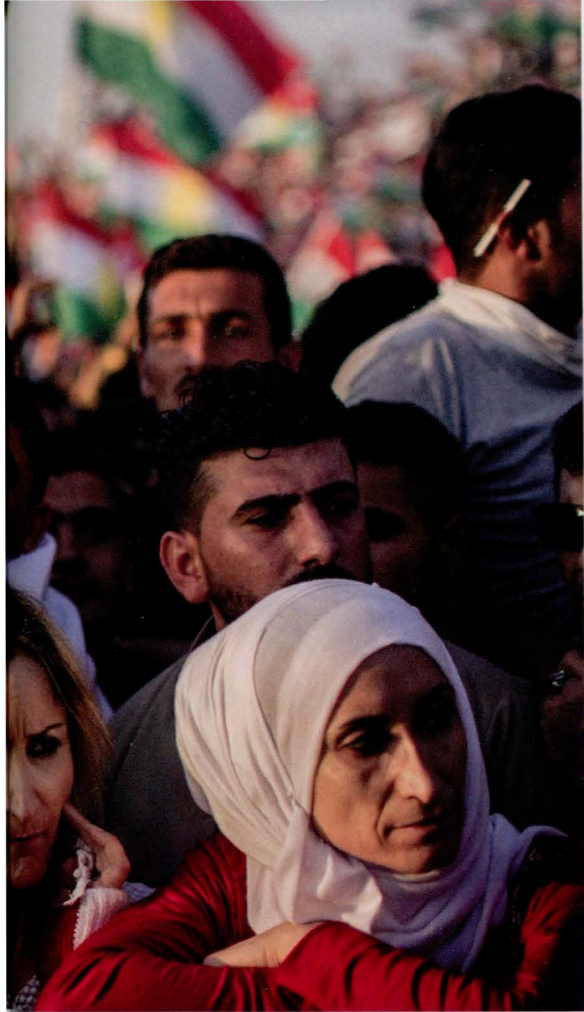
So lautet der Ursprungsmythos der kurdischen Nation. Laut Überlieferung soll sich der Kampf des Schmieds am 21. März 612 vor Christus zugetragen haben – und bis heute feiern die Kurden an diesem Tag ihr Neujahrsfest Newroz. Der Feiertag fällt genau auf die Tag-und-Nacht-Gleiche des

Frühjahrs, die im astronomisch-solaren iranischen Kalender eine große Rolle spielt – ein Beleg für die indogermanischen Einflüsse auf die Kultur und das Brauchtum der Kurden.

In der Geschichte von Kaveh spiegelt sich viel vom Unglück und der Größe dieses Volkes wider, das bis heute einen Kampf um seine Freiheit führt. Obwohl die Aufteilung des eigenen Siedlungsgebietes zwischen Osmanen und Persern schon im 17. Jahrhundert begann, gab man die Idee der Einheit nie auf. Oft erschien die Gründung eines eigenen Staates zum Greifen nahe, doch Aufstände gegen die britischen, türkischen oder irakischen Besatzer endeten in trügerischen Pyrrhussiegen, die von kurzer Dauer waren, da sie von der Gunst launischer und mächtiger Bundesgenossen abhingen. Und so leben die Kurden noch immer als ethnische Minderheit in fünf Staaten: in der Türkei, im Irak, in Syrien, im Iran und in Aserbaidschan.

Ungleiche Zwillinge

Immer wieder stand das heute rund 30 Millionen Menschen umfassende Volk mit dem Rücken zur Wand, wurde mit Giftgas bombardiert oder aus seinen Heimatregionen deportiert. Als sich im Sep-



Unabhängigkeitsdemonstration in Erbil am 22. September.
Foto: picture alliance / Oliver Weiken/dpa

tember 2014 von drei Seiten aus die Terrormiliz Islamischer Staat der mit Flüchtlingen überfüllten nord-syrischen Kurdenstadt Kobane näherte, bahnte sich eine weitere Tragödie an. Doch wie durch ein Wunder war die Gegenoffensive der zahlenmäßig und waffentechnisch unterlegenen Verteidiger erfolgreich. Diesem Wendepunkt des Krieges folgten weitere Siege gegen die Steinzeitislamisten, die zuletzt in der Einnahme ihrer Hauptstadt Raqqa gipfelten. Die Kurden stellten dabei einen Hauptteil der Bodentruppen und ersparten ihren westlichen Verbündeten viel Blutvergießen.

«Die Kurden würden unbezwinglich sein, wären sie vereint».

Von Moltke

Nach der Proklamation der autonomen Föderation Rojava im Norden Syriens am 17. März 2016 durch eine Versammlung von kurdischen, assyrischen, arabischen und turkmenischen Delegierten ist ein neues staatsähnliches Gebilde in der Region entstanden. Es grenzt direkt an die schon seit 1991

bestehende Autonome Region Kurdistan im Norden des Irak. Das Gebiet reicht in der Ost-West-Ausdehnung von der Millionenstadt Sulaimaniyya im Zagros-Gebirge an der iranischen Grenze bis zum Tal des Flusses Afrin in Syrien, von dem aus es nicht mehr weit bis zum Mittelmeer ist. Die beiden kurdischen Autonomiekantone sind allerdings nur in geografischer Hinsicht Zwillinge, denn sie unterscheiden sich stark im Staatsaufbau wie auch der ideologischen Ausrichtung. Im Irak herrschen in einer ungebrochenen feudalen Tradition einige mächtige kurdische Familien über das Land, die Rojava-Föderation hingegen orientiert sich an einem auf Prinzipien der Selbstverwaltung beruhenden «Demokratischen Konföderalismus». Es ist ein offenes Geheimnis, dass dieser stark von den kommunistischen Ideen des in der Türkei inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan inspiriert ist.

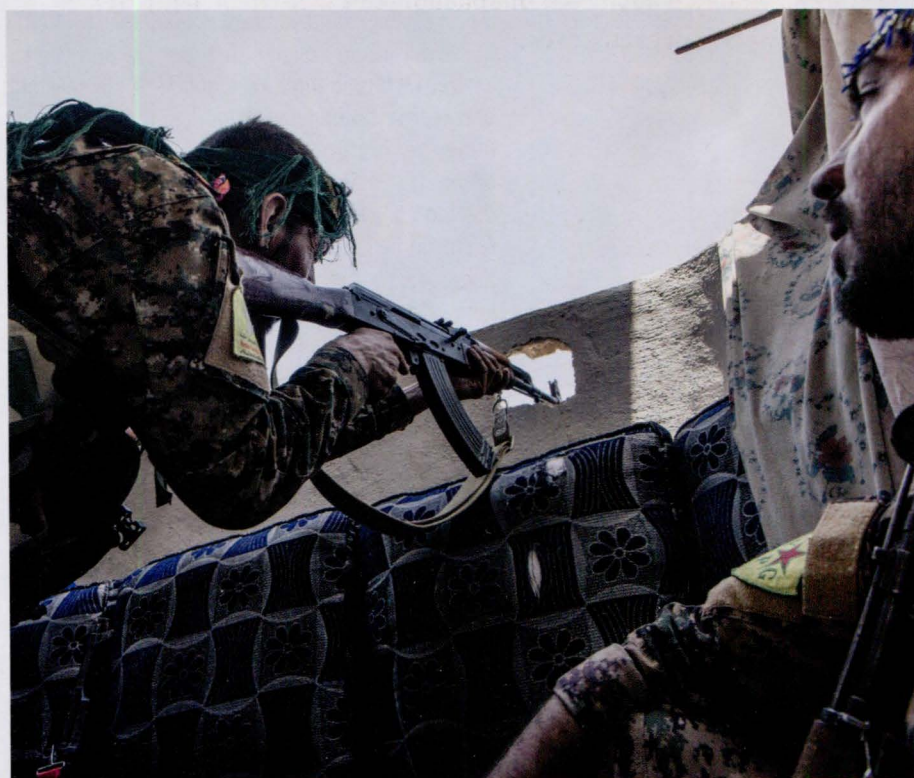
«Neues Israel» im Nahen Osten?

Diese Konstellation, die sich sukzessive aus den Kriegen und Bürgerkriegen der Region herauskristallisierte, ist in den letzten Monaten erneut in Bewegung geraten. Der Auslöser dafür war die einsame Entscheidung des Clanchefs Masud Barzani – der im kurdischen Autonomiegebiet des Irak seit Jahren wie ein absoluter Monarch regiert – zur Abhaltung eines Unabhängigkeitsreferendums. Zwar gab es bei der Abstimmung am 25. September dieses Jahres eine Zustimmung von 93 Prozent für die Loslösung vom Irak, dies führte aber auch zur endgültigen Mobilisierung der zahlreichen Gegner einer kurdischen Souveränität.



Die Kommandantin der kurdischen Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) in Syrien, Rojava Felat, (siehe Infobox S. 40) gilt als Mysterium. Weitgehend gesichert ist lediglich, dass sie 1980 im syrischen Al-Hasaka geboren wurde. Viele ihrer Angehörigen kamen 2016 bei einem Bombenangriff des IS ums Leben.
Foto: Screenshot Youtube

Die syrisch-kurdische Miliz YPG hat in Teilen Nordsyriens ein eigenes Herrschaftsgebiet errichtet.
Foto: picture alliance / Chris Huby / Le Pictorium/MAXPPP/dpa



Kurden-Amazone

Eine dunkelhaarige Frau in Tarnfleckuniform, die im völlig zerstörten Zentrum der einstigen IS-Hauptstadt Raqqa die gelbe Fahne der kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG schwenkt – das Bild ging um die Welt. Es handelt sich dabei um Rojda Felat, (siehe Seite 39, Spalte) die gerade eine große Schlacht gewonnen hatte: Als Kommandantin von 15.000 Kämpfern der Demokratischen Kräfte Syriens – einem Militärbündnis der YPG mit anderen Milizen wie dem christlichen Militärrat der Assyrier – stand sie an der Spitze der Operation «Der Zorn des Euphrat» zur Rückeroberung Raqqas. Obwohl sich Felat als «radikale Feministin» bezeichnet, nennt sie drei Männer als ihre Vorbilder: Napoleon, den kurdischen Sultan Saladin, der im Jahr 1187 Jerusalem eroberte, und den deutschen Reichskanzler Otto von Bismarck. Sie bewundert auch Arin Mirkan: Die kurdische Soldatin und zweifache Mutter sprengte sich am 5. Oktober 2014 in der Schlacht um Kobane selbst in die Luft, nachdem sie auf dem strategisch wichtigen Hügel Mishtenur über der Stadt von Kämpfern der Terrormiliz IS umzingelt worden war – und soll dabei 16 Feinde getötet haben.

„Sven Reuth ist Diplom-Ökonom. In COMPACT 10/2017 schrieb er über den libyschen General Chalifa Haftar.“

Im Orient können über Nacht aus Todfeinden Verbündete werden – dennoch rieb man sich die Augen, als der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan Anfang Oktober seinen iranischen Amtskollegen Hassan Rohani in Teheran besuchte, obwohl sich beide Länder in Syrien schon seit Jahren einen erbitterten Stellvertreterkrieg liefern. Nach dem Treffen betonte Erdogan die Entschlossenheit beider Regierungen, «verschärfte Maßnahmen» gegen das «illegitime Referendum» zu ergreifen – eine Ankündigung, die nicht folgenlos bleiben sollte. Fatal für die Kurden wirkte sich die Einschätzung des türkischen Politikwissenschaftlers Mustafa Sitki Bilgin aus, im Norden des Irak entstünde gerade ein «neues Israel» im Nahen Osten – eine Formel, die von vielen Politikern der Region aufgegriffen wurde.

Die Behauptung ist in dieser zugespitzten Form falsch, tatsächlich wurde das Ergebnis des Referendums auf internationaler Ebene aber nur vom israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu anerkannt. Bis zu 400.000 kurdische Juden leben mittlerweile in Israel, wo sie eine mächtige Lobby bilden, sich intensiv der Pflege ihrer jeweiligen Herkunftskultur widmen und natürlich viele Kontakte in die alte Heimat bewahrt haben. In den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war es ein offenes Geheimnis, dass der israelische Geheimdienst Mossad kurdische Milizen im Norden des Iraks ausbildete.

Das macht die irakischen Kurden allerdings nicht zu einer reinen Marionette Tel Avivs, zumal man bestrebt ist, auch zu anderen Großmächten gute Beziehungen zu knüpfen. So investiert gerade der russische Energiekonzern Rosneft eine Milliarde US-Dollar in die Erschließung der Öl- und Gasfelder, die sich rund um Kirkuk befinden. Diese Stadt, die als «kurdisches Jerusalem» gilt, stand nun im

Zentrum einer Operation, die alle Unabhängigkeitsträume vorläufig zunichtegemacht hat. Ende Oktober marschierten irakische Regierungstruppen, die von pro-iranischen, schiitischen Milizen unterstützt wurden, in den Nordirak ein und übernahmen dabei die Kontrolle über die Erdölmetropole. Kurz zuvor hatte Qassem Soleimani, ein General der iranischen Revolutionsgarden, die Metropole Sulaimaniyya besucht. Diese gilt als Hochburg der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), die sich mit Barzanis Demokratischer Partei Kurdistans (PDK) um die Vorherrschaft im Land streitet.

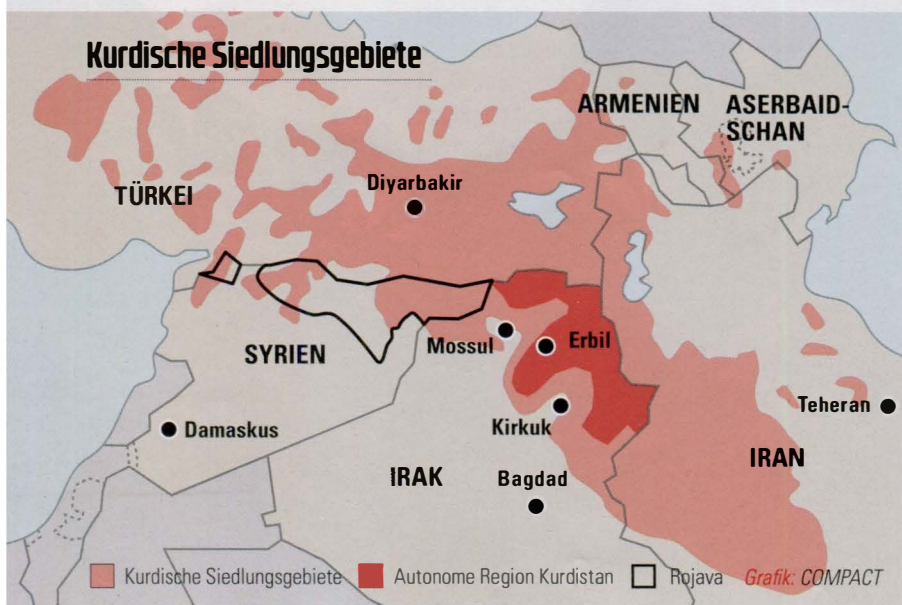
Ewiger Bruderzwist

Kurz nach dem Treffen erfolgte die irakische Militäroffensive, bei der die PUK-nahen Einheiten den ihnen zugeteilten südlichen Frontabschnitt pikanterweise fast kampflos aufgaben. Wenig später trat Barzani von seinem Amt als Präsident der kurdischen Autonomieregion, das er zwölf Jahre lang ausgeübt hatte, zurück. Einmal mehr scheinen die Kurden an ihrer Zerstrittenheit zu scheitern, die schon der spätere preußische Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke beschrieb, als er im Jahr 1838 als türkischer Militärberater an einem Feldzug in Syrien teilnahm. Der große deutsche Stratege stellte fest, dass «der Araber mehr vom Diebe, der Kurde mehr vom Krieger an sich» habe, und kam zu dem Schluss: «Die Kurden würden unbezwinglich sein, wären sie vereint.»

«Die Kurden gehören der ... indoeuropäischen Völker- und Sprachenfamilie an.» Scholl-Latour

Die aktuellen Ereignisse sprechen für Moltkes damalige Einschätzung. Nun ruhen die kurdischen Hoffnungen auf der Rojava-Föderation, die man als die jüngste kommunistische Staatsgründung der Geschichte ansehen kann, und deren Bild von den Frauen in Uniform geprägt wird, die in den Volksverteidigungseinheiten YPG kämpfen. Die Idee von einer Freiheit in Unabhängigkeit wird sich wohl nie ganz unterdrücken lassen – zu sehr unterscheiden sich die Kurden mit ihrer weitgehend säkularen Kultur von ihren Nachbarn. Schon Peter Scholl-Latour stellte in seinem 1999 erschienenen Buch *Allahs Schatten über Atatürk* fest: «Zudem ist mir seit meiner intensiven Erkundung Zentralasiens bewusst, dass zwischen Turanern und Iranern schon seit den Tagen Zarathustras ein unüberbrückbarer Gegensatz besteht, und die Kurden gehören nun einmal der iranischen, der arischen oder indoeuropäischen Völker- und Sprachenfamilie an.» ■

Kurdische Siedlungsgebiete



Dossier

Seite 42-52

Das neue Europa

Von Wien bis Helsinki – der ganze Kontinent ist in Bewegung: Die Mitte-Links-Parteien verlieren, die Rechte ist im Aufwind. Traditionelle konservative Parteien wie die ÖVP in Österreich oder die Republikaner in Frankreich entdecken ihre Wurzeln wieder. Können aus dieser Konstellation handlungsfähige Regierungen entstehen? Wir stellen ganz verschiedene Ansätze vor.



An der schönen blauen Donau

— von Karel Meissner

Kommt in Wien eine schwarz-blaue Regierung ans Ruder, entsteht innerhalb der EU ein habsburgisches Kraftzentrum. Zusammen mit den Visegrad-Staaten könnte Österreich ein neues Europamodell auf patriotischer Grundlage entwickeln.

Blaues Wasser, blaue Politik: In Wien dürfte die FPÖ schon bald mitregieren. Es wäre die dritte Koalition nach 1983 (mit SPÖ) und 2000 (mit ÖVP). 1970/71 duldete die Partei zudem eine SPÖ-Minderheitsregierung. Foto: Henryk Sadura, Shutterstock.com

Möglich ist eine antiislamische Außenpolitik wie vor 300 Jahren unter den Habsburgern.

Innenminister Heinz-Christian Strache, Außenminister Norbert Hofer? Bei dieser Perspektive schrillen in der Wiener Hofburg, dem Sitz des Bundespräsidenten, die Alarmglocken, denn die Politiker gehören zu der als rechtsradikal verschrienen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Einigen sich die Genannten mit der konservativen Volkspartei (ÖVP) auf eine entsprechende Ressortverteilung, könnte Burgherr Alexander Van der Bellen aber noch die Notbremse ziehen, wie einer seiner Amtsvorgänger im Jahr 2000. Dass seinerzeit eine schwarz-blaue Koalition geschlossen wurde, konnte der Bundespräsident zwar genauso wenig verhindern, wie er es heute kann. Aber er weigerte sich, die vom damaligen Parteichef Jörg Haider als Minister vorgesehenen Personen zu vereidigen, und bestand auf deren Ersetzung durch gemäßigte FPÖler. Von dieser Demütigung sollten sich die Blauen lange nicht mehr erholen: Der personellen Kastration folgte ein inhaltliches Nachgeben – Ministerpräsident Wolfgang Schüssel (ÖVP) führte das Kabinett mit harter Hand, und die Freiheitlichen knickten ein ums andere Mal ein. Schon bald liefen ihr die Wähler davon, und nach vier Jahren war die Partei gespalten.

Die damalige Kapitulation der FPÖ war allerdings auch dem internationalen Druck geschuldet: Die EU hatte gegen ihr österreichisches Mitglied Sanktionen verhängt, das Kesseltreiben in Brüssel war vor allem von den einheimischen Sozialdemokraten, der damals von Kanzler Gerhard Schröder geführten SPD und den noch mächtigen französischen Sozialisten angeführt worden, auch Israel hatte sich beteiligt.

Diese Rahmenbedingungen sind heute nicht mehr gegeben: In Berlin und Paris sind die Sozialisten nur noch ein Schatten ihrer selbst und in ganz Westeuropa überhaupt nur noch in Italien an der Macht. Auch aus Tel Aviv muss die FPÖ keinen Gegenwind befürchten – Strache hat Verbindungen zum Likud-Block von Premier Benjamin Netanjahu aufgebaut.

Der Visegrad-Pakt

Vor allem würden sich in den EU-Gremien heute keine Sanktionen gegen eine blau-schwarze Regierung in der Alpenrepublik mehr durchsetzen lassen. Denn durch die Osterweiterung kamen 2004 Staaten in die Union, die zunächst handzahn von Brüssel und Berlin geführt werden konnten, aber mittlerweile ein eigenes Selbstbewusstsein entwickelt haben und in Punkto Grenzkontrollen und Islam mindestens genauso rigide eingestellt sind wie die FPÖ. In Form der Visegrad-Gruppe – benannt nach dem

ersten Treffen auf einer ungarischen Burg im Jahr 1990 – haben sich vier Staaten eine eigene Organisationsform gegeben: Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei. Die drei letzteren gehörten früher zum Habsburgerreich, mit den Polen verbindet die Österreicher zumindest die Erinnerung an den gemeinsam erfochtenen Sieg über die Türken vor Wien im Jahr 1683.

Strache hat nun vorgeschlagen, dass Österreich dieser Kooperation beitrifft, aus V-4 würde V-5. Der linksliberale *Standard* warnte prompt vor «realitätsfernen Visegrad-Fantasien» – dabei hat die Zusammenarbeit auf informeller Basis längst begonnen. Die Schließung der Balkanroute im Frühjahr 2016 wurde nämlich, ganz gegen den Wunsch der EU, von Wien zusammen mit den V-4 verabredet. Der damalige Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) zog gemeinsam mit Viktor Orban die Fäden, man griff dem Frontstaat Mazedonien bei der Abwehr der Asylantenströme unter die Arme. In der Zwischenzeit hat Kurz die ÖVP auf seinen Kurs gezwungen, er als Kanzler hätte mit einem FPÖ-Außenminister Hofer zumindest an diesem Punkt eine gute Arbeitsteilung. Auch eine noch bestehende Lücke in der Balkanfront könnten die beiden schließen: In Bosnien-Herzegowina radikalisieren sich die Muslime, Saudi-Arabien und die Türkei haben ihren Einfluss dort massiv ausgebaut. Deswegen wachsen die Unabhängigkeitsbestrebungen im serbischen Landesteil, der Republika Srpska (RS). Kurz ließ sich im Wahlkampf von RS-Premier Milorad Dodik unterstützen, die FPÖ gilt ohnedies als Serbenpartei. Mit österreichischer Unterstützung könnte ein christlicher Vorposten im Südbalkan entstehen, der den Übergang über die Drina bewacht – wie vor 300 Jahren, als Prinz Eugen die Osmanen zurückwarf.

Durchbruch an der Moldau

Die Visegrad-Staaten werden von Parteien regiert, die sich weltanschaulich oder in der geopolitischen Orientierung unterscheiden – der Fidesz in Budapest ist putinfreundlich, die PiS in Warschau proamerikanisch, die Smer-SD in Bratislava sozialdemokratisch –, aber in der derzeitigen Hauptfrage sind sich alle einig: Grenzen dicht gegen Massenzuwanderung und Islam – und anderslautende Weisungen aus Brüssel werden souverän ignoriert.

Dass sich diese Ausrichtung verstärkt und nicht abschwächt, haben Mitte Oktober die Parlamentswahlen in der Tschechischen Republik bewiesen. Die Parteien mitte-links wurden abgestraft, strahlender Sieger wurde die EU-kritische ANO-Bewegung des Milliardärs Andrej Babis mit 30 Prozent (plus elf). Mit zehn Prozent landete die tschechische Rechtspartei SPD (nicht zu verwechseln mit der SPD in Deutschland) auf Anhieb auf Platz drei.

Die Zeit schrieb entsetzt: «Ihr Gründer [Tomio] Okamura genießt unter seinen Anhängern beinahe Popstar-Status. Seine nationalistische Rhetorik gegen Minderheiten pflegt er, obwohl er selbst Sohn einer Tschechin und eines Japaners ist.» Ein einziger Slogan genügte für seinen Überraschungserfolg: «Nein zum Islam, nein zum Terrorismus» hatte die SPD im ganzen Land plakatiert lassen.

Nun könnten ANO und SPD eine Regierung mit Tolerierung durch die Kommunisten bilden – eine für Westeuropa unvorstellbare Koalition, die aber zeigt, dass selbst hartgesottene Linke im früheren Ostblock noch eine patriotische Ader haben. Aber sogar wenn sich Babis dafür entscheidet, die bisherige Koalition mit Christ- und Sozialdemokraten wieder aufleben zu lassen, brächte dies einen Rechtsruck – denn nun wäre er in dieser Konstellation Regierungschef und nicht nur Juniorpartner.

«Nein zum Islam,
nein zum Terrorismus».

Slogan der tschechischen SPD

Viel wird nun davon abhängen, wie sich das neue Kabinett in Wien aufstellt – und ob die FPÖ, anders als 2000, ihre Forderungen wenigstens teilweise durchsetzen kann. Zu Straches Knackpunkten gehören die Übernahme der genannten Schlüsselministerien, mit denen sich die illegale Zuwanderung stoppen und eine Visegrad-Außenpolitik betreiben ließe. Außerdem fordert die FPÖ die Einführung von direkter Demokratie auf nationaler Ebene nach Schweizer Vorbild. Damit hätte das Volk ein Instrument in der Hand, im Falle eines Falles auch einer schwarz-blauen Regierung Beine zu machen. ■

Der erste Kotau?



«Im Bemühen, ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, verzichtet die FPÖ auf alte Traditionen. So tragen die 51 Mandatäre der Freiheitlichen bei der heutigen Angelobung [Vereidigung] im Nationalrat [Parlament] nicht wie gewohnt die umstrittene blaue Kornblume. Stattdessen schmückt ein Edelweiß die blauen Abgeordneten. (...) Zuletzt trugen die FPÖ-Abgeordneten die Kornblume bei der Angelobung im Jahr 2013. Schon seit dem 19. Jahrhundert gilt diese als deutschnationales Zeichen.» (*Kleine Zeitung*, 9.11.2017)

Auch Parteichef Heinz-Christian Strache schmückte sich mit einem Edelweiß. Dabei darf die stark gefährdete Blume in Österreich eigentlich gar nicht gepflückt werden. Foto: picture alliance / Michael Gruber / EXPA / picturedesk.com

Hoffentlich kein Menetekel: Der künftige Bundeskanzler Sebastian Kurz scheint beim Handschlag mit Strache noch etwas unsicher. Foto: picture alliance / Michael Gruber / EXPA / picturedesk.com



Zoff im Front National

... von Benedikt Kaiser

Der französische Front National (FN) war bis vor Kurzem das erfolgreichste Projekt der europäischen Rechten. Doch nach Wahlniederlagen ist Feuer unterm Dach. Chefin Marine Le Pen muss sich schweren Herausforderungen stellen.

Herausforderungen meint hier zweierlei: Inhaltliche Richtungskämpfe bedrohen den Frieden in der Partei, personelle Querelen kratzen am Image der Fundamentalopposition. Beides konnte die starke Frau jahrelang vermeiden: Unter dem Vorsitz der Tochter des hochbetagten Patrons Jean-Marie Le Pen wurde seit 2011 die alte Stärke der patriotischen Sammlungspartei erreicht und sogar übertroffen.

Auf Reformkurs

Bei der Präsidentschaftswahl von 2012 gelang Marine Le Pen ein Achtungserfolg von fast 18 Prozent. Der FN löste sich unter Marine von alten Zöpfen und durchbrach – mit einem sozialen Patriotismus nach innen und einem nationalen Souveränismus nach außen – den Ausgrenzungsblock des Establishments. Der FN verankerte sich vor Ort als soziale Heimatpartei und unterlief damit teilweise die Dämonisierungsstrategie.

Marine Le Pen hatte das Fernsehduell mit Emmanuel Macron verpatzt.

Zwischen 2012 und 2017 machte der FN eine personelle wie gestalterische Frischzellenkur durch. Sogenannte altrechte Agitationsweisen und Inhalte wurden durch einen modern gestalteten, volksnahen Auftritt ersetzt. Diese erfolgreichen Bemühungen mündeten am 23. April 2017 im Präsidentschaftswahlergebnis der Spitzenkandidatin: Sie erzielte 21,3 Prozent der Stimmen und musste sich damit nur dem Neoliberalen Emmanuel Macron geschlagen geben. Der kam auf 24 Prozent der Stimmen.

Le Pen setzte auf einen ausdrücklich sozialen Kurs der Nationalen: Verteilungsgerechtigkeit, Wohnraumprobleme, Rentenvorsorge auf der einen, Kriminalität und No-go-Areas auf der anderen Seite – mit diesen Themen drängte sie auch interne Konkurrenten an die Wand. Vor allem setzte sie jedoch externen Gegnern zu. Ein Paukenschlag war von Paris bis Marseille zu hören: Der Kandidat der Sozialdemokratie fiel auf mickrige 6,4 Prozentpunkte. Und mit Themen der inneren Sicherheit schlug man dann auch noch die Neokonservativen, die mit François Fillon in den Wahlkampf zogen und mit 20 Prozent scheiterten.

Doch dann endete die Harmonie im Front National. Macron siegte im zweiten Wahldurchgang am 7. Mai 2017 mit 65 zu 35 Prozent allzu deutlich: Eine Allparteienallianz von Linksextremen bis Marktradikalen konnte gemeinsam den Front National besiegen. Die Kandidatin des Volkes verlor gegen den Kandidaten der Oligarchie – und der Medien. Im Internet kursierte ein Foto von einem Pariser Kiosk, wo etwa 15 Zeitschriften und Magazine auslagen – sie alle zeigten den Le Pen-Widersacher Macron auf dem Titelblatt.

Das Scherbengericht

Kaum war der Präsidentschaftswahlkampf im Mai vorbei, begann der Wahlkampf zur Nationalversammlung (ähnlich dem Bundestag in Deutschland). Die parteiinternen Gegner Marine Le Pens legten los. Sie habe, so die Anhänger des dynamischen Partei-Vizes Florian Philippot, das entscheidende TV-Duell gegen Macron in den Sand gesetzt. Das sei unverzeihlich. Die Kritik traf einen wunden Punkt: Le Pen hatte tatsächlich alt ausgesehen, taktische Fehler begangen und wichtige Fakten durcheinandergebracht. Philippot, 36 Jahre alter Medienprofi, spottete. Dabei war er ihr wichtigster Berater und trägt somit eine Teilschuld.

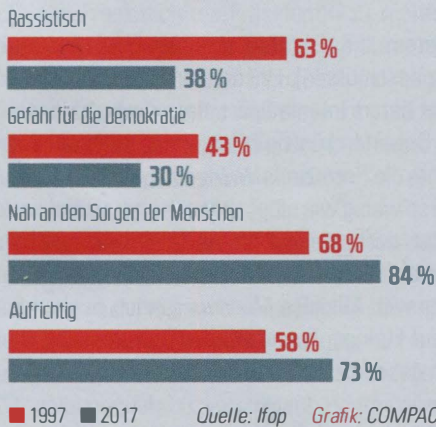
Florian Philippot und seine ehemalige Chefin Marine Le Pen.
Foto: picture alliance / Christophe Petit Tesson/MAXPPP/dpa



Hier punktet Le Pen

Wie würden Sie den Front National beschreiben?

Umfragen unter FN-Wählern 1997 und 2017



Aber das interessierte nicht mehr, als auch noch die Parlamentswahl im Juni 2017 verlorenging. 13 Prozent der Stimmen beziehungsweise lediglich acht Mandate trotz Polarisierung und Proteststimmung – das war zu viel des Schlechten. Philippot wollte jetzt das Ende der Ära Le Pen einleiten und gründete den Verein Die Patrioten als Sammelbecken der Partei-Unzufriedenen, als eine eigene Hausmacht. Marine handelte. Dem Aufmüpfigen wurden die wichtigsten Aufgaben entzogen. Er sollte neben Le Pens Lebensgefährten Louis Aliot Vizepräsident des Front National bleiben, aber in Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten stark eingeschränkt werden.

Der Zurückgesetzte ätzte daraufhin weiter gegen seine Chefin und verkündete am 21. September seinen Parteiaustritt. Auch wenn es viele Journalisten nicht wahrhaben wollten und über die Spaltung des FN jubelten: Inhaltlich passen nicht gerade viele Blätter Papier zwischen die Streithähne. Beide vertreten einen souveränistischen Sozial-Patriotismus. Eher ging es um Kompetenzgerangel und Postengeschacher. Sprich: Es menschele allzu sehr.

Die inhaltliche Problematik kommt ganz anders zum Tragen: Nicht Anhänger Le Pens und Philippots streiten seither über den Kurs der Partei. Wer jetzt aufbegehrt, sind jene traditionellen FN-Aktiven, die durch die Erfolge des Duos Le Pen/Philippot jahrelang kaltgestellt worden waren. Der schroffe Anti-EU-Kurs, der in den Wahlkämpfen 2017 mit einer bewusst sozialen Ausrichtung gefahren wurde, passt den Nationalkonservativen nicht.

Diese wollen vielmehr eine Annäherung an die neokonservative Mitte um Fillon. Das geht aber nicht mit Kapitalismuskritik und EU-Schelte. Daher fordern sie eine Neuausrichtung der Partei in den Bereichen Europapolitik, Wirtschaft und Soziales – wobei man hier auch von einem regelrechten Roll-



back sprechen könnte. Der FN war in den 1980er Jahren nämlich wirtschaftsliberal und staatskritisch. Das soll, so die Meinung lautstarker Le Pen-Gegner, bitteschön wieder so werden.

Philippot trat derweil Ende September nach: Diese alten Dämonen habe Marine Le Pen unterschätzt und nicht stark genug bekämpft. Nun holten sie den FN ein und hinderten ihn an neuem Wachstum. Le Pen wiederum erwiderte, Philippot inszeniere sich als «Opfer», seine Aussagen seien «verleumderisch».

Die geschwächte Parteichefin und ihr Anhang kämpfen nun innerhalb des eigenen Lagers an zwei Hauptfronten: Einerseits muss verhindert werden, dass die Befürworter eines marktliberalen Kurses bei neokonservativer Law-and-Order-Agitation das Erfolgsrezept Sozialpatriotismus rückgängig machen. Hier wird viel Energie gebunden, die an der anderen Front nötig wäre, nämlich bei der Konkurrenz mit der Neuformation Die Patrioten: Die hat mittlerweile Parteistatus und baut landesweit Strukturen auf. Doch wie in Deutschland haben Spalter wenig Chancen. Das Gerüst des FN blieb Marine Le Pen und dem Mutterschiff erhalten, nur Wenige folgten den Ketzern. Im Süden Frankreichs können Die Patrioten bis heute keine Verbände aufbauen. In dieser jahrzehntelangen Hochburg des FN finden sich schlichtweg keine Überläufer.

Bis März 2018 wird nun innerhalb des Front National gestritten und diskutiert: Dann findet der nächste Parteitag statt. Vielleicht plant die charismatische Marion Maréchal-Le Pen bereits ihr Comeback in die Politik. Das wäre freilich eine neue Herausforderung für ihre Tante Marine: Marion zählt ausgerechnet zu jenen traditionalistischen FN-Kreisen, die den sozialpatriotischen und EU-feindlichen Kurs kritisch bewerten. ■

Marion Maréchal-Le Pen könnte die Familiendynastie fortsetzen. Nach den Präsidentschaftswahlen im Mai hatte sich die 27-Jährige – bis auf Weiteres – aus der Politik zurückgezogen. Foto: picture alliance / abaca

Bündnis der Alpha-Frauen



«Ohne mich in die internen Debatten der AfD einmischen zu wollen, gilt mein Vertrauen ganz und gar Frauke Petry. Ich kenne ihre Integrität und ihre untadelige politische Linie.» (Stellungnahme von Marine Le Pen, nachdem Petry aus der AfD-Bundestagsfraktion ausgetreten war)

Le Pen und die damalige AfD-Chefin Frauke Petry Anfang 2017 auf einer Konferenz europäischer Rechtsparteien in Koblenz. Foto: Screenshot Youtube

Benedikt Kaiser ist Politikwissenschaftler, Publizist und Lektor beim Verlag Antaios, wo in diesem Jahr auch sein Buch «Querfront» erschienen ist. Zuletzt schrieb er in COMPACT 11/2017 kritisch über den katalanischen Separatismus.

Für eine Rechte, die ihre Werte verteidigt

Interview mit Laurent Wauquiez

Im Dezember wählen die Republikaner, die Schwesterorganisation der CDU in Frankreich, ihren neuen Vorsitzenden. Aussichtsreichster Kandidat ist der frühere Minister Laurent Wauquiez. Sein Motto: «Die Rechte muss wieder rechts werden.» Mit der «Rechten» meint er seine eigene Partei – ein Begriff, den man bei der Selbstbeschreibung der CDU schon seit Jahrzehnten nicht mehr gehört hat.



Laurent Wauquiez ist Präsident der Region Auvergne-Rhône-Alpes. Zwischen Juni 2011 und Mai 2012 war der 42-Jährige Minister für Hochschulen und Wissenschaft.
Foto: European People's Party, CC BY 2.0, Wikimedia Commons

«Bündnisse mit dem Front National würden uns schaden.»

Zwischen der Rechten und ihren Wählern ist es zur Scheidung gekommen, sagen Sie. Wann war das?

Nach meinem Dafürhalten hat diese Trennung Mitte der 1990er Jahre stattgefunden, und zwar in dem Moment, als die Rechte technokratisch geworden ist. Hier ist sie in eine Falle getappt: die Politikverdrossenheit. Seit diesem Zeitpunkt hat die Rechte zwar gegen die Linke gekämpft, aber nur noch mit Tabellenanzeigen auf dem Computerbildschirm, es ging um 2,8 oder 2,9 Prozent Staatsdefizit und welche technischen «Reförmchen» man vorschlagen soll. Seit diesem Umschwung steht ein rechtes Zentrum gegen ein linkes Zentrum und legt seine Netze in lauwarmen Wassern aus.

Kann man den Bruch 1995, in der ersten Amtszeit von Staatspräsident Jacques Chirac [Gau-list, Parteifreund von Wauquiez], festmachen?

Nein, tatsächlich war das viel früher, und zwar während der Volksabstimmungskampagne zum Vertrag von Maastricht von 1992 [darin wurde unter

anderem die Einführung einer EU-Einheitswährung beschlossen]. Unsere Partei war von diesem Streit derart traumatisiert, dass sie beschloss, solche Debatten künftig zu unterbinden. In der Folge dachte die Rechte, um Wahlen zu gewinnen, müsse man so wenig wie möglich sagen und, einmal an der Macht, noch weniger tun. Voilà, das war die Falle: allen gefallen, und jedem das sagen, was er gern hören will. All diese Manöver führten zu einer Politik auf kleinem Feuer, wo der Diskurs völlig aseptisch daherkommt.

Der Linkstrend der Konservativen

Welche Schlüsse ziehen Sie aus den Niederlagen der Rechten sowohl 2012 [Wahlsieger: der Sozialist Francois Hollande] als auch 2017 [Wahlsieger: Emmanuel Macron mit seiner neuen Partei En Marche] ?

Ich glaube nicht, dass die Niederlagen daran liegen, dass die Rechte ihre Werte verteidigt hat, und bin damit im Widerspruch zu einer Analyse, die ich häufig höre! Unsere Wähler haben vielmehr das Gefühl, dass wir unseren Weg nie konsequent zu Ende gehen, wenn wir an der Macht sind – und das ist wahr. Vielleicht lässt sich das dadurch erklären, dass die Unterwerfung unter die linke Ideologie, dieser Virus, nach wie vor sehr präsent in den Köpfen ist. Beachten sie bloß die Schlussfolgerungen, die einige aus unseren Niederlagen ziehen: «Cap à gauche!» («Nach links!») Der Wiederaufbau der Rechten darf sich nicht auf die Leugnung dessen, was man ist, gründen, sondern auf dessen Bekräftigung! Ich bin davon überzeugt, dass die Mehrheit der Franzosen auf die Bestätigung dieser Werte wartet, die die Rechte verkörpert.

Wenn es auch Mode ist, auf François Fillon [Kandidat der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen 2017] herumzuhacken, bin ich ihm doch für eine Sache dankbar: Während der medialen Instrumentalisierung der Affäre Penelope-Gate [Fillon hatte seine Ehefrau Penelope auf Staatskosten beschäftigt], als er komplett am Boden lag, hätte der Mann Versprechungen abgeben können. Er hätte unter anderem sein Programm abmildern, die Ecken abrunden und sich total verleugnen können, um die Meute zu beruhigen. Fillon hat aber den Mut gehabt, seine Ideen ohne Abstriche bis zum Ende zu vertreten. Schließlich bekam er 20 Prozent. Das gemahnt an ein Wunder angesichts des Orkans, der über ihn hinweggefegt ist. Diese 20 Prozent sind die Résistance [der Widerstand] der Werte und Überzeugungen.

Die Stimme dem Front National zu geben, ist nutzlos und hilft nur der Linken, weiterhin an der Macht zu bleiben. 2017 hat Marine Le Pen ihr wahres Gesicht gezeigt: Als Person, die nicht auf der Höhe ist, Frankreich als Präsidentin zu repräsentieren und das Land in die Zukunft zu führen. Alle Bündnisse, die wir mit dem Front National machen könnten, schaden uns nur, weil die Linke frohlocken würde: Seht her, die Republikaner machen gemeinsame Sache mit der extremen Rechten.

In Frankreich existiert der Front National allein deshalb, weil die Rechte nicht mehr die Rechte verkörpert. Man muss wirklich eine Rechte haben, die diese Werte auch umzusetzen vermag, das ist die einzige mögliche Antwort. Nicolas Sarkozy ist es 2007 gelungen. Mein Departement, Haute-Loire, ist das einzige, wo der Front National weniger Stimmen als 2012 bekommen hat. Die Wähler haben die Ernsthaftigkeit der Bemühungen sowie die Bestimmtheit in der Sache honoriert. Es ist genau das, was ich auf nationaler Ebene erreichen will.

Die Kräfte der Dekonstruktion

Zemmour [Eric Zemmour, der «Sarrazin» Frankreichs] schreibt, indem Sie einerseits einen rechten Diskurs führen und andererseits der Mitte etwas versprechen, werden Sie letztendlich «an beiden Tischen» verlieren.

Das denke ich nicht. Es hängt von einer starken Persönlichkeit ab. De Gaulle hat es vorgemacht. Pompidou [de Gaulles Nachfolger] ebenfalls. Ich habe keine einzige Konzession gemacht, weder mache ich auf links, noch biege ich links ab. Seit 1968 hat man Frankreich erklärt, wenn es wirtschaftlich voran-

kommen wolle, müsse es sich «dekonstruieren», es müsse auf seine grundlegenden Werte, seine Fundamente verzichten. Michel Foucault [postmoderner Philosoph] hat damit begonnen, die staatlichen Institutionen auseinanderzunehmen. Und es war Pierre Bourdieu [linker Soziologe], der in allen gesellschaftlichen Organisationen eine «synthetische Gewalt» sah, und schliesslich haben wir Jacques Derrida, den Theoretiker dieser Dekonstruktion [Der Begriff bezeichnet die theoretische und praktische Auflösung aller traditionellen Formen]. Der wird von der französischen Elite gehätschelt, wenn es darum geht, Frankreich für die Globalisierung fit zu machen: Man müsse auf all das, was die DNA unseres Landes ausmacht, verzichten... Ihre jüngsten Avatare [virtuelle Doppelgänger] sind zwar weniger brillant – aber zumindest sehr klar, was die Agenda angeht: Es ist Jacques Attali [früherer Präsidentenberater], der uns erklärt, dass die Ankunft von Migranten eine Chance sei. Es ist Emmanuel Macron, der theoretisiert, dass es keine französische Kultur gebe. Es ist Marlène Schiappa, die die Ausstrahlung der katholischen Messe im Fernsehen denunziert und dabei wohl vergisst, dass wir das Produkt einer zweitausendjährigen Sozialisation durch das Christentum sind. Schlussendlich ist es eine Abgeordnete der [linksradikalen] Partei La France insoumise, welche die Parole «Nique la France!» («F*ck Frankreich!») verteidigt, sich aber gleichzeitig bei der Parole «Vive la France!» unwohl fühlt. Selten hat ein Land eine solche Zerstörungswut gegen alles entwickelt, was zu seiner Konstituierung beigetragen hat. Voilà, das ist der Effekt der Dekonstruktion. ■

Die Trikolore in ihrer heutigen Form war zwischen 1794 und 1815 und ist seit 1830 die Fahne Frankreichs. Foto: Blandine Le Cain, CC BY 2.0, Wikimedia Commons



Die Republikaner



Les Républicains (LR) ist eine Sammlungsbewegung aus Gaullisten und Wirtschaftsliberalen. Gegründet wurde die Partei 2002 als Union pour un mouvement populaire (UMP, Union für eine Volksbewegung), die Umbenennung erfolgte 2015. In den ersten zehn Jahren stellte die UMP mit Jacques Chirac und Nicolas Sarkozy zwei Staatspräsidenten. Schrittweise gaben beide die nationale Orientierung von Charles de Gaulle auf und leiteten eine verstärkte Integration in NATO und EU ein.

Mit François Fillon nominierten die Republikaner 2017 einen Wertkonservativen als Präsidentschaftskandidaten, erreichten aber mit 20 Prozent nur den dritten Platz. Im folgenden Linienstreit zeigte sich die Partei zerrissen: Ihr Spitzenpolitiker Édouard Philippe ließ sich vom neuen Staatsschef Emmanuel Macron zum Premier ernennen – und wurde in der Folge mit weiteren Überläufern ausgeschlossen. Bei den Wahlen zum Parteivorsitzenden im Dezember treten der Abgeordnete der Nationalversammlung Daniel Fasquelle sowie die Regionalpolitiker Maël de Canan und Florence Portelli, eine von Fillons Sprecherinnen, gegen Wauquiez an.

Bild oben: Charles de Gaulle wollte ein «Europa vom Atlantik bis zum Ural» ohne amerikanische Bevormundung – allerdings durchaus unter französischer Führung. Foto: Ludwig Wegmann, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

Das Interview wurde für die Wochenzeitung «Valeurs actuelles» von den Journalisten Geoffrey Lejeune, Raphael Stainville, Louis de Ragueneil, Patricia de Sagazan, Pierre Dumazeau und Bastien Lejeune geführt und von COMPACT gekürzt. Übersetzung: A. Benjamine Moser, Bern.

Rechte Parteien in Europa

– Übersichtskarte

Ungarn

Fidesz
Wahlergebnis: 44,9 % (2014)

Jobbik
Wahlergebnis: 20,2 % (2014)

Frankreich

Front National
Wahlergebnis: 13,2 % (2017)

Italien

Lega Nord
Wahlergebnis: 6,2 % (2014)

MoVimento 5 Stelle
Wahlergebnis: 21,2 % (2014)

Bulgarien

Vereinigte Patrioten
(Parteienbündnis)
Wahlergebnis: 9,1 % (2017)

Deutschland

Alternative für Deutschland (AfD)
Wahlergebnis: 12,6 % (2017)

Schweiz

Schweizerische Volkspartei (SVP)
Wahlergebnis: 29,4 % (2015)

Österreich

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)
Wahlergebnis: 26,0 % (2017)

Griechenland

Unabhängige Griechen (ANEL)
Wahlergebnis: 3,7 % (2015)

Goldene Morgenröte (Chrysi Avgi)
Wahlergebnis: 7,0 % (2015)

Dänemark

Dänische Volkspartei (DF)
Wahlergebnis: 21,2 % (2015)

Finnland

Wahre Finnen (PeruS)
Wahlergebnis: 17,7 % (2015)

Blaue Zukunft
Wahlergebnis: –
(Abspaltung der Wahren Finnen)

Belgien

Neu-Flämische Allianz (N-VA)
Wahlergebnis: 26,7 % (2014)

Vlaams Belang (VB)
Wahlergebnis: 5,9 % (2014)

Niederlande

Partei für die Freiheit (PVV)
Wahlergebnis: 13,1 % (2017)

Schweden

Schwedendemokraten (SD)
Wahlergebnis: 12,9 % (2014)

Norwegen

Fortschrittspartei (FrP)
Wahlergebnis: 15,3 % (2017)

Estland

Estonische Konservative
Volkspartei (EKRE)
Wahlergebnis: 8,1 % (2015)

Lettland

Nationale Vereinigung
Alles für Lettland (NA/LNNK)
Wahlergebnis: 16,6 Prozent (2014)

Litauen

Ordnung und Gerechtigkeit (TT)
Wahlergebnis: 5,3 % (2016)

Luxemburg

Alternative Demokratische
Reformpartei (ADF)
Wahlergebnis: 7,5 % (2013)

Slowakei

Freiheit und Solidarität (SaS)
Wahlergebnis: 12,1 % (2016)

Slowakische Nationalpartei (SNS)
Wahlergebnis: 8,6 % (2016)

Volkspartei Unsere Slowakei (L'SNS)
Wahlergebnis: 8,0 (2016)

Polen

Recht und Gerechtigkeit (PiS)
Wahlergebnis: 37,6 (2015)

Kukiz' 15 (Parteienbündnis)
Wahlergebnis: 8,8 % (2015)

Tschechien

Politische Bewegung ANO 2011
Wahlergebnis: 29,6 % (2017)

Freiheit und direkte Demokratie (SPD)
Wahlergebnis: 10,6 % (2017)

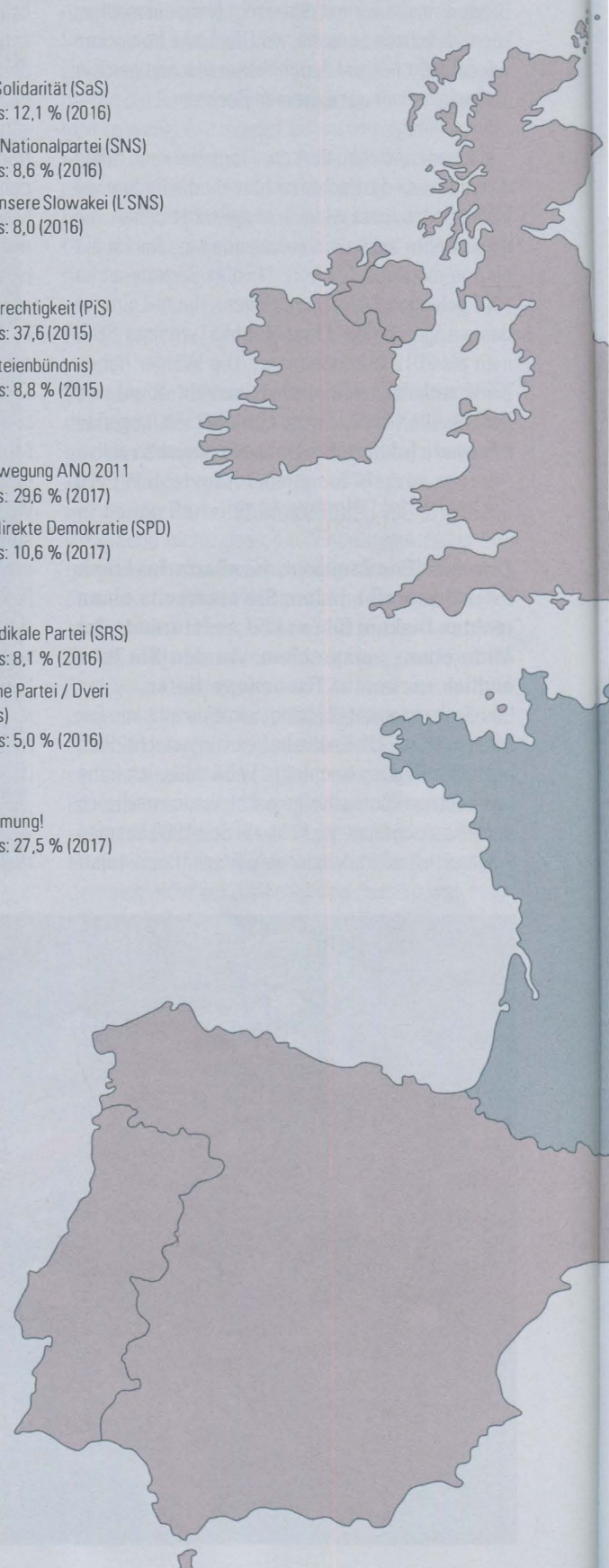
Serbien

Serbische Radikale Partei (SRS)
Wahlergebnis: 8,1 % (2016)

Demokratische Partei / Dveri
(Wahlbündnis)
Wahlergebnis: 5,0 % (2016)

Kosovo

Selbstbestimmung!
Wahlergebnis: 27,5 % (2017)



Rechte Parteien

- stellen den Regierungschef
- sind an der Regierung beteiligt
- sind im Parlament vertreten
- sind nicht im Parlament vertreten



aktuelles Wahlergebnis (blau),
ggf. summiert



Echt hyggelig!

– von Jesper Nielsen

Unsere Nachbarn im Norden mögen ihr Land – und zeigen es gerne: In jedem Vorgarten und an jedem Segelboot weht der Dannebrog, die Flagge Dänemarks. Politischen Ausdruck findet diese Heimatliebe seit fast 20 Jahren in der parlamentarischen Präsenz einer Partei, die das Volk im Namen trägt.



Beim Dannebrog verstehen die Dänen keinen Spaß. Wer eine andere Fahne hissen will, braucht dafür im Königreich eine Genehmigung der Polizei. Bei den Bannern der übrigen nordischen Länder, der UNO und der EU wurde diese pauschal erteilt. Foto: Alexandre Zveiger, Shutterstock.com

«Die Beteiligung an der Regierung hätte uns das Genick gebrochen.»

Die Geschichte der patriotischen Bewegung im Land von Smørrebrød, Tuborg-Bier und roten Hot Dogs begann mit einem großen Krach: 1995 spalteten sich vier Parlamentsabgeordnete von der liberal-konservativen Fremskridtspartiet (Fortschrittspartei) ab und riefen die Dansk Folkeparti (DF), zu Deutsch: Dänische Volkspartei, ins Leben.

Hauptgrund für den Bruch war die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Fortschrittspartei, die für einen Nachtwächterstaat mit geringstmöglichen Steuern stritt, aber auch die Ausländerpolitik, die den Abtrünnigen, darunter Parteichefin Pia Kjaersgaard, zu inkonsequent erschien. Schon damals zeichnete sich ab, dass kulturfremde Einwanderer den liberalen skandinavischen Wohlfahrtsstaat ausnutzen und sich trotz strenger Auflagen nicht integrieren.

Tolerieren statt regieren

Diesen Missstand hatte Pia Kjaersgaard, die zur ersten DF-Vorsitzenden gewählt wurde, früh erkannt und machte ihn zum bestimmenden Thema der neuen Partei. Ihr war es zu verdanken, dass im toleranten Königreich nun offen über Ausländerkriminalität gesprochen und berichtet wurde. Das Erfolgsrezept der Parteigründer bestand darin, dass sie nationale Themen mit der sozialen Frage und Globalisierungskritik verknüpften. Die DF positionierte sich als Vertreterin des Volkes – gegen die herrschenden Eliten. Das Konzept ging auf: 1998 erzielte sie auf Anhieb 7,4 Prozent der Stimmen und zog mit 13 Abgeordneten in den Folketing, das dänische Parlament, ein. Schon drei Jahre später waren es zwölf Prozent und 22 Sitze. Zehn Jahre lang, zwischen 2001 und 2011, konnte die DF die Minderheitsregierung aus der liberalen Venstre-Partei und den Konservativen durch Tolerierung vor sich hertreiben und eine rigide Migrationspolitik durchsetzen.

Im Jahr 2015 schlug dann die große Stunde der inzwischen von Kristian Thulesen Dahl geführten DF: Mit sensationellen 21 Prozent und 37 Abgeordneten im Folketing wuchs sie zu einer politischen Kraft, die niemand mehr ignorieren konnte. Nach den Sozialdemokraten stellt die DF mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Peter Skaarup seitdem die zweitstärkste Fraktion im Parlament – und erneut ist die liberal-konservative Regierung von Lars Løkke Rasmussen (Venstre) darauf angewiesen, dass sie bei Abstimmungen von ihr unterstützt wird.

Autoritäre Führung

Die Entscheidung, eine Minderheitsregierung zu tolerieren und nicht etwa Teil einer Regierungskoalition zu werden, fällten nicht die Mitglieder der DF. Bei der deutschen AfD gäbe es Bundesparteitage mit hitzigen Grundsatzdebatten. Nicht so bei den Gesinnungsfreunden im Norden. Dort regiert der Vorstand mit eiserner Hand und trifft alle wichtigen Entscheidungen im Alleingang. Schon bei der Parteigründung 1995 hatte Pia Kjaersgaard die Lehren aus der Selbstdemontage der Fortschrittspartei gezogen und einen Führungsstil eingeführt, den ein Funktionär als «Top-Styring», Führung von oben, bezeichnet hat. Jedes Mitglied hat sich einzuordnen – und wer aufmuckt, fliegt.

In der DF gibt es keine langwierigen Schiedsverfahren, weil es keine Schiedsgerichte gibt. Als sich vor zehn Jahren sechs Rebellen gegen ihren Rauswurf wehrten, zogen sie vor einem ordentlichen

Gericht den Kürzeren. Der Grund: In der Parteisatzung ist nirgends festgelegt, unter welchen Bedingungen ein Mitglied ausgeschlossen werden kann. In der Praxis liegt die Entscheidung beim nahezu allmächtigen Koordinationsausschuss: Ihm gehören der Parteivorsitzende, der Pressechef und der Fraktionsvorsitzende an. Missfällt diesem «Wächterrat» die Äußerung eines Mitglieds, stellt er es vor die Entscheidung: freiwilliger Austritt oder Rausschmiss. Vor Parteitagen darf im internen Zirkel Kritik geübt werden – wer aber öffentlich mault, wird abgemahnt. Parteien gelten in Dänemark als private Vereine. Und so liberal das Völkchen wirkt: In der DF geht es stramm autoritär zu. Motto: Eine Gesellschaft soll demokratisch sein, wir müssen es nicht sein!

«Unser Projekt ist Dänemark. Wir wollen unser Land bewahren – das ist unsere Aufgabe.»

Zurück zum Tolerierungsmodell: Die Parteiobereen entschieden sich bereits zwei Mal ganz bewusst für die Abstinenz von der Regierungsbank, weil sie auf diese Weise die wichtigsten Eckpfeiler ihres Selbstverständnisses stärken konnten: politische Handlungsfreiheit und Glaubwürdigkeit gegenüber dem Wähler. In einer Koalition hätten sie sich dem stärkeren Partner unterordnen müssen. «Die Beteiligung an der Regierung hätte uns das Genick gebrochen», so ein Spitzenfunktionär. Abschreckendes Beispiel dafür seien die Wahren Finnen, die ihren rasanten Aufstieg mit Abspaltung eines Flügels bezahlen mussten (siehe Seite 52). Für die DF stellte sich die bei der AfD aufgeworfene Gretchenfrage «Fundamentalopposition oder Realpolitik?» nie. Stets entscheiden ihre Parlamentarier in der Sache und nicht

nach taktischen Überlegungen. Ihren Mitgliedern und Wählern signalisiert die Volkspartei bis heute: «Eure Stimme ist nicht verloren, Eure Stimmen arbeiten!» Zuletzt sträubte sich die Fraktion, eine Heraufsetzung des Rentenalters mitzutragen, die die Regierungskoalition plante. Diese Gesetzesänderung widersprach dem sozialen Ansatz der DF, der ihren Mitgliedern und Wählern äußerst wichtig ist.

Grenzen dicht!

Die Dänische Volkspartei ist in den nunmehr 22 Jahren ihres Bestehens von Erfolg zu Erfolg geeilt. Inzwischen beginnen sogar die Sozialdemokraten, ihre Programmatik zu kopieren. Ausgerechnet bei Ausländerthemen lassen die Sozis keine Gelegenheit aus, die Rechten zu übertrumpfen. Über frühere Tabuthemen wie Grenzkontrollen gibt es heute fast nur noch müde Scheingefechte. In der Presse, die noch stärker als in Deutschland links dominiert ist, wird jeder Ali und jeder Mohammed auch so benannt, wenn er mit dem Messer um sich sticht oder dänische Frauen vergewaltigt.

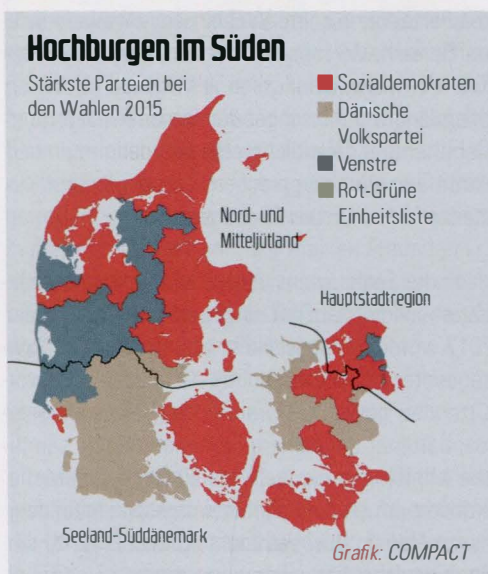
Wie kaum eine andere Partei hat es die DF verstanden, dem Volk aufs Maul zu schauen, seine Sprache zu sprechen, ohne sich anzubiedern. Die Patrioten füllen eine Lücke im Vielparteiensystem Dänemarks, das durch die Bank sozialdemokratisch geprägt ist. Den Wohlfahrtsstaat stellt die Partei nicht in Frage – das wäre politischer Selbstmord im Land der Hyggelighed (Geborgenheit, Behaglichkeit). Aber sie bildet einen Gegenpol zur Elite und kümmert sich als einzige politische Kraft zuvörderst um die ureigenen Interessen der kleinen Leute. Oder wie es ein führender Funktionär einmal ausdrückte: «Wir sind kein politisches Projekt. Unser Projekt ist Dänemark. Wir wollen nichts verändern, weil wir unser Land lieben, wie es ist. Wir wollen unser Land bewahren – das ist unsere Aufgabe.» ■

Internationale Beziehungen

Wie die Schweizerische Volkspartei (SVP) hält sich die Dänische Volkspartei bei der internationalen Vernetzung auffallend zurück. Grund dafür ist zum einen die heterogene Anhängerschaft, die sich zu einem Gutteil aus enttäuschten Sozialdemokraten und Liberalen rekrutiert, zum anderen aber vor allem die Sorge, sich für die Fehltritte Anderer rechtfertigen zu müssen. Im EU-Parlament gehören die drei DF-Abgeordneten um den populären Frontmann Morten Messerschmidt der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) an, in der sich auch die Vertreter der britischen Tories, der polnischen Regierungspartei PiS, der Wahren Finnen und der Lucke-Partei LKR wiederfinden. Ein Bündnis mit dem Front National, der FPÖ und der Wilders-Partei PVV in der Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF) ist nicht in Sicht.

„Jesper Nielsen lebt in Tondern nahe der deutsch-dänischen Grenze und schreibt für verschiedene Medien im In- und Ausland.“

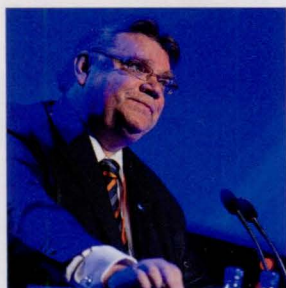
DF-Chef Kristian Thulesen Dahl während eines Auftritts auf Bornholm im Juni. Foto: News Oresund, CC BY 2.0, Wikimedia Commons



Realos im Elchtest

von Simon Kaupert

Wie sich eine erfolgreiche Oppositionskraft durch Regierungsbeteiligung selbst zerstört, kann man am Beispiel der finnischen Rechtspartei sehen.



Timo Soini war von 1997 bis 2017 Parteivorsitzender. Foto: Pressebild perussuomalaiset.fi

Der Realo-Flügel spaltete sich ab und blieb in der Regierung.

Simon Kaupert schrieb in COMPACT 8/2017 über die identitäre Mittelmeeraktion Defend Europe.

Die Wahren Finnen haben ihre Wurzeln in der 1959 gegründeten Bauernpartei. Foto: Pressebild perussuomalaiset.fi

Elche, Schnee und Nokia. Das oftmals nur oberflächliche Bild Finnlands wird dem Naturreichtum des Landes der tausend Seen, dem Weltenmythos Kalevala und der karelischen Volksliedkunst nicht gerecht. Auch ansonsten lohnt sich ein geschärfter Blick: Die politische Landschaft lässt sich trotz einiger unterschiedlicher Facetten durchaus mit Deutschland vergleichen: Ein geschlossener Kreis aus sich stetig in der Regierung abwechselnden «Volksparteien» gibt den Ton im Parlament (Eduskunta) an. Alle rudern unter Ausklammerung der essentiellen politischen Fragen in die gleiche Richtung.

Die Nationale Sammlungspartei Kansallinen Kokoomus (KoK) und die Finnische Zentrums- und Bauernpartei Suomen Keskusta (KESK) deckten früher das konservativ-liberale Spektrum ab (damit entsprechen sie der bundesdeutschen CDU/CSU) und verloren durch eine schleichende Sozialdemokratisierung ihren ursprünglichen Wählerstamm. Die Sozialdemokraten Suomen Sosialidemokraattinen Puolue (SDP) sind auf einer Linie mit den Grünen (Vihreä Liitto) und dem Linksbündnis (Vasemmistoliitto).

Das Erdbeben von 2011

Während die etablierten Medien hierzulande erst ab 2015/16 den gesamteuropäischen Aufstieg rechtsalternativer Parteien thematisierten, brodelte es in Finnland weitaus früher: Die 1995 gegründete Rechtspartei Perussuomalaiset (PS), zu Deutsch

Basisfinnen oder Wahre Finnen, konnte bei den Parlamentswahlen 2003 drei und 2007 bereits fünf Abgeordnete im Parlament stellen. Bei der Europawahl 2009 erhielt sie im Bündnis mit einer christdemokratischen Kleinpartei 14 Prozent. Ihr charismatischer Parteivorsitzender Timo Soini zog ins Straßburger Parlament ein und verbündete sich dort mit der britischen EU-Austrittsbewegung UKIP von Nigel Farage. In den Folgejahren konnte die neue Opposition durch eine klare Ausrichtung gegen das Establishment und gegen Massenzuwanderung punkten.

Bei den Wahlen 2011 errangen die Wahren Finnen mit satten 19,1 Prozent ein Fünftel der Sitze im Parlament – ein Plus von 15 Prozent und damit ein politisches Erdbeben! Doch durch das explosionsartige Wachstum wurden Karrieristen und faule Charaktere an die politischen Fleischtöpfe geschwemmt, die die oppositionelle Grundlinie verwässerten. Der dann in der Partei überwiegende Realo-Flügel übte sich in angepasster Parlamentsarbeit, raschelte fleißig mit Papier und ließ sich vom Krawatten-Alltag vollständig einfangen. Durch die neue Gemütlichkeit stagnierte die PS inhaltlich und verlor ihre Bewegungskraft.

Nach nur vier Jahren angepasster Oppositionsarbeit folgte die Quittung: Bei den Parlamentswahlen 2015 ging der Stimmenanteil auf 17,7 Prozent zurück. Die Parteispitze reagierte darauf mit einer Verschärfung des Realokurses und ließ sich in eine Regierungskoalition einbinden. Jetzt stellten die Wahren Finnen Minister, zum Beispiel für Auswärtiges und Verteidigung, aber ließen sich ihre vorherige Kritik an der EU abkaufen. Das Bündnis mit Farages UKIP im Europaparlament zerbrach. Vor allem konnte die Partei die für ihre Wähler viel entscheidenden Bereiche der Innen- und Flüchtlingspolitik in der Koalition nicht beeinflussen. Als sie dann auch noch Sparplänen mit Kürzungen von Sozialleistungen und Gehältern im öffentlichen Dienst zustimmte und damit ihre Wahlversprechen brachen, begann ein steiler Absturz in den Umfragen.

In der Folge intensivierte sich die Strategiedebatte – und endete mit einer Spaltung: Im Sommer 2017 wurde mit Jussi Halla-aho ein Vertreter konsequenter Oppositionspolitik zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Daraufhin verließen die Realos, darunter der frühere Frontmann Soini, sämtliche Minister sowie mehr als 20 Abgeordnete die Fraktion, um als neue Parlamentsgruppe unter dem neuen Namen Uusi Vaihtoehto (Blaue Zukunft) die Regierungsbeteiligung fortzusetzen. ■





Letzte Bestellung in Auerbachs Keller

von Marc Dassen

Weltfremde Regulierungswut und überbordende Bürokratie bringen Leipzigs wohl berühmtestes Traditionsrestaurant an den Rand des Zusammenbruchs. Wirt Bernhard Rothenberger hat hingeschmissen, weil er die ständige Drangsalierung leid war. Eine Groteske, die kein Einzelfall ist.

«Es hat uns riesige Freude gemacht, ein Haus mit solch einer Geschichte gestalten zu können – grandios!», erklärte Bernhard Rothenberger, Pächter von Auerbachs Keller, noch vor wenigen Wochen. Doch hinter dieser Euphorie verbargen sich bereits Wut und Verzweiflung – die Erinnerung an die Silvesternacht 2015 war noch allzu präsent. Mit Maschinengewehren bewaffnete Zollfahnder, gleich ein Dutzend, platzten an dem Abend in sein Wirtshaus. Ob denn hier auch alle Gesetze eingehalten würden, wollte man wissen. Rothenberger war wie vom Blitz getroffen: «In welchem Land lebe ich denn, wenn ich in meinem Wohnzimmer vor meinen Freunden kriminalisiert werde?» Nach über zwei Stunden ergebnisloser Wühlarbeit zogen die Beamten wieder ab, doch seitdem hängt der Haussegen schief.

Speisen wie Goethe

«Mit mir nicht mehr!», sagte sich Rothenberger damals wütend. Er, für den mit der Übernahme der Leitung des Traditionshauses ein Lebenstraum in Erfüllung gegangen war, wusste wie kein ande-

rer, was auf dem Spiel stand. Seit 1525, dem Höhepunkt des Bauernaufstandes in Deutschland, war die Gaststätte im Herzen der Messestadt jedem ein Begriff. Zu Weltruhm gelangte Auerbachs Keller durch eine Erwähnung in Goethes *Faust*. Daran wird der Gast schon am Eingang erinnert, wo zwei Bronzeplastiken die Figuren Mephisto und Faust zeigen. Goethe selbst kehrte gerne und oft hier ein. Das Ambiente hat sich seither kaum verändert: Wer zu Tische sitzt, glaubt sich in eine andere Zeit versetzt, wird umgarnt vom Charme historischer Dekorationen, von kunstvollen Wandgemälden, antikem Mobiliar und zahllosen Erinnerungsstücken an die große Vergangenheit der Stadt. Von der Qualität der vorwiegend deutschen Gerichte und regionalen Spezialitäten, der Auswahl erlesener Weine und der Aufmerksamkeit der Kellner künden hunderte Rezensionen im Netz.

Eigentlich hätte der Wirt, der schon seit seinem 16. Lebensjahr in der Gastronomie malocht und seit über einem Jahrzehnt Pächter des urigen Kellergewölbes ist, gerne seinen Vertrag erfüllt und den

Der erfolgreiche Wirt Bernhard Rothenberger gab zeitweise 126 Mitarbeitern Lohn und Brot. Foto: picture alliance / ZB

Mit der Übernahme des Traditionshauses ging ein Lebenstraum in Erfüllung.

Auch Chemnitzer Wirte empört



**Thomas Schulze (47, La Bou-
chée, 25 Mitarbeiter):**

«Der Verwaltungsaufwand hat massiv zugenommen. Für die Erstellung und Nachbereitung des wöchentlichen Arbeitsplans kalkuliere ich inzwischen zwei Stunden ein. Überdies bin ich verpflichtet, die Arbeitszeiten meiner Mitarbeiter genau zu dokumentieren – und selbst Pausenzeiten bis zu zwei Jahre zurückzuverfolgen. Ohne ein Zeiterfassungssystem ist das kaum machbar. Das bedeutet Anschaffungs- und Folgekosten, von denen der Gast nichts sieht.»

**André Donath (52, Brauclub
im Turm-Brauhaus, 80 Mit-
arbeiter):**

«Der bürokratische Aufwand wird immer größer. Besonders das Gesetz über den Mindestlohn mit seinen Nachweispflichten hat uns immens viel neue Arbeit aufgehalst. Über Nacht wurden damals Mitarbeiter, die als Ich-AG gefördert worden waren, zu Scheinselbstständigen, und ich musste 85.000 Euro nachzahlen. Ich führe noch heute Prozesse deswegen.»

**Henrik Bonesky (39, Hen-
rics, Uferstrand, 30 bis 90
Mitarbeiter):**

«Auflagen zu Arbeits-, Brand-, Umweltschutz fressen immer mehr von meiner Zeit. Ein Beispiel: Früher wurde zweimal im Jahr kontrolliert, dass kein Fett im Abwasser ist. Seit drei Jahren muss ich das alle zwei Monate kontrollieren lassen, dann wird's auch noch von der Stadt überprüft. Früher war ich täglich im Restaurant, heute muss ich mich mit solchem Papierkram herumschlagen. Der Gastwirt-Beruf hat seine Romantik verloren.»

Zitate: Bild Online, 31. 10. 2017

Was er wohl vom neuen Arbeitsgesetz halten würde? Karl-Marx-Denkmal in Chemnitz. Foto: Sandro Schmalfuß, CC BY-SA, Wikimedia Commons



Betrieb noch bis 2021 weitergeführt. Dazu jedoch fehlt ihm mittlerweile die Kraft. Gemeinsam mit seiner Frau Christine traf er die schwere Entscheidung, das Lokal an seinen gastronomischen Leiter René Stoffregen zu übergeben. Sein Entschluss markiert den Endpunkt eines langen, zähen Ringens mit der deutschen Bürokratie. Ein Kampf gegen Windmühlen. «Ich arbeite bis zu 60 Stunden pro Woche – und verbringe davon höchstens 20 Prozent tatsächlich im Restaurant», gab Rothenberger resigniert zu Protokoll. «Der Rest ist Papierkram.»

Der Amtsschimmel wiehert

Bergab ging es mit dem bis dahin gesunden Gastronomiebetrieber seit Jahresanfang 2015, als ein neues Arbeitszeitgesetz in Kraft trat. Dabei war es nicht der Mindestlohn, der den Wirt zur Verzweiflung trieb, denn wer in Auerbachs Keller arbeitete, verdiente schon vorher mehr. Die Neuregelung verlangte: Maximal zehn Stunden am Tag darf jeder Angestellte arbeiten, höchstens 48 in der Woche, Sonntage sind bis auf 15 Ausnahmen im Jahr freizuhalten. Prinzipiell, denkt man, ist gegen solche Regelungen zum Schutz des Arbeitnehmers nichts zu sagen. Wenn aber die Einhaltung dieser Bestimmungen inklusive Pausenzeiten und Überstunden bis ins Detail dokumentiert werden soll, die so produzierten Aktenberge auch noch zwei Jahre für die Behörden aufgehoben werden müssen und bei Verstößen Geldbußen von bis zu 500.000 Euro drohen, wird die Sache doch ernst. Vor allem aber hätte die Neuregelung eine Umstellung auf Mehrschichtbetrieb bedeutet, was die Personalkosten durch die Decke getrieben hätte. Rothenbergers einziger Ausweg: Statt von 11:30 Uhr bis Mitternacht mussten die Öffnungszeiten auf 12 bis 22 Uhr heruntergeregt werden.



Bild oben: Die Mädlar-Passage gilt als die prunkvollste Ladenpassage in Leipzig. Bis 1989 wurde sie zudem als Messehaus genutzt. Foto: picture alliance / ZB

Bild darunter: «Auerbachs Keller in Leipzig. Zeche lustiger Gesellen». Bild von Eduard von Grützner (1846–1915). Foto: picture-alliance / akg-images

Glauben die Herren Beamten eigentlich, dass sich ein Gasthof führen ließe wie die eigene Amtsstube? Der Wirt kann seine Gäste schlecht auf die Straße ziehen, wenn die den Abend in ihrem zweiten Wohnzimmer, vertieft ins bierselige Gespräch, noch in Ruhe ausklingen lassen wollen. Nicht umsonst sagt der Volksmund: Die vornehmen Melancholiker haben ihren Psychiater, die einfacheren ihren Wirt. Das Gasthaus erfüllt nämlich einen sozialen Zweck,

bietet Rückzugsmöglichkeit und Zuflucht sowie Geselligkeit. Und: Auerbachs Keller ist auch mythischer Ort deutscher Kultur. Hat der Behördenmensch dafür einen Sinn? Natürlich nicht. Er macht pünktlich Feierabend, radelt mittags heim und meint, hinter ihm würden die Bordsteine hochgeklappt.

Weltfremd, realitätsblind, wirtschaftsfeindlich, so könnte man schimpfen. Zu Recht! Doch, und das ist das Schlimmste daran, es ändert nichts. Sind die Überstunden einmal erschöpft, muss, so will es das Gesetz, die Arbeit entweder liegen bleiben, was nicht geht, oder der Gast mit erheblichen Einschränkungen vorliebnehmen. Das aber sorgt im laufenden Betrieb immer wieder für Ärger: «Ständig muss ich Italienern, Spaniern, Schweizern oder Franzosen erklären, warum es bei uns um 21 Uhr kein Vier-Gänge-Menü mehr gibt. Warum wir Tische oder ganze Bereiche stilllegen müssen, obwohl die Nachfrage da ist. Nicht, weil wir nicht wollen, sondern weil unsere Mitarbeiter keine Arbeitszeit mehr zur Verfügung haben», klagt Rothenberger. «Viele Gäste aus Südeuropa fühlen sich vor den Kopf gestoßen, dort isst man nun einmal später.»

Den Mitarbeitern hat die angeblich arbeitnehmerfreundliche Regelung übrigens gar nichts genützt – es mussten Leute entlassen werden. Zu guter Letzt schadete sich der Staat auch noch selbst, denn der Umsatzrückgang ließ auch die Steuerzahlungen von Auerbachs Keller schrumpfen.

Endsieg für Döner und Burger

Das Beispiel ist kein Einzelfall: Überall schließen traditionelle Gaststätten. Bereits das Rauchverbot hat sie Kundschaft gekostet, aber das neue Arbeitszeitgesetz gab ihnen den Rest. Nur noch Fast-

Food-Ketten wie McDonald's oder Dönerbuden können überleben. «Ich will nicht in der Planwirtschaft arbeiten!», erklärte Rothenberger zähneknirschend. «Der Kunde ist König, so habe ich das Gastronomiegeschäft von der Pike auf gelernt. Das Restaurant ist meine Wohnstube, die Gäste sind Freunde.»

Der Hotel- und Gaststättenverband Dehoga zeigte sich mit Rothenberger solidarisch. «Die Politik hat alles dafür getan, dass es zum Kneipensterben kommt», sagte Geschäftsführer Holm Retsch. Man fragt sich tatsächlich, warum dieser Krieg gegen die deutsche Geselligkeitskultur sein muss. Dann fällt es einem ein: Kinder und Betrunkene sagen immer die Wahrheit, in der Taverne sogar noch lauter als üblich. Und wer mal in einer Schenke die Nacht zum Tage machte, der weiß: Die Revolution wird am Tresen gedacht, sammelt hier ihre Kraft, treibt ihre Blüten zwischen Hopfen und Malz.

René Stoffregen, der die Gaststätte nun weiterführen will, bleibt trotz der schwierigen Lage optimistisch. Einige kleinere Dinge müssten geändert, manche Einbußen, auch finanzielle, hingenommen werden, doch vor dem wirtschaftlichen Ruin brauche sich das Haus mit dem großen Namen und der noch größeren Geschichte nicht zu fürchten. Auch Rothenberger, der Idealist vom Dienst, hätte durchziehen können, wäre es ihm nur um das lukrative Geschäft gegangen. Sein Rückzug aber ist gleichsam Reaktion eines Enttäuschten und Protest eines Unbeugsamen. Wenn ahnungslose Stubenhocker, die von der Gastronomie so viel verstehen wie Rinder vom Eiskunstdlauf, bis in die eigene Küche durchregieren, dann kann einen die Wut packen. Schon Shakespeare wusste: Das reichste Mahl ist freudenleer, wenn nicht des Wirtes Zuspruch und Geschäftigkeit den Gästen zeigt, dass sie willkommen sind. ■



Die Bronzegruppe «Faust und Mephisto, der die Studenten verzaubert» erinnert an die berühmte Erwähnung des Gasthauses durch Goethe. Foto: Dr. Avishai Teicher, CC BY-SA 4.0, Wikimedia Commons

«Das Restaurant ist meine Wohnstube, die Gäste sind Freunde.»

Rothenberger

Anzeige

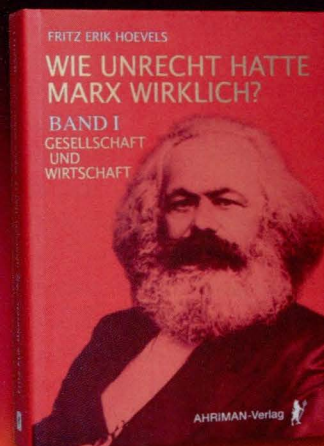


Weihnachten naht – Zeit für nachhaltige Geschenke:

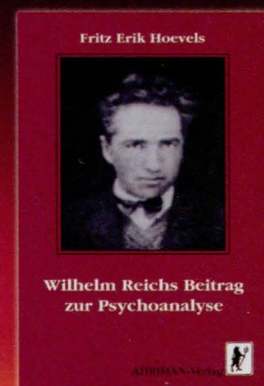
AHRIMAN bringt Zunder auf den Gabentisch!



79 S., € 4,50 / ISBN 978-3-89484-269-7



Geb. Ausg., 541 S., € 32,50 / ISBN 978-3-89484-818-7



466 S., € 18,- / ISBN 978-3-89484-813-2

AHRIMAN hat noch viel mehr! Jetzt klicken auf **www.ahriman.com**



Ein Café am Ende der Zeiten

von Jonas Glaser

Während der Triumphzeit des Neuen Deutschen Films blieb Hans-Jürgen Syberberg ein Außenseiter. In gigantischen Collagen arbeitete er sich an der deutschen Geschichte des 19. und vor allem des 20. Jahrhunderts ab. Seit dem Mauerfall inszeniert er auf seinem Gut in Mecklenburg-Vorpommern eine virtuelle Auferstehung Preußens und seiner Kulturgüter.



«Hitler, ein Film aus Deutschland» entstand 1977. Während die westdeutsche Presse den Film einhellig ablehnte, erntete er im Ausland viel Lob. Foto: Screenshot Youtube

Seit Jahrzehnten steigt er in den Brunnen der Vergangenheit hinab.

Tief ist der Brunnen der Vergangenheit. Seit Jahrzehnten steigt Hans-Jürgen Syberberg in ihn hinab, holt Verblichenes, Vergessenes, Ertrunkenes wieder empor. Doch er reanimiert nicht originalgetreu, sondern in avantgardistischer Ästhetik, wie schon als Filmemacher während der 1970er und 1980er Jahre. Damals, als Regisseure des Neuen Deutschen Films ein aufgeschlossenes Publikum fanden, blieb Syberberg der Außenseiter: Seine monumentalen Werke stießen in Deutschland auf überforderte Rezensenten und Zuschauer. Zu sehr sprengten cineastische Mehrstündler wie *Ludwig – Requiem für einen jungfräulichen König* (1972) oder *Karl May* (1974) den ästhetischen Rahmen: Sie verzichteten auf lineare Stories und Spannungsbögen, verwendeten Brechtsche Schauspieltechnik, Monologe, Rückprojektionen und komplexe Assoziation. Umso hymnischer aber feierte man die Filme im Ausland, besonders in Frankreich.

Syberbergs Griff in die Vergangenheit ist zugleich Versuch ihrer Bewältigung. Oft sind es Frauengestalten, die den Zuschauer auf Zelluloid-Zeitreisen durch Mythen und Geschichte führen, so wie Beatrice einst den Dichter Dante durch die Unterwelt. Sie – und nicht plumpe Chronologie – liefern den Ariadnefaden, der durch das Labyrinth entfesselter Assoziationen führt. Besonderen Rang nimmt dabei die Schauspielerin Edith Clever ein. Sie betrat 1982 in der Rolle der Kundry den Syberberg-Kosmos, als dieser Richard Wagners *Parsifal* verfilmte. Kundry ist, laut Wagner ein «weiblicher Ahasver», seit 2.000 Jahren auf rastloser Wandschaft. Sie trägt die Enttäuschung zahlloser Generationen in sich, betrauert ebenso viele Verluste. Wie viel Müdigkeit belastet ein Leben, das nicht enden will...? Vier Jahre später leitete Clever das Publikum mit ihrer somnambulen Stimme durch *Die Nacht* (1986), einen sechsstündigen Monolog, montiert aus literarischen Texten des Abendlandes, von Aischylos bis in die Gegenwart.

Hitler mit Wagner austreiben

Keine Frau, sondern ein zehnjähriges Mädchen, ohne jede Sprache, völlig verstummt, begegnet dem Zuschauer in den virtuellen Unterwelten von *Hitler, ein Film aus Deutschland* (1977). Die deutsche Tragödie der vergangenen 150 Jahre als mythische Collage: Hitler samt Vor- und Nachgeschichte werden nicht analysiert, sondern zum (Avantgarde-) Film transformiert, zu einem Szenario voller Assoziationen: Zu Beginn, am Anfang der Welt, steht ein frühes Filmstudio, ein Quell finsterner Mythen, vollgestopft mit Figurinen von Wagner, Ludwig II, Nosferatu, dem bewusstlosen Mörder Cesare – Vertreter eines korrumpierten Kulturerbes. Dazwischen: Das stumme Mädchen, in schwarzer Trauerkleidung. In ihrem Arm hält sie einen Plüschhund mit Hitlergesicht. Die Kleine trägt ihn durch das Universum, vorbei an Wagners Schicksalsnornen, den Verkünderinnen der «Götterdämmerung»; vorbei am riesigen Zirkelblitz des schrecklichen Schöpfergottes Urizen. Endlich gelangt sie ins Kabinett des Doktor Caligari, wo sie ihren todbringenden Schützling in eine Krippe legt: Der schwarze Messias ist gekommen und er wird die Erde in Schutt und Asche brennen. – Syberbergs siebenstündiger Hitler-Exorzismus sorgte im Ausland für volle Kinos. Francis F. Coppola vertrieb ihn erfolgreich in den USA. Aber während er Intellektuelle wie Susan Sontag, Ernst Bloch, Michel Foucault, Gilles Deleuze oder Saul Friedländer zur Stellungnahme provozierte, blieben Medien und Publikum hierzulande auf Distanz: Die NS-Diktatur ausgerechnet mit Wagner aufzuarbeiten, den

«Hitler in uns» (Syberberg) damit auszutreiben? Da versagte die publizistische Phantasie. Die Linke misstraute Syberbergs Hang zum Mythos, und Konservative inszenierten sich lieber als ewige Opfer amerikanischer «Umerziehung», anstatt eigenständige Aufarbeitung zu versuchen. Außerdem hatte der streitbare Regisseur die Meinungsmacher der Bundesrepublik heftig attackiert: Die Vertreibung und Ausrottung jüdischer Intelligenz in der NS-Zeit habe eine intellektuelle Barbarei entstehen lassen, die von der heutigen Presse, vor allem vom *Spiegel*-Magazin, fortgeführt werde. Eine Feststellung, die im *Hitler*-Film mehrfache Erwähnung findet.

Das virtuelle Preußen

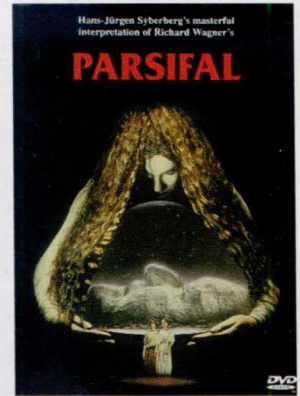
Gemeinsam mit den Wagnerianern Joseph Beuys und Christoph Schlingensiefel gehört Syberberg zu jenen Künstlern, die Deutschlands Wunde mit «irrationalen» Mitteln aufgearbeitet haben: Bei Beuys waren es Rudolf Steiners Anthroposophie und Schamanismus, bei Schlingensiefel afroamerikanische und katholische Riten, bei Syberberg sind es Mythen und Kulturgeschichte. Hatte *Hitler, ein Film aus Deutschland* das Schicksal dieses Landes als experimentelle Wagner-Filmoper präsentiert, so wird in *Parsifal* – quasi umgekehrt – das Musikdrama auf deutsche Geschichte projiziert: Syberberg vergrößerte Wagners Totenmaske ins Riesenhafte und machte sie zum Schauplatz der Handlung, belegte Requisiten und Kostüm mit historischen Zitaten. Welche Übersetzung findet so ein Film für den Gral, den Kelch mit dem Blut Christi? Er zeigt ihn als Mädchen! Verkörpert von der gleichen Darstellerin, Amélie Syberberg, Tochter des Regisseurs, die bereits durch den *Hitler*-Film irrte: Mit müden Augen kommt sie aus

dem Jenseits und steht da, umweht von der ekstatischen Musik. Hatte Shakespeare in *The Winter's Tale* oder *The Tempest* die Tochter als Utopie der Versöhnung präsentiert, so geht hier nichts mehr von ihr aus. Nie wurde die religiöse und metaphysische Krise des Westens derart eindrucksvoll ins Bild gesetzt wie durch den erschöpften Blick des stillen Gral-Mädchens.

Klaus Theweleit definierte in seinem Buch *Männerphantasien* (1977) den Faschismus als Verdrängung des Weiblichen. Sollte das zutreffen, dann sind Syberbergs Filme radikal antifaschistisch: Denn sein Kosmos ist essentiell weiblich, seine wichtigsten Filme an Frauenfiguren orientiert. Das gilt auch für die beiden Interviewstreifen *Romy – Portrait eines Gesichts* (mit Romy Schneider, 1964) sowie *Winifred Wagner und die Geschichte des Hauses Wahnfried* (1975).

Mit müden Augen kommt sie aus dem Jenseits und steht da.

Syberberg gab, wie mancher seiner Kollegen auch, Kino und TV auf und wandte sich dem Internet zu. Darin schuf und schafft er ein Gesamtkunstwerk als Autor, Fotograf und Digitalfilmer. Nach dem Mauerfall 1989 kaufte er in Nossendorf (Mecklenburg) das Gutshaus zurück, in dem er 1935 zur Welt gekommen war. Dessen Neugestaltung – als Wohnraum einerseits und als Museum kultureller Verluste andererseits – ist im Netz nachvollziehbar (www.syberberg.de). Auch damit stößt der Künstler vor allem im Ausland auf Interesse: Ein Drittel der



«Parsifal» lief erstmals bei den Filmfestspielen in Cannes 1982 außer Konkurrenz. Foto: Promo

Bild links: Hans-Jürgen Syberberg 1983 während einer Pressekonferenz zu seinem Film «Parsifal». Foto: picture-alliance / akg-images / Niklaus Stauss

Bild rechts: Syberberg im September in Demmin (Mecklenburg-Vorpommern) vor einem Schaubild des Café Zilm. Das Gebäude wurde 1945 zerstört. Foto: picture alliance / Stefan Sauer/dpa-Zentralbild/ZB



Film ist nicht mehr Kino

«Wer heute Film meint, braucht kein Kino mehr und Fernsehen und kein Laboratorium. Wie früher nur ein Papier nötig war, um etwas zu schreiben, damit Gedichte entstehen, so haben wir heute die entsprechenden Werkzeuge/Apparate, wenn's einer kann. Und er kann überall sich richten, das Entstandene hinzusenden. Es braucht nur einen Platz, von wo es geht. Wie hier der leere, stille, mit der Fülle der Geschichte. Aus eigener und lokaler und Landesgeschichte. Es können auch Dinge sein aus dem Archiv des Lebens/Werks, wie täglich Neues.» (Hans-Jürgen Syberberg über sein Internetprojekt www.syberberg.de)

Bild rechts: Die zweiteilige Karl-May-Verfilmung entstand 1974. Foto: Promo

Jonas Glaser schreibt in COMPACT regelmäßig über Film im Besonderen und Kultur im Allgemeinen.

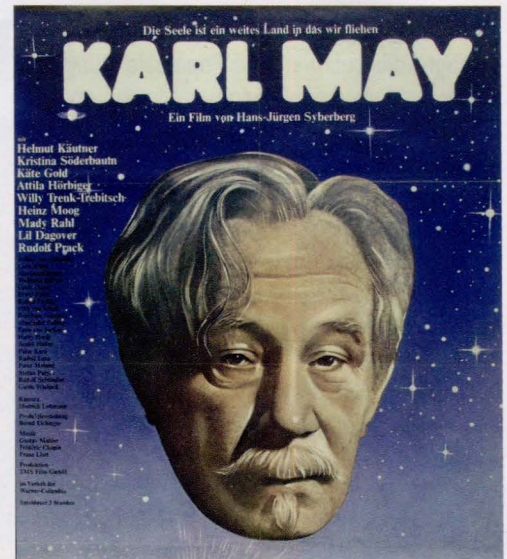
Anzeige

täglichen 10.000 Klicks kommt aus China. Der Regisseur zeigt ein virtuelles Preußen, das er nachträglich vor der Zerstörung durch Hitler bewahren will. Dazu gehört auch die Neuerrichtung ehemaliger Gärten durch «Land Art» (Landschaftskunst) und die Renovierung der Nossendorfer Dorfkirche, einem zerfallenen Gralstempel am Ende der Welt. Auf freie, virtuelle Restauration von Verlorenem zielte auch sein Vorschlag zum «Wiederaufbau» des Berliner Stadtschlösses: als reine Projektion auf den ehemaligen Grundriss des Schlossgebäudes. Preußen – eine immaterielle Idee der Vergangenheit...

Rettung für das Zilm

Im September hauchte der 82-jährige Künstler dem einstigen Traditionscafé der ostdeutschen Kleinstadt Demmin neues Leben ein. Einst war das Zilm Treffpunkt der Stadt, Zentrum örtlicher Kommunikation, von Debatten und Informationsaustausch, des lokalen Networkings. Dann kam der Abriss. Syberberg ließ die Fassade und Innenwände nach Fotovorlagen auf Plastikbahnen drucken. In dem Zeltcafé konnten die Gäste wieder Platz nehmen, Kaffee und Kuchen bestellen sowie Kulturprogramm genießen. Er verkündete im Interview, dass er Sponsoren für einen «richtigen» Wiederaufbau ködern wolle. Aber nicht um jeden Preis! Wer das neue Café etwa mit einem Supermarkt aufhübschen wolle, sei nicht willkommen.

Das Café Zilm ist für Syberberg ein weiterer Versuch, Verluste der Zeit, die Amfortas-Wunden der Geschichte zu heilen. Das aber, so weiß er, ist nur jenseits des Mainstreams möglich: «So war es denn die Absicht, jenseits des betriebsmässigen Inzests der überregionalen Feuilletons in TV und Zeitungen und der Kunstinstitutionen in Theatern, Filmen, Ga-



lerien und des Markts eines üblichen Managements an einem abseitigen und tief getroffenen Ort die Kranken der Zeit und der Geschichte selbst zu einem Artefakt werden zu lassen, den Dämonen der Zeiten zu begegnen und das zu versuchen, was Veränderung der Politik mit Mitteln der Kunst meint», schrieb er in souveräner Missachtung der Grammatik in seinem Blog. Auch das Café ist stellvertretendes Objekt größerer Geschichte(n): An den Wänden hängen Bilder voller Assoziationsmaterial, darunter ein Making-of-Foto zu Fritz Langs Stummfilm *Die Frau im Mond* (1929): Wieder eine Expedition ins Dunkel mit einer Frau im Zentrum des Geschehens. Dieser frühe Sci-fi-Streifen wurde dort auch vorgeführt. Die meisten Besucher werden diese Zusammenhänge kaum erfassen (wollen). Dennoch gelang Syberberg mit dem Café Zilm, was seinen Filmen bislang verwehrt blieb: Auch hierzulande ein größeres nichtakademisches Publikum zu erreichen, es gar aktiv einzubinden. ■

COMPACT Club GOLD

Werden Sie goldenes Clubmitglied bei COMPACT und unterstützen Sie das stärkste Oppositionsmedium in Deutschland. Die Jahresmitgliedschaft kostet 500 EUR.

Als goldenes Clubmitglied genießen Sie folgende Clubvorteile:

- Sie bekommen sämtliche COMPACT-Produkte automatisch frei Haus: 12 x Magazin, 4 x Spezial, 2 x Geschichte, 2 x Edition sowie aktuelle Sonderausgaben
- Ein gemeinsames Essen aller Club-Mitglieder mit Redaktion und Geschäftsführung
- Kostenlose Teilnahme an unseren Veranstaltungen und Konferenzen
- Exklusive COMPACT-Goldkarte mit Namen und persönlicher Mitgliedsnummer

Die Jahresmitgliedschaft im COMPACT-Club lohnt sich!

Buchen Sie Ihre Goldkarte unter club.compact-online.de





Wenn die Berge rufen

von Peter Wiegrefe

Das jamaikanisierte Deutschland ist fürs Gemüt ganz schön belastend. Wohin man auch blickt: Einzelfälle, Fachkräfte, Kopftücher. Das schreit nach Urlaub. Deshalb nichts wie raus, am besten in die Berge. Oder doch lieber gen Süden? Eine herbstliche Spontanreise in die Seealpen macht beides möglich.

Eine halbe Autostunde von Cuneo, ganz im Westen von Italien, liegt das Tor zu einem Paradies. Hier beginnen die Seealpen, ein Kleinod zwischen Piemont und Côte d'Azur – rau, wild und voller Geheimnisse. Touristisch kaum erschlossen, bietet die Felsenwelt der «Alpi Marittime», so ihr italienischer Name, den idealen Ort, um vom Alltag abzuschalten und Kraft zu tanken für die wirre Welt zu ihren Füßen. Schroffe Gipfel und Dreitausender, glasklare Seen, duftende Alpenkräuter und stoische Stille erfreuen alle Sinne. Hier sagen sich Gams und Steinbock gute Nacht, grüßen die Murmeltiere von den Hängen. Und gerade jetzt, Mitte September, kann es passieren, dass man auf seinen Wegen durch diese Idylle tagelang kaum eine Menschenseele erblickt. Dabei erlaubt das milde Klima – zum Mittelmeer sind es nur wenige Kilometer – bis in den Herbst ausgedehnte Wandertouren, bei denen man nur selten unter einer Höhe von 2.000 Metern unterwegs ist. Einst umkämpftes Grenzgebiet zwischen Italien und Frankreich, ehemals königliches Jagdrevier der Savoyer, beherbergt die Region zahllose gut erhaltene Pirschsteige und Militärwege, auf

denen selbst weniger Geübte freudvoll dahinschreiten können. Wer möchte, kann sogar direkt bis ins Mittelmeer marschieren.

Wir entscheiden uns für einen ausgedehnten Rundkurs mit Stippvisite in Frankreich. Viertages-tour, Start und Ziel im 900-Seelen-Örtchen Terme di Valdieri, 1.368 Meter überm Meer. Dessen eisen- und schwefelhaltige Thermalquellen erquickten schon die alten Römer. Mit 75 Grad Celsius strömt das Wasser aus dem Fels. Kein Wunder, dass Italiens König Vittorio Emanuele II. Mitte des 19. Jahrhunderts den Ort für seine Badeurlaube auserkor. Noch heute existiert in Terme di Valdieri ein Thermalbad – ein Segen für fußlahme Wanderer.

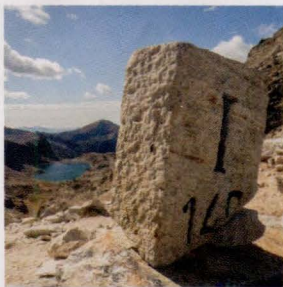
In der nahegelegenen Albergo Turismo geht es weniger mondän zu. Hier beglückt Familie Ghigo seit sechs Jahrzehnten ihre Gäste mit provinziellem Charme und piemontesischer Küche. Delizioso! Nach dem Abendmahl besprechen wir – Wanderkarte auf dem Tisch, Dolcetto in den Gläsern – noch einmal unsere Route. Atmen die frische Bergluft,

Die Seealpen erstrecken sich über die französischen Départements Alpes-Maritimes und Alpes-de-Haute-Provence und die italienische Region Piemont. Foto: Autor

Allein das Kreischen aufgebrachter Murmeltiere durchschneidet die Ruhe.



Zwölf Berge der Seealpen sind über 3.000 Meter hoch. Foto: Autor



Die Grenze zwischen Italien und Frankreich. Foto: Autor

Auf Händen und Füßen geht es steil bergan.

genießen die Aura der Sorglosigkeit, die uns an diesem verschlafenen Ort umströmt. Kein TV-Signal erreicht uns hier, die Smartphones bleiben im Flugmodus. Der Schalter ist umgelegt. Jetzt kann es losgehen.

Ohne Schweiß kein Preis

Unser Ziel am nächsten Tag ist die Berghütte Rifugio Emilio Questa auf 2.388 Meter. Zum Warmlaufen wählen wir zunächst den gemächlichen Anstieg durchs Vallone del Valasco, hinauf zur Valasco-Hochebene. Strahlender Sonnenschein steigert die Laune. Wir freuen uns über schattige Mischwälder, unter uns rauscht ein Gebirgsbach. So geht es die ersten 400 Höhenmeter dahin, am ehemaligen Jagdhaus Casa di Caccia vorbei, bis wir die saftig-grünen Weiten des Piano del Valasco erreichen. Mittagspause am Bach: Hinter uns weiden Kühe, während sich im Südwesten drohend steile Bergmassive in den Weg stellen. Der Schongang ist beendet – da müssen wir jetzt hoch!

Meter für Meter schrauben wir uns nach oben – das Tal, in dem wir gerade noch gerastet haben, wird kleiner und kleiner. Die Sonne brennt uns die Röte ins Gesicht, die letzten Bäume haben wir längst unter uns gelassen. Selbst im T-Shirt rinnt jetzt der Schweiß. Doch es lohnt sich. Knapp zwei Stunden später stehen wir am Ufer des Lago del Claus – einem türkisblauen Bergsee, umrankt von grauen Gipfeln – und können unser Glück kaum fassen: Was für eine Idylle! Still und starr ruht der klare See im Sonnenlicht, das hoch über dem fast 2.900 Meter hohen Gipfel des namensgebenden Testa del Claus auf uns herabstrahlt und warm leuchtend über die Felswände streicht. Romantik pur – allein das

hysterische Kreischen aufgebracht Marmeltiere durchschneidet die Ruhe. Über dem Bergkamm ist ein Greifvogel aufgetaucht: Alarmstufe Rot für die quirligen Nager!

Wir dagegen sind völlig entspannt. Halten inne. Genießen. Und lassen uns erst vom auffrischenden Wind zum Weitergehen animieren, der den hinterm Berg verglimmenden Sonnenstrahlen das Zepter entreißt. Lange Schatten legen sich über uns. Es wird ungemütlich. Hüttenzeit!

Hüttenzauber

Die Hütten der Seealpen sind mit jenen, die man aus dem deutschsprachigen Alpenraum kennt, nicht ganz vergleichbar. Die meisten von ihnen sind höchst einfach bis rustikal gehalten, erbaut oft direkt auf Felsplateaus und Schutthalden – mit Steinen, die sich im direkten Umfeld finden ließen. Ihnen allen wohnt dieser typische Aussteiger-Charme inne, verkörpert durch schrullig-schräge Hüttenwirte, die hier ihren Platz im Leben gefunden haben. Mancher von ihnen braut auf seiner Hütte gar eigenes Bier. Viele «Rifugi» – oder «Refuges», wie sie in Frankreich heißen – wurden in den vergangenen Jahren aufwändig renoviert oder gleich komplett neu gebaut. Bei anderen scheint sich dieser Aufwand nicht zu rentieren, und sie werden mühsam in Schuss gehalten.

Die Rifugio Emilio Questa zählt zur letzteren Kategorie. Einst fürs Militär erbaut, nahm der italienische Alpenverein die Hütte 1925 unter seine Fittiche. Seitdem trotz sie beharrlich dem Zahn der Zeit. Und platzt im Sommer, wenn die Franzosen kommen, aufgrund ihrer Enge aus allen Nähten. Doch statt Gäste abzuweisen oder im Speisesaal einzuquartieren, stellt Hüttenwirt Flavio in der Hauptsaison einfach ein großes Zelt vor die Haustür. Not macht eben erfinderisch. Und der Blick ins Tal ist grandios – Alpenglühn inklusive!

Der nächste Tag beginnt früh. Direkt nach dem Frühstück – Kaffee mit Zucker, Cornflakes mit Milch, Weißbrot mit Marmelade – machen wir uns auf zum Passo del Prefouns (2.620 Meter). Dieser Hochgebirgspass ist von Italien aus nur über eine steile Geröllhalde zu erklimmen. Er markiert zugleich die Grenze zu Frankreich. Und genau dort wollen wir heute hin! Wir folgen zunächst dem alten Militärweg N22. Breit, befestigt, aufgeschüttet – eine «Wanderautobahn»! Doch wer über den Prefouns-Pass will, muss irgendwann rechts weg – und kraxeln: Auf Händen und Füßen geht es steil bergan. Die Grenze ist nur durch einen Stein markiert. Allein die massive Felsbaracke zehn Meter unterm Grat verrät, dass das einmal anders war. Flüchtlinge gibt es hier oben übrigens keine – mancherorts haben offene Grenzen durchaus ihren Charme.

Kurz genießen wir die Sicht in französische Talregionen, ergötzen uns am Anblick des dunkelblau schimmernden Lac Nègre unter uns – und nehmen dann skeptisch die dunklen Wolken wahr. Mit einem Mal wird es uns richtig fröstelig. Wir bereiten uns auf Regen vor, nehmen Kurs auf den «schwarzen See», um schließlich Stunden später in einem weiten Linksbogen über den Fremamorta-Pass wieder in Italien einzumarschieren. Etwas neidisch schauen wir den jungen Gämsen hinterher, die um uns herum spielerisch die Hänge hoch und runter hüpfen. Vier Beine müsste man haben...

Der Tagesmarsch endet – ein wenig später als geplant, aber noch im Hellen – am Bivacco Giulia. Schon von Weitem hatten wir den kleinen, knallroten Blechwürfel im Visier, der mit neun Pritschenbetten auf acht (!) Quadratmetern, Decken und spärlichem Inventar als Notunterkunft fungiert. Von diesen Mini-Hütten gibt es in den Seealpen einige. Sie sind völlig frei von Luxus und ideal für Selbstversorger – genau richtig für uns! So kochen wir draußen überm Feuer unser Maultaschensüppchen, lassen uns drinnen Landjäger und Tee schmecken und lauschen im Anschluss, kuschelig verpackt im wärmeren Schlafsack, den eiskalten Winden, die außen mit Macht an die Blechwand krachen.

Keine Lügen – nur die Berge

Ein paar Tage in den Bergen lehren Demut. Sie zeigen, dass hier oben eigene Gesetze herrschen – die der Natur nämlich, nicht die des Menschen. Wer sich selbst überschätzt, wer allzu waghalsig agiert oder schlecht vorbereitet aufsteigt, bekommt das schnell zu spüren – das Hochgebirge ist kein Kinderspielplatz, sondern auch für geübte Wanderer eine Herausforderung.

So müssen auch wir unsere letzten Etappen wetterbedingt entschärfen. In 2.400 Metern bei Schneeregen stundenlang am Steilhang entlangzustapfen, zumal in rutschigem, unbefestigtem Gelände und mit 15-Kilo-Rucksack, mutet uns nicht ratsam an. Stattdessen kehren wir im Rifugio Bozano ein, wo uns Wirt Marco mit Pasta, Pfannengulasch, Eigenbau-Pommes und selbstgemachtem Kuchen verwöhnt: «Ihr seid die einzigen Gäste heute, und die Saison ist bald vorbei – esst, so viel Ihr wollt, es muss sowieso weg!» Das lassen wir uns nicht zweimal sagen.

«Hier in den Bergen habe ich alles, was ich brauche.» Wirt Marco

Marco ist Ende 30, seit zehn Jahren Hüttenwirt und Kletter-Junkie. Die Seealpen sind sein Leben; den Gedanken, nach Neuseeland auszuwandern, verwarf er einst nach viermonatigem Aufenthalt bei den Kiwis. «Hier in den Bergen habe ich alles, was ich brauche. Und ich kann machen, was immer ich will. Hier gibt es keine Polizei, keine Politik, keine Lügen. Nur die Berge. Auch wenn es manchmal einsam ist. Aber dafür bin ich frei!»

Wir dagegen finden uns 24 Stunden später schon wieder im Tal ein. Zurück bei Familie Ghigo in Terme di Valdieri, gönnen wir uns zum Abschluss Gnépi, das Schnaps-Highlight der Seealpen. Doch auch der Kräutergeist kann es letztlich nicht verhindern: Schon bald wird sich die Tür zum Paradies für uns wieder schließen. Gerne wären wir noch länger geblieben. Aber immerhin wissen wir, wo wir es wiederfinden. ■

Der Geschmack der Seealpen



Wer die Seealpen nicht nur sehen, sondern auch schmecken will, sollte unbedingt Gnépi probieren – den Spezial-Schnaps der Region. Hergestellt wird er aus Edelraute und anderen Kräutern, die in den hochalpinen Gebieten wachsen und im Herbst geerntet werden. Das Grundrezept ist dabei stets dasselbe: Die gepflückten Zweige werden zuerst für sechs bis acht Wochen in 90-prozentigem Alkohol eingelegt. Dieser wird anschließend abgeseiht, mit Zucker versetzt und mit Wasser verdünnt. Das Ergebnis ist ein kräftig-süßlicher Digestif mit grüner Färbung und etwa 40 Prozent Alkohol. Wohl bekomm's!

Die wohl berühmteste Sorte, Char treuse, stellen Kartäusermönche seit Anfang des 18. Jahrhunderts her. Foto: JPS68, CC BY-SA 4.0, Wikimedia Commons

Anzeige



VIKING SHOP

Tulfest Special

DEINE SIPPE WARTET AUF DICH

www.facebook.com/Viking.Kontor

www.vikingstore.de

MEIN LAND
MEINE REGELN

LOUJ!
DEIN FEUER SCHÜTZE UNS
IN DIESER ZEIT DER FINSTEREN NACHT

NIE MAN LIEBT DEN KRIEGER
BIS DER FEIND
VOR EUREN KINDERN STEHT

SOLANGE ICH LEBE
HABT IHR EIN PROBLEM

WER NICHT HINTER MIR STEHT
STEHT MIR IM WEG

BERSERKER
ODINS GARDE

HEIMAT
MANCHMAL MUSS MAN
DAFÜR KÄMPFEN

LIEBER EIN WOLF
ODINS
ALS EIN LÄMM GOTTES

WIR SCHÜTZEN
WAS WIR LIEBEN

Pippi im Ballaballa-Land

— von Joachim Paul

Tatort Rheinland-Pfalz: Die steilen Thesen einer abstrusen Fachtagung unter der Aufsicht von Bildungs- und Integrationsministerium werfen ein bezeichnendes Licht auf Erziehung und Wissenschaft in Zeiten linker Vorherrschaft.

Pippi Langstrumpf kennt jeder. Für viele Menschen war der quirliche Rotschopf mit Riesenmut und Riesenkräften, Zöpfen und Sommersprossen eine prägende Figur der Kinderzeit. Wenn sie in bunten Ringelsocken und schweren Stiefeln durch die Welt tobt und es unerschrocken mit Widerlingen und Bösewichten aufnimmt, stärkt das Lebensmut und Zuversicht bei Kleinen und Größeren. Frech, mutig, leidenschaftlich und stark: Sollen unsere Mädchen nicht genau so sein?

Inger Nilsson prägte Pippi Langstrumpf in sechs Kinofilmen. Foto: United Archives GmbH / Alamy Stock Photo



Doch Pippi ist akut bedroht – und dieses Mal kann sie ihre Feinde nicht mit Muskelkraft aus dem Weg räumen oder mit Cleverness überwinden. Die Gefahr geht nämlich von den grauen Herren der politisch korrekten Obrigkeit aus. Schauplatz Rheinland-Pfalz: Hier taten sich Bildungsministerium, Integrationsministerium und die Hochschule Koblenz zusammen, um im August eine Fachtagung unter dem Titel «Rechtspopulismus in der Kita» zu veranstalten. Unter anderem auf der Agenda: Die Entlarvung von Lindgrens Jugendbuchklassiker.

Sind Hakenkreuz-Malereien ein bislang unentdecktes Massenphänomen in Kitas?

Schon die Pressearbeit der Verantwortlichen im Vorfeld war bizarr: Um die Wichtigkeit der Veranstaltung zu beweisen, wurde behauptet, Kinder würden «Hakenkreuze malen» und Gleichaltrige «wegen ihrer Religion und Hautfarbe» ausgrenzen. Hakenkreuz-Malereien: Ein bislang unentdecktes Massenphänomen? Werden nicht eher deutsche Kinder ausgegrenzt, jedenfalls in Ballungsgebieten?

Das böse N-Wort

Die Veranstaltung begann mit einer Runde, in der ein Bildungs-Staatssekretär, ein hoher Beamter der Sozialbürokratie, der Hochschulpräsident und Geistliche die von der Bundeskanzlerin angestoßene Massenzuwanderung aus dem Orient priesen. Ganz so, als befände man sich noch auf der Scheitelwelle der ausgerufenen Willkommenskultur... Offenkundige Message der Indoktrination per Massenhypnose: Wer die offenen Grenzen kritisiert, gehört nicht zu uns, ist unmoralisch, muss «Rechtspopulist» sein. Es folgte der Vortrag von Stephan Bundschuh, laut *Wikipedia* Altmeister der «antifaschistischen Pädagogik». Er widmete sich dem «Alltags-Rassismus», als Präludium wurde Lindgren demonstrativ verdammt. Die Sprache ihrer Bestseller, Wörter wie «Negerkönig» oder das fiktive «Taka-Tuka-Land» als Beschreibung afrikanischer oder pazifischer Staatlichkeit seien herabwürdigend und entstammten «kolonialem» Denken. Wenn Pippis Vater, übrigens ein gutmütiger Pirat, in die Südsee segle, um König zu werden, sei das «kurz gesagt die Geschichte von Kolonialismus», hatte schon die schwarze Aktivistin Sharon Dodua Otoo in der Berliner *Tageszeitung*



behauptet. Wer sich in Folge als Fürsprecher der Schwedin meldete, auf die emanzipatorische Kraft ihrer freiheitsliebenden Romangöre verwies und darlegte, dass die Südseekultur aus dem milden Blickwinkel großer Kinderaugen betrachtet werde und die Darstellung tumber Polizisten ja auch nicht als Abwertung schwedischer Staatsgewalt zu verstehen sei, hatte einen schweren Stand.

Dieser Diskurs, der konsequent an den Leseerlebnissen der großen Zahl der Lindgren-Begeisterten vorbeigeführt wird, hat bereits Folgen gezeigt: Aus dem «Negerkönig» wurde in neuen Auflagen der «Südseekönig». Anderen hanebüchenen Eingriffen fielen ganze Sätze zum Opfer, zum Beispiel jene, die die schwarze Haut der Südseeinsulaner und ihre goldenen Ringe beschreiben. Dabei hatte sich die 2002 verstorbene Autorin Eingriffe in ihr Werk stets verboten.

Der Begriff «Taka-Tuka-Land» entstamme «kolonialem» Denken.

In der Hochschule Koblenz nahm man nach Bundschus Vortrag lapidar eine Programmänderung vor. Trotz oder vielleicht gerade wegen vieler fragender Gesichter irritierter Erzieher fiel die Diskussionsrunde aus. Bemerkenswert: Eine Hochschule besteht unter den Augen ihres Präsidenten nicht darauf, dass steile Thesen erklärt und diskutiert werden. Sie will nicht als Forum dienen, sondern bereitet politischen Postulaten den Weg – ohne Widerrede. Das kann man mit Fug und Recht als Bankrotterklärung einer wissenschaftlichen Insti-

Neben Pippi Langstrumpf schuf Astrid Lindgren die Romanfiguren Michel aus Lönneberga, Ronja Räubertochter, Madita, Mio, Kalle Blomquist, Karlsson vom Dach und die Kinder aus Bullerbü. Foto: picture alliance / TT NEWS AGENCY

tution bezeichnen. Im Mainzer Landtag hatte die Veranstaltung ein Nachspiel im September. In einer mündlichen Fragestunde auf Antrag der AfD musste Bildungsministerin Stefanie Hubig (SPD) einräumen, dass kein einziger Fall, wo ein Kind Hakenkreuze gemalt habe, dokumentiert sei. Der Frage, ob sie die Abwertung des Kinderbuchklassikers als «rassistisch» teile, wick sie aus. Sie kenne den Vortrag des Dozenten Bundschuh nicht, glaube jedoch, dass man manche Wörter nicht mehr benutzen solle. Der Vorwurf bleibt also wie ein dunkler Schatten über Pippi Langstrumpf stehen.

Zensur in Schweden

Wo soll das alles enden? Zum Beispiel hier: Eine Märchenstunde in der Bibliothek im schwedischen Boras endete im September mit einer Anzeige wegen Volksverhetzung, nachdem Kindergartenkindern eine CD mit Pippi-Langstrumpf-Geschichten vorgespielt worden war. Darin waren auch Lindgrens Originalformulierungen wie «Negerkönig» und «Wie Neger sich kleiden» vorgekommen. Bibliothekschefin Åsa Hedberg Karlsson versprach, man werde «alles» tun, damit sich solche Vorfälle nicht wiederholen. Das betroffene Hörbuch stamme aus dem Jahr 2007, man habe es leider noch nicht «aus-sortiert». Dieser Vorfall bestätigt Recherchen des Investigativ-Journalisten Janne Josefsson, wonach in der links regierten Gemeinde Botkyrka in diesem Jahr ältere Ausgaben von *Pippi in der Südsee* aus der Bibliothek geräumt und verbrannt worden seien. ■

Hexenjagd auf Kinderidole



Mittlerweile sind die Tugendwächter hinter so ziemlich allen Büchern her, die uns die Jugend verüßten. «Unsere braune Biene Maja» titelte die *Süddeutsche Zeitung* 2011, weil sie in deren Kampf gegen die bösen Hornissen NS-Ideologeme erschnüffelt haben wollte. Otfried Preußlers *Die kleine Hexe* missfällt, weil sich darin die Kinder als «Neger, Chinesenmädchen und Türken» verkleiden – Hilfe, das ist Diskriminierung pur!

Wie tief die Einschnitte sind, beweist das Beispiel Bad Dürkheim: In der süddeutschen Kleinstadt wurden im August 2015 über 3.200 Bücher aus der städtischen Bibliothek ausgemustert und vernichtet, 40 Prozent des Bestands, darunter auch Werke von Erich Kästner. Den Zensurauftrag hatte das Regierungspräsidium erteilt. Die von der Behörde geschickte Bibliothekarin nannte als Grund unter anderem das «wording» – manche Autoren hätten das Wort «Neger» benutzt. Der öffentliche Aufschrei hielt sich in engen Grenzen. (Jürgen Elsässer im Editorial von COMPACT-Spezial Nr. 9 *Zensur in der BRD*)

Erhältlich unter compact-shop.de
Foto: COMPACT

Joachim Paul (*1970) ist Gymnasiallehrer und Fraktionsvize der AfD im Landtag von Rheinland-Pfalz. In COMPACT 8/2017 schrieb er über den Facharbeitermangel als Folge einer falschen Schulpolitik.

Unsere Helden _ Eleonore Prochaska



Eleonores tödliche Verwundung am 16. September 1813 im Gefecht an der Göhrde. Farbdruck (1901) eines Gemäldes von Carl Röchling (1855–1920). Bild: picture alliance / akg-images



Das Heldenmädchen als Lützower Jäger «August Renz». Bild: Public domain, Wikimedia Commons

„Pia Lobmeyer schrieb in COMPACT 9/2017 über Mechthild von Magdeburg. – Mehr über Eleonore Prochaska und weitere mutige deutsche Frauen lesen Sie in der neuen Ausgabe von COMPACT-Geschichte «Deutsche Helden – Unser Vermächtnis aus 2000 Jahren».

Marie Christiane Eleonore Prochaska ist eine der bekanntesten deutschen Frauen, die für Freiheit und Vaterland ihr Leben ließen. Im September 1813 wurde sie in der Schlacht an der Göhrde während der Befreiungskriege gegen Napoleon von einem Artilleriegeschoss mit Schrotladung getroffen. Drei Wochen später erlag sie ihren Verletzungen. Die hochgewachsene Schönheit war erst 28 Jahre alt.

Die gebürtige Potsdamerin wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf. Die Familie war möglicherweise aufgrund ihres Glaubens aus Böhmen geflüchtet, zumindest wurde das Mädchen evangelisch getauft. Nach dem Tod der Mutter ließ der Vater sie mit ihren drei Geschwistern für mehrere Jahre in einem Militärwaisenhaus unterbringen, weil der Unteroffizier zu einem Einsatz abberufen wurde. Durch ihn war die Tochter schon früh mit nationalen Fragen in Berührung gekommen und entwickelte ein Interesse an den Befreiungskriegen. Insbesondere die Volksaufstände in Spanien und Tirol gegen Napoleon übten eine große Faszination auf sie aus. Als junge Erwachsene arbeitete sie zunächst als Hausangestellte und Köchin in einem Potsdamer Bürgerhaus. Schließlich obsiegte jedoch ihr patriotischer Kampfgeist – und vielleicht auch die Abenteuerlust: Eleonore verkaufte ihr Hab und Gut und tauschte ihre Kochschürze gegen eine schwarze Uniform mit roten und goldenen Applikationen. Unter dem Pseudonym August Renz trug sie sich 1813 in die Stammrolle des Jägerdetachements des 1. Bataillons des

Lützowschen Freikorps ein, dem Freiwilligenverband der preußischen Armee. (Die Farben der deutschen Nationalflagge leiten sich übrigens von dieser Freikorps-Uniform ab.) Zunächst war sie Trommler, später Infanterist. Bei ihren Kameraden war sie beliebt, weil sie «vortrefflich» kochen und nähen konnte. Wegen ihrer hohen Stimme gab sie sich als Schneider aus – ein Beruf, den damals viele feminine Männer ergriffen. Außerdem war sie sehr musikalisch und spielte leidenschaftlich gerne Flöte – was sich für Frauen damals gar nicht schickte. Dass August Renz kein Mann war, ahnte niemand, denn ihre Ausdrucksweise war nicht gerade vornehm, wie Leutnant Otto Preuß berichtet. Ihre letzten Worte auf dem Schlachtfeld gaben ihre wahre Identität preis: «Herr Leutnant, ich bin ein Mädchen!»

Dem Wundarzt gelang es nicht, sie zu retten. Eine Zeitungsmeldung vom 7. Oktober 1813 berichtete: «Heute morgen um 9 Uhr wurde die Leiche der in der Schlacht an der Göhrde verwundeten Eleonore Prochaska zur Erde bestattet, welche als Jäger im Lützowschen Korps unerkant ihren Arm der heiligen Sache des Vaterlandes geweiht hatte. Gleich einer Jeanne d'Arc hatte sie mutvoll gekämpft den Kampf für König und Vaterland. Trauernd folgten dem Sarge, der von ihren Waffenbrüdern getragen wurde, das hannoveranische und russisch-deutsche Jägerkorps und der Oberst Graf von Kielmansegg nebst sämtlichen Offizieren. (...) Eine dreimalige Gewehrsalve rief der vom Sturm des Krieges geknickten Lilie den letzten Gruß nach in das Grab.»

«Gleich einer Jeanne d'Arc hatte sie mutvoll gekämpft...»

Von der nationalen Bewegung wurde sie als jungfräuliche Heldin idealisiert. Man schrieb Dramen, Gedichte und Lieder über sie. Sogar Beethoven war von ihr inspiriert und komponierte die Musik zu Friedrich Dunckers Drama *Eleonore Prochaska*. Auch spätere Generationen verschiedener politischer Lager, einschließlich Feministinnen und Kommunisten, haben ihren Mythos weitergesponnen und vereinnahmten sie für ihre jeweiligen Interessen.

Bis heute steht auf ihrem Grab auf dem St.-Annen-Friedhof in Dannenberg ein Obelisk, im Jahr 1863 wurde dort auch eine Erinnerungstafel angebracht. Zum 75. Todestag setzte die Stadt Potsdam ihr ein Denkmal auf dem Alten Friedhof mit der Inschrift «Der Heldenjungfrau zum Gedächtnis». ■

Hartlages BRD-Sprech _ Opferrolle

Das Wort «Opfer» ist aufgrund der widersprüchlichen Gefühle, die es hervorruft, zum Vehikel demagogischer Diskurse wie geschaffen und gehört folgerichtig zu den schillerndsten Ausdrücken der öffentlichen Sprache unseres Landes.

Es stammt aus der religiösen Sphäre: Ein «Opfer» war ursprünglich jemand, der zur Besänftigung irgendwelcher Götzen auf heidnischen Altären sein Leben lassen musste. Ein Rest dieser religiösen Herkunft schwingt noch in dem pathetischen Tremolo mit, mit dem die «Verhöhnung der Opfer» als modernes Äquivalent der Blasphemie angeprangert wird – etwa wenn die Entlassung niederrangiger Ex-Stasi-Bediensteter aus der Unterlagenbehörde durchgesetzt wird, weil es «ein Schlag in die Gesichter der Opfer» sei, wenn diese auf einem Fußboden gehen müssten, der von einer Putzfrau gewienert wurde, die dasselbe schon unter Erich Mielke getan hat.

Jemanden als Opfer darzustellen bedeutet also, seinen Interessen ein besonders hohes Maß an moralischer Legitimität zuzuschreiben und gegenläufige Interessen zu delegitimieren. Das Mittel dazu ist der Appell an die ritterlichen Gefühle des Publikums: Der Adressat soll innerlich – gerne aber auch durch Wählerstimmen, Spenden und Intoleranz gegenüber den vermeintlichen oder auch tatsächlichen Tätern – die Partei des «Opfers» ergreifen, und dies auch dann, wenn dessen Interessen seinen eigenen zuwiderlaufen oder moralisch anfechtbar sind. Da wird noch der brutalste Schläger oder Vergewaltiger zum «Opfer» (der Gesellschaft, der Diskriminierung, der schweren Kindheit und so weiter) stilisiert, um das natürliche Empfinden des Adressaten, das nach harter Bestrafung ruft, zum Schweigen zu bringen.

Allerdings hat das Wort auch etwas Doppelbödiges: Für das «Opfer» ergreift speziell die politische Linke nur Partei, weil und soweit es als Objekt der Bevormundung und moralischen Selbstbeweihräucherung taugt. «Du Opfer» ist kein Kompliment, und auch die subtile Verachtung, die darin steckt, wird bei Bedarf durchaus von einer Linken mobilisiert, die sonst vor moralischer Sensibilität kaum laufen kann.

Wer nämlich aufgrund – oft anonym – politischer Denunziationen seinen Arbeitsplatz, seine Wohnung oder sein Bankkonto verliert, wer erleben muss, dass sein Auto angezündet, er selbst aus Vereinen ausgeschlossen, von Schlägerbanden verprügelt, von sozialen Netzwerken ausgesperrt wird – und zwar unter dem unverhohlenen Beifall nicht nur der Presse, sondern auch staatlicher Würdenträger –, wer also, mit einem Wort, rechts von der

Mitte steht, denn einem Linken kann all dies in unserem Land nicht passieren, ist nach dem Willen der linken Diskurswächter einer, der sich in der «Opferrolle» gefällt, einen «Opfermythos» konstruiert und sich zum Opfer «stilisiert». Sagt niemand anderes als das Täterkollektiv.

Für die Linken begeht ein Rechter einfach dadurch, dass er rechts ist, ein strafwürdiges Unrecht.

Der ideologische Dreh, mit dem man dieses klassische Doublethink rechtfertigt – gegen eine oppositionelle Minderheit einen Bürgerkrieg von oben zu führen, dies zu wissen und sogar zu propagieren, es zugleich aber abzustreiten – lautet, dass ein Rechter einfach dadurch, dass er rechts ist, ein strafwürdiges Unrecht begehe, also an dem ihm geltenden Terror «selbst schuld» und daher kein Opfer sei. Und die eventuell noch vorhandenen Reste an liberalen Gewissensbissen betäubt man als Linker oder Liberaler, indem man die Positionen, die die Rechte tatsächlich vertritt, geflissentlich ignoriert, durch lächerliche Projektionen ersetzt und sich an Feindbildern besüßelt, von denen die Linke folgerichtig heute so abhängig ist wie ein Junkie von seiner Spritze. ■



Manfred Kleine-Hartlage ist Publizist und Diplom-Sozialwissenschaftler. Die Serie ist an sein Buch «Die Sprache der BRD» angelehnt. Verlag Antaios, 240 Seiten, gebunden, 22,00 Euro (Bestellung über compact-shop.de).

Farbanschläge sind für das politische Establishment kein Problem – jedenfalls wenn Rechte die Opfer sind. Foto: AfD Bayern



Bartels Schmäh _ Jamaika-Fusel



— Peter Bartels ist seit 50 Jahren Journalist und war 17 Jahre bei «Bild». Von 1989 bis 1991 war er zusammen mit Hans-Hermann Tiedje Chefredakteur des Boulevardblatts. Im Frühjahr 2016 ist sein Buch «Bild – Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung» erschienen.

Wenn die Gesichter mürrisch werden, watschelt Mutti persönlich an die Mikros.

Jamaika? Bob Marley. Usain Bolt. Captain Morgan. Jamaika? Angela Merkel! Das C macht den Unterschied. Oder das K. Wie's beliebt. Darauf einen Rum. Muss kein Morgan sein, ein Myers tut's auch...

Seit Wochen labern sich CDU und CSU, die zwei größten Wahlverlierer, mit FDP und Grünen, den zwei kleinsten Wahlgewinnern, die Welt bunt. Die AfD, der größte Wahlsieger von null auf 92, guckt natürlich in den Mond. Noch.

Dabei könnte alles so einfach sein: Wenn die CDU noch so wäre wie früher – konservative Mitte... Wenn die CSU wäre, was sie immer war – rechts von der Mitte. Uuund die AfD nicht verteufelt: Deutschland + Deutschland = Deutschland! In Zahlen: CDU/CSU 32,9 + AfD 12,6 = 45,5 Prozent.

Das hieße natürlich null Chance für die anderen drei Parteien. Selbst wenn der Rekordverlierer SPD aus der Todesstarre erwachte – SPD 20,5 + FDP 10,7 + Grüne 8,9 = 40,1 Prozent – wäre das klar zu wenig. Erst gemeinsam mit der SED-Linken käme eine Koalition zustande – eine Koalition der Verlierer. Was einem Offenbarungseid der SPD gleichkäme. Selbstmord!! In Bayern trudeln die Sozis vier Wochen nach dem Absturz im September noch dramatischer ins Nichts. Laut INSA kommen sie nur noch auf 17 Prozent. Die AfD dagegen kletterte auf 13 Prozent. Petr Bystron, AfD-Bayern-Chef, darf ein paar Monate vor den Landtagswahlen lächeln: Man sieht sich, Genossen...

Also Jamaika mit «K» nach Merkel-Methode: Gleich nach der größten CDU-Pleite aller Zeiten wusste sie, dass sie nichts falsch gemacht hatte: «Ich wüsste nicht, was?!» Folglich sah sie auch gleich den Weg: «Ohne uns kann keiner!» Klar: Unterm Regenbogen um die Ecke lauerten ja längst die Grünen. CDU-Büroleiter Gröfraz (Größter Vielfraß aller Zeiten) hatte sich doch extra jahrelang mit seinen grünen Genossen die Schwampel voll Pizza gemampft. Und diese «Connection» sollte nun endlich die längst beschlossene grün-schwarze Anti-Alleman-Allianz werden. Die FDP-Gelben würde man sich schon zu recht föhnen. Waren sie doch schon immer vor jedem Fleischnapf umgefallen. Rot oder Schwarz? Hauptsache die Happa-Happa-Diät macht satt.

Blieb also nur noch der Bettvorleger aus Bayern. Aber den musste Mutti nur mal wieder im Hinterhof – unter vier Augen – über die Teppichstange legen und ihm mit dem Klopfer ein paar weiß-blaue Fusseln raushauen, feddisch... Natürlich durften oder mussten die Grünen noch etwas mit den Diesel-Töffttöfs dröhnen... Oder am Stein- und Braunkohleofen die Luft anhalten, ohne rot zu werden: Die Deutschen zahlen jede Eiskugel. Notfalls mit einer schwarzen Null.

Der Rest ist Fernsehen! Mal auf dem Balkon, mal lächelnd vor den Eingangssäulen. Und während drinnen die Kronleuchter wie Weihnachtsbäume (pardon, Jahresendzeitbäumchen) leuchten, spielt jeder Pappkamerad seine Rolle. Nur wenn die Gesichter zu mürrisch werden, watschelt Mutti persönlich an die Mikros: «Natürlich müssen wir alle aufeinander zugehen!» Zu Deutsch: Wir alle müssen grüner werden! Die Minderheiten-Sekte soll der Mehrheit künftig sagen, wo's und wie's lang geht: Diesel/Benzin weg – aber etwas später. Nach der Kernkraft auch die Kohle weg – ebenfalls etwas später.

Dumm nur, dass da noch die Millionen Migranten, die CSU-Kreisverbände und die Junge CSU-Union sind. Noch dümmer: Die wissen, dass die Bayern den Herrn Drehhofer weg haben wollen. Weil er weder Obergrenze noch Sicherheit vor Merkels «Gästen» hinbekommt. Hirscht hat fertig. Wenn er bleibt, macht er ganz Deutschland fertig. Wenn die CSU-Basis Merkels Bettvorleger wegrollt, kann sich Merkel gleich selbst trollen? Fürchtet Euch wirklich: Eher lässt Merkel die SED-Linke von ihren Hofschranzen koalitionsfähig lügen. Dann gibt's Jamaika mit Hammer und Sichel. ■



Dem niederen Volk zeigt sich die Jamaika-Hautevolée vom Balkon aus. Foto: picture alliance / Kay Nietfeld/dpa

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Anzeige

Wie lange soll Deutschland noch zahlen?

**DER SPIEGEL
BESTSELLER**

■ Haben Sie sich auch schon gewundert, dass Deutschland zwar wirtschaftlich erfolgreich, aber nicht wirklich reich ist? Dass sogar das mittlere Vermögen der Deutschen laut Bundesbank weniger als halb so hoch ist wie das der Italiener?

Zum ersten Mal wird in diesem Buch umfassend und in allen Einzelheiten erzählt und belegt, welch immense Werte im Verlauf von 7 Jahrzehnten an Sachvermögen, geistigem Eigentum und finanziellen Tributen aus Deutschland herausgezogen wurden:

Wie das Land nach der Niederlage 1945 von den Siegermächten regelrecht ausgeplündert wurde und warum das Ausmaß der Reparationen bis heute krass unterschätzt wird. Was hinter dem Projekt der europäischen Integration steckt und wie dem Steuerzahler die Rolle des EU-Zahlmeisters aufgezwungen wurde. Wie der Euro zum Enteignungsprogramm verkam und warum die Rechnung für die Katastrophenwährung immer noch nach oben offen ist.

Und, nicht zuletzt, warum die ruinöse Masseneinwanderung unter der Flagge des Multikulturalismus als Produkt einer »offenen Verschwörung« der Eliten eingestuft werden muss.

Widerlegt werden aber auch gängige Legenden und Märchen: dass Deutschland 1945 befreit worden sei, dass die USA die Demokratie nach Deutschland gebracht hätten, dass der Marshallplan Ursache des Wirtschaftswunders gewesen sei oder dass Deutschland mehr als andere vom Euro profitiert habe. Dies alles und noch viel mehr müssen wir uns von den Machthabern bis hinauf zum Bundespräsidenten tagaus, tagein eintrichtern lassen.



Obwohl Deutschland 1990 mit der Wiedervereinigung völkerrechtlich souverän wurde, sind Überreste des Besatzungsrechtes nach wie vor in Kraft, wurden die berüchtigten Feindstaatenklauseln nicht gestrichen, bleibt der Spielraum der deutschen Außenpolitik eng begrenzt. Die Regierung Adenauer kämpfte noch um Souveränitätsgewinne, seit Kohl und Merkel läuft der Film rückwärts.

So entsteht das Bild eines wirtschaftlich überaus erfolgreichen Landes, dessen Bürger reich sein könnten, die aber gemessen an ihrem Vermögen gerade einmal im europäischen Mittelfeld rangieren, weil sie zu lange zur Ader gelassen wurden und den Preis für die Instrumentalisierung der Vergangenheit zahlen mussten.

Bruno Bandulet: Beuteland • gebunden • 333 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 952 400 • 19.95 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas



**Dresdner Bürger helfen Dresdner
Obdachlosen und Bedürftigen e.V.**

**Wir helfen, wo staatliche
Hilfe nicht ausreicht!**

2. Dresdner Weihnachtsessen

Am 12.12.2017 findet ab 14:00 Uhr unser jährliches Weihnachtsessen in der neuen BallsportArena Dresden statt.

Wir möchten dieses Jahr 500 bedürftige Menschen zum Weihnachtsessen einladen. Dabei hoffen wir auf Ihre großzügige Unterstützung, damit das Fest für Obdachlose und Bedürftige auch in diesem Jahr zu einem wundervollen Erlebnis werden kann. Lasst uns gemeinsam ein Zeichen der Nächstenliebe setzen! Unsere Devise: Nicht reden, sondern machen.

Aktuell! Begegnungsstätte offen!

Am 10.10.2017 haben wir die Begegnungsstätte für Obdachlose und Bedürftige in der Wiener Str. 73, 01219 Dresden eröffnet. Dort befinden sich kostenlose Duschen, ein Imbiss und Waschgelegenheiten für Kleidung sowie eine Möglichkeit, sich kostenlos mit Winterkleidung auszustatten. Auch dieses Projekt wird ohne öffentliche Mittel nur durch Ihre finanzielle und persönliche Unterstützung mit Leben erfüllt und realisiert.

Geöffnet: Mo, Mi und Fr. 09:00 - 15:00 Uhr.



Spendenkonto

Volksbank Dresden-Bautzen eG
IBAN: DE44 8509 0000 3015 5110 00
BIC: GENODEF1DRS

Post und Sachspenden an:

Wiener Str. 73, 01219 Dresden
www.obdachlosenhilfe-dd.de

**Jetzt
helfen!**